

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsübersicht des

119. Landesparteitages

der FDP Hamburg

26. November 2023

#fdpHH119

Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
LA2302/01	Rahmenprogramm für die Bezirkswahlen 2024 Landesvorstand FDP Hamburg	1
A2302/01	Lieber nicht regieren, als falsch regieren! Jan Biniossek	27
A2302/02	Unabhängige Staatsanwaltschaften Jan Biniossek	29
A2302/03	Ein Recht auf analoge Zugangswege zu Dienstleistungen und Institutionen Brita Schmidt-Tiedemann, Liberale Senioren Hamburg	30
A2302/04	Umgang mit kolonialer Raubkunst LFA 4 Kultur, Medien, Kreativwirtschaft	32
A2302/05	Für Humanität und Rechtsstaatlichkeit: Klare Regeln für irreguläre Migration! Junge Liberale Hamburg	33
A2302/06	Das Wort „Rasse“ aus der Satzung der Freien Demokraten streichen Junge Liberale Hamburg	40
A2302/07	JA ICH WILL! Weil die Scharia nichts im Standesamt verloren hat Junge Liberale Hamburg	42
A2302/08	Liberal education 4.0 statt Note 4.0: Für eine echte Revolution des Deutschen Bildungssystems Junge Liberale Hamburg	43
A2302/09	#FICKENABERSAFE: Sexuell aufgeklärt und ohne Geschlechtskrankheiten in die Zukunft! Junge Liberale Hamburg	52
A2302/10	„Veraltete Regeln im Bestattungsrecht unter die Erde bringen“ Junge Liberale Hamburg	56
A2302/11	Bildung und Wissenschaft auch bei knapper Kasse: Hochschulstandort Hamburg konsequent ausbauen! Junge Liberale Hamburg	58

A2302/12	Das Zuhause nicht zur Falle werden lassen – Häusliche Gewalt wirksam bekämpfen! Junge Liberale Hamburg	60
A2302/13	Echte ÖPNV-Reform für eine liberale Mobilitätswende Junge Liberale Hamburg	63
A2302/14	Etablierung und Umsetzung inklusiver und integrativer Stadtplanung und -entwicklung in Hamburg Junge Liberale Hamburg	67
A2302/15	Stoppt das PFOF-Verbot Junge Liberale Hamburg	70
A2302/16	Bürgerrechte stärken – Zensur durch den Digital Services Act verhindern! Jan Biniossek	72
A2302/17	Die Bundeswehr ist kein ziviler Arbeitgeber und muss anders behandelt werden! LFA 1 Hamburg, AG Sicherheitspolitik, Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Burkhardt Müller-Sönksen, Nicky Merl, Karl Rüdiger Tillmann, Dirk Stegemeyer, Eva Kuhlmann	73
A2302/18	Aufstellung eines Deutsch-Polnischen Bataillons als Auftakt zu einem engen territorialen Bündnis zwischen DEU und PLN LFA 1 Hamburg, AG Sicherheitspolitik, Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Eva Kuhlmann, Leif Schrader, Burkhardt Müller-Sönksen, Rolf Reincke, Dirk Stegemeyer	75
A2302/19	Angleichung der Altersgrenze bei Bundeswehr und Reserve an den öffentlichen Dienst LFA 1 Hamburg, AG Sicherheitspolitik, Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Eva Kuhlmann, Leif Schrader, Burkhardt Müller-Sönksen, Verner Mertins, Rolf Reincke, Dirk Stegemeyer, Julius Timmermann, Eva Braje	77
A2302/20	Freistellung von Reservisten verpflichtend auch im Friedensfall LFA 1 Hamburg, AG Sicherheitspolitik, Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Eva Kuhlmann, Leif Schrader, Rolf Reincke, Verner Mertins, Eva Braje, Dirk Stegemeyer, Julius Timmermann	79
A2302/21	Leitlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik LFA 1 Hamburg, Claus Krumrei	81

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antragsteller:

Landesvorstand FDP Hamburg

Drs.: LA2302/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Rahmenprogramm für die Bezirkswahlen 2024

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zukunftsweisende Stadtplanung für ein florierendes Hamburg

Bezahlbarer Wohnraum

Eine der Kernaufgaben der Hamburger Bezirke ist die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Erteilung von Baugenehmigungen. Die Überregulierung im Baubereich trägt dazu bei, dass der Wohnungsbau in Hamburg dramatisch eingebrochen ist. Die Nachfrage übersteigt das Angebot, was zu stark steigenden Mieten und Frustration bei den Wohnungssuchenden führt. Regulatorische Eingriffe wie eine Mietpreisbremse führen nicht zu mehr Wohnungen, sondern reduzieren die Anreize, neue zu bauen. Bezahlbarer Wohnraum wird in der attraktiven Metropole Hamburg weiter unnötig verknappt durch die Entscheidung des Senats, städtische Grundstücke vorrangig in Erbpacht zu vergeben. Auch durch die verstärkte Nutzung des städtischen Vorkaufsrechts werden dem Markt weitere Flächen entzogen, da sie häufig nicht zum Wohnungsbau verwendet werden.

Derartige Instrumente lehnen wir entschieden ab. Die FDP setzt sich auf allen politischen Ebenen konsequent für bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau ein, insbesondere auch für die Nachverdichtung in den Quartieren. Um Dachgeschossausbau und Aufstockung zu erleichtern, brauchen wir eine Vereinfachung der Bauvorschriften.

Die FDP fordert die zügige Bearbeitung von Bauanträgen und andere bürgernahe Dienstleistungen im Bereich des Wohnungsbaus. Erforderlich dafür sind funktionierende Softwarelösungen, ausreichende digitale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und

40 Mitarbeiter und angemessene personelle Ausstattung. Dem hartnäckigen Personal-
41 mangel und hohen Krankenstand in den zuständigen Abteilungen kann durch die
42 Einbeziehung von Zeitarbeitskräften und externen Dienstleistern abgeholfen werden,
43 ohne hierbei hoheitliche Funktionen oder den Datenschutz zu tangieren.
44

45 **Ein Lebenswertes Zuhause**

46 Als Liberale wollen wir, dass neue Quartiere ein lebenswertes Zuhause bieten. Das
47 erreichen wir durch eine frühzeitige Planung und Entwicklung der sozialen Infrastruk-
48 tur. Nur wenn Schulen, Kindertagesstätten und Sportangebote ausreichend und woh-
49 nortnah zur Verfügung stehen und ausreichend Grün- und Erholungsflächen berück-
50 sichtigt werden, entstehen Orte, an denen es sich gut leben lässt.

51 Die Freien Demokraten wollen grundsätzlich am Drittmix festhalten, d.h. bei Woh-
52 nungsbauprojekten ab 30 Wohnungen ein Drittel sozialer Wohnungsbau, ein Drittel
53 öffentlich geförderter Mietwohnungsbau und ein Drittel Eigentumswohnungsbau. Er
54 Dies hat sich in Hamburg über viele Jahre bewährt. Abweichungen vom Drittmix
55 darf es nur in begründeten Einzelfällen geben.

56 Wir wollen die Bürgerbeteiligung ins 21. Jahrhundert holen. Wir wollen mit Schulen
57 zusammenarbeiten, digitale Formate der Beteiligung ausbauen, wie z. B. das digitale
58 Partizipationssystem (DIPAS) und die Besetzung und aktuelle Struktur der Quartiers-
59 beiräte überprüfen. So wollen wir auch Menschen erreichen, die sich von herkömmli-
60 chen Beteiligungsformaten nicht angesprochen fühlen.
61

62 **Vorausschauende und zukunftsorientierte Stadtplanung statt Reparatur von** 63 **Fehlplanungen**

64 Für eine kohärente, nachhaltige und gelingende Stadtentwicklung in den Bezirken ist
65 eine langfristige Planung und eine überzeugende Vision der Stadt der Zukunft von
66 entscheidender Bedeutung. Eine integrierte Planung und die Zusammenarbeit mit al-
67 len Beteiligten, einschließlich Behörden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft, sind
68 unerlässlich, um unterschiedliche Interessen und Perspektiven einzubeziehen und
69 umfassende Lösungen zu finden. Die Bürgerbeteiligung soll stets integraler Bestand-
70 teil des Planungsprozesses sein, um ihre Bedürfnisse und Anliegen zu berücksichti-
71 gen und eine breite Akzeptanz für die städtebaulichen Entscheidungen zu schaffen.
72 Eine frühzeitige Identifizierung von Herausforderungen ist von großer Bedeutung, um
73 potenzielle Probleme rechtzeitig anzugehen und präventive Maßnahmen zu ergrei-
74 fen. Dabei sind Stadt- und Verkehrsplanung gemeinsam zu betrachten. Eine Aufglie-
75 derung aus parteitaktischen Gründen lehnen wir ab.

76 Es ist wichtig, Mut zu haben, zu experimentieren und aus Fehlern zu lernen. Dies er-
77 fordert die Bereitschaft, innovative Ansätze zu testen und Anpassungen vorzuneh-
78 men, um eine kontinuierliche Verbesserung zu ermöglichen. Hierzu rechnen wir auch
79 die Forderung nach mehr Erhaltens- und Ersatzinvestitionen, deren Wirkung über die
80 Dauer einer Wahlperiode hinausgeht. Nachhaltigkeit und Resilienz sollen in die lang-
81 fristige Planung integriert werden, um eine zukunftsfähige und widerstandsfähige
82 Stadtentwicklung zu gewährleisten. Um eine beschleunigte Bauleitplanung und Ge-
83 nehmigungen zu erreichen, sollten effiziente Verfahren implementiert werden.
84

85 **Städtebauliches Handbuch – Konzepte für das 21. Jahrhundert**

86 Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir Freie Demokraten ein Städtebauliches
87 Handbuch, das Rahmenkonzepte und Best-Practice-Ideen aus anderen Städten zur
88 Quartiersentwicklung sowohl für Außenbereiche und Grünflächen enthält. Dieses
89 Handbuch soll regelmäßig erweitert und ergänzt werden und Musterbeispiele für Bür-
90 gerbeteiligung und Werkstätten enthalten, nach dem Beispiel von Amsterdam und

91 Oslo. Zusammen mit einem „Handbuch Straße“ soll es den Leitfaden für das Stadt-
92 bild und die Hamburgische Stadtplanung bilden.

93

94 **Quartiersentwicklung**

95 Der Quartiersgedanke hat in Hamburg eine besondere Tradition. Die FDP unterstützt
96 die Weiterentwicklung Hamburgs zur so genannten „15-Minuten-Stadt“. Alle Bedürf-
97 nisse des Alltags sollen von der eigenen Haustür aus in 15 Minuten auch zu Fuß, mit
98 dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können. So lässt sich die
99 Dichte des Autoverkehrs deutlich verringern und die Lebensqualität in den Quartieren
100 verbessern. Undurchdachte und kurzsichtige Verbote sind jedoch der falsche Weg:
101 Auch wer auf das eigene Auto angewiesen ist, muss sein Ziel im Quartiers erreichen
102 können. Handwerker und Lieferanten, ältere und behinderte Mitbürger, aber auch
103 quartiersfremde Besucher brauchen Straßen und Parkraum, soll das Quartier seine
104 Funktionen als Lebensraum und Wirtschaftsstandort erfüllen und attraktiv bleiben.
105 Deshalb setzen wir uns auch für eine funktionierende Infrastruktur zwischen den
106 Quartieren ein.

107 Hamburg wird in Zukunft weiter wachsen. Daher werden neue Stadtteile und Quar-
108 tiere benötigt. Gänzlich autofreie Quartiere außerhalb der Innenstadt sind unrealis-
109 tisch. Neu geplante Stadtteile bedürfen einer direkten ÖPNV-Anbindung. Moderne
110 Gebäude-strukturen und intelligente Planung sorgen dafür, dass jedes neue Quartier
111 zur 15-Minuten-Stadt werden kann.

112 Innerhalb der Quartiere sind Einrichtungen für den täglichen Bedarf, z. B. Lebensmit-
113 telläden, Drogerien, Apotheken und andere grundlegende Versorgungsinfrastruktur
114 wie Arztpraxen, Kitas und Schulen von besonderer Bedeutung für die Bürger. Hier
115 setzen wir auf eine enge Verzahnung von Kulturangeboten, Gastronomie und Einzel-
116 handel.

117 Darüber hinaus soll die Einrichtung von Community Centern (besser: Bürgerhäuser,
118 Gemeindezentren) in allen Stadtteilen gefördert werden: Treffpunkte, die allen Bür-
119 gern eine Vielzahl von Aktivitäten, Dienstleistungen und Ressourcen, für Bildung und
120 kulturelle Veranstaltungen bieten. Unsere vielfältige Mehrgenerationengesellschaft
121 braucht mehr soziale Begegnung nah am eigenen Wohnort. Die FDP befürwortet
122 Konzepte wie Mehrgenerationenhäuser und Betreutes Wohnen, sie gehören in die
123 Mitte der Quartiere, um gerade älteren und betreuten Personen die Teilnahme am
124 sozialen Leben zu ermöglichen.

125 Die Bauleitplanung der Bezirke sollte die Schaffung energieeffizienter Infrastruktur
126 berücksichtigen (kommunale Wärmeplanung).

127 Energetische Quartiersentwicklung bedeutet für uns Freie Demokraten jedoch auch,
128 dass in der Bauleitplanung Ziele zur energetischen Qualität, insbesondere der Schaf-
129 fung energieeffizienter Infrastruktur, zu einer effizienten Wärmeversorgung („kom-
130 munale Wärmeplanung“) sowie die Entwicklung von Lösungen für den Einsatz erneu-
131 erbarer Energien formuliert und umgesetzt werden.

132

133 **Wohngebäude und Privateigentum**

134 Wir Freien Demokraten unterstützen privates Wohneigentum. Die Bebauung auf ei-
135 genen Grund und Boden muss nach eigenem Wunsch und der maximal örtlich fest-
136 gelegten Geschosshöhe erfolgen können. Wohneigentum ist eine Grundsicherung
137 für das eigene Leben und das Alter. In selbstgenutztem Wohneigentum sollen ge-
138 nehmigungsfrei Mini-Solaranlagen möglich sein. Wer selbsterzeugten Strom dem
139 Netz zur Verfügung stellt und mit intelligenten Speichern zur Netzstabilität beiträgt,
140 soll dafür steuerlich auf den Verkauf des Stroms entlastet werden.

141

142 **Überarbeitung der Bebauungspläne im kommenden Jahrzehnt**

143 Die Freien Demokraten treten für eine Umwandlung der Baustufenpläne in moder-
144 nes, den heutigen Anforderungen entsprechendes Planrecht ein, um damit Potentiale
145 für städtebauliche Entwicklungen im Innenbereich aufzuzeigen und zu erschließen.
146 Dies gilt auch für nicht mehr zeitgemäße Festsetzungen in älteren B-Plänen. Neues
147 Planrecht soll nach Auffassung der FDP eine effizientere Flächennutzung ermögli-
148 chen. Geltende städtebauliche Erhaltenssatzungen stehen oft im Widerspruch zu
149 nachhaltigem, barrierefreien und klimagerechten Bauen. Die FDP fordert, alle beste-
150 henden und zukünftigen Erhaltungsverordnungen auf die Vereinbarkeit mit der Um-
151 welt- und Klimazielen zu überprüfen.

152

153 **Erst die Infrastruktur, dann der Wohnungsbau – Verknüpfung von Stadt- und** 154 **Verkehrsplanung**

155 Für uns Freie Demokraten steht fest: Stadt- und Verkehrsplanung müssen Hand in
156 Hand gehen. Dabei setzen wir darauf, dass die notwendige Infrastruktur vor dem
157 Wohnungsbau fertiggestellt wird, so dass sie bei Einzug der Bewohner nutzbar ist
158 und die bestehende Infrastruktur nicht überlastet. Bei Projekten ab 100 neuen
159 Wohneinheiten fordern wir eine verpflichtende Verkehrsanalyse bei der Genehmi-
160 gung; ab 500 neuen Wohneinheiten ist eine bezirksweite Verkehrsanalyse notwen-
161 dig. Entsprechende Maßnahmen sind vor der Realisierung einzuleiten.

162

163 **Magistralenentwicklung als entscheidender Baustein einer modernen Stadt**

164 Die in Hamburg 2019 zum Kernprojekt ernannte Magistralenentwicklung, die zum
165 Ziel hat, die Lebens- und Aufenthaltsqualitäten an den Magistralen zu verbessern
166 und die Bau- und Nutzungsstrukturen weiterzuentwickeln, unterstützen wir genauso
167 wie die Weiterentwicklung der bestehenden Stadtteile. Dabei ist ein ganzheitliches
168 Mobilitäts-konzept für alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen. Die hohe Bedeu-
169 tung von bestehenden Landschaftsachsen und Grünflächen muss in den Entwick-
170 lungsplänen entsprechend berücksichtigt werden. Planung und Umsetzung dieses
171 Kernprojekts sollen zügig erfolgen. Großbaustellen müssen in ein Gesamtkonzept für
172 ganz Hamburg einfließen und in angemessenen Zeiträumen fertiggestellt werden.
173 Dafür muss die Zu-Zimmerarbeit der Bezirksämter mit Stadtplanern und Baukontrol-
174 leuren verbessert und ausgebaut sowie gesamtstädtisch koordiniert werden.

175

176 **Wohnen, Leben und Arbeiten verbinden – kurze Wege in Hamburg**

177 Die FDP ist dafür, Wohnen, Leben und Arbeiten enger zu verknüpfen. Deshalb sind
178 wir Freie Demokraten für eine verstärkte Ausweisung von gemischten Wohngebie-
179 ten. Ein wichtiger Baustein für Dynamik und Freiraum ist auch, dass die Bau- und
180 Entwicklungspläne auf das Maß ihrer baulichen Nutzung hin überprüft und angepasst
181 werden müssen, Baustufenpläne sollten zu B-Plänen umgewandelt werden und die
182 Flächennutzungspläne müssen auf eine bessere Vereinbarkeit von Gewerbe- und
183 Wohngebieten hin überarbeitet und angepasst werden. Das erleichtert und fördert
184 die Ansiedlung von Gewerbe und Unternehmen vor Ort in den Bezirken, schafft Ar-
185beitsplätze, resiliente wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen und Wohlstand
186 sowie Sicherheit vor Ort für alle.

187

188 **Bezirke zum Vorbild in Fragen des Klimaschutzes machen**

189 Die Bezirke sollen sämtliche Potentiale für PV-Anlagen und Grünflächen an ihren
190 Fassaden sowie auf den Dächern aller öffentlichen Gebäude erfassen. Bis 2029 sol-
191 len in Bezug auf die öffentlichen Gebäude in allen Bezirken mindestens 75 % der
192 PV-Potentiale auf Dächern und an Fassaden genutzt werden müssen. Die Bezirke
193 sollen sich des Weiteren auf Landesebene dafür einsetzen, dass alle CO₂- Aus-
194 gleichsmaßnahmen der Stadt Hamburg kontrolliert und zentral monetarisiert werden.

195 Öffentliche Gebäude haben eine Vorbildfunktion. Deshalb fordern wir für alle öffentli-
196 chen Neubauten den Einsatz modernster Technik und umweltfreundlicher Bauwei-
197 sen. Öffentliche Gebäude müssen auch weiterhin einen repräsentativen Charakter
198 haben und sich dennoch in das Stadtbild einfügen. Bestehende öffentliche Gebäude
199 sollen begrünt werden und auch in der Sanierung diesem Vorbild entsprechen.
200

201 **Housing First**

202 Die Zahl der Wohnungslosen in Hamburg nimmt kontinuierlich zu. „Housing First“ be-
203 zeichnet die unbürokratische Vergabe einer Wohnung an Wohnungslose, um diesen
204 den Weg zurück in ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen. Die Verringerung
205 der Wohnungslosigkeit in Hamburg hilft den Betroffenen und sorgt für weniger offene
206 Obdachlosigkeit in der Stadt. Das Programm hat in Ländern wie Frankreich und Finn-
207 land zu einer Reduzierung der Wohnungslosigkeit und Einsparung von Sozialleistun-
208 gen geführt. In Hamburg wurden jedoch nur 30 Wohnungen für das Programm aus-
209 geschrieben, lediglich 16 Menschen haben einen Mietvertrag abgeschlossen. Wir for-
210 dern, dass die Bezirke in Zusammenarbeit mit der Stadt die Anzahl der ausgeschrie-
211 benen Wohnungen deutlich erhöhen. Die Teilnehmer des „Housing First“-Programms
212 sollen von Sozialarbeitern und Hilfsangeboten bei der Wiedereingliederung in die Ge-
213 sellschaft unterstützt werden.

214

215 **Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt**

216

217 Ein sicherer und sauberer Bezirk zeigt, wieviel Respekt und Aufmerksamkeit ein Be-
218 zirksamt für seine Bürger hat. Denn nur sichere und saubere Bezirke sind für alle le-
219 benswert, wirtschaftlich attraktiv und ohne Einschränkung nutzbar. Wir wissen auch:
220 Verschmutzte und zerbrochene Infrastruktur zieht Kriminalität an und vertreibt Ge-
221 werbe und Arbeitsplätze. Pflichtaufgabe Nummer eins für die Bezirke sind daher ge-
222 pflegte und sichere Wohnumfelder, Gewerbegebiete, Verkehrswege und öffentliche
223 Einrichtungen.
224

225 **Bezirklichen Ordnungsdienst stärken**

226 Die Häufigkeit und Gründlichkeit der Reinigung öffentlicher Wege und Plätze ist drin-
227 gend verbesserungsbedürftig. Schäden an Straßen, Geh- und Radwegen müssen
228 schnell und effektiv behoben werden. Der bezirkliche Ordnungsdienst hat sich in der
229 Vergangenheit in Hamburg bewährt. Seine Abschaffung war ein großer Fehler, wie
230 der Vergleich von Bezirken mit und ohne Ordnungsdienst zeigt. Er muss allerdings
231 auch gut ausgestattet sein, über Kompetenzen verfügen und solide finanziert.
232

233 **Sicherere Bahnhöfe**

234 Der Hauptbahnhof in Hamburg und alle anderen Bahnhöfe in der Stadt und in den
235 Bezirken müssen unbedingt sicherer werden. Prävention und Abschreckung durch
236 Polizei und Sicherheitsdienste müssen darum deutlich verbessert werden. Auch die
237 Sauberkeit beeinflusst stark Lebensqualität und Sicherheitsgefühl in den Bahnhöfen
238 im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Sicherheitskonzepte an U- und S-Bahnhöfen
239 müssen verbessert werden mit dem Ziel der Verbesserung des Schutzes von Frauen
240 und Mädchen.
241

242 **Sichere Straßen, Plätze und Parks**

243 Die FDP will das Gewaltpotenzial auf unseren Straßen und auch in der privaten Um-

244 gebung gezielt verringern und macht sich für eine Strafverschärfung und für den Op-
245 ferschutz stark. Es muss leicht erreichbare Anlaufstellen für Opfer von Gewalt in den
246 Bezirksämtern geben. Die zunehmende Belästigung und Gefährdung durch Raser
247 und Autoposer muss beendet werden. Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz
248 mobiler Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (mGÜA) an den Meldeschwerpunk-
249 ten ein. Die Mittel für die Pflege öffentlicher Parks und Spielplätze sollen erhöht wer-
250 den. Das leistet einen wichtigen Beitrag zum Sicherheitsgefühl und zur Lebensquali-
251 tät.

252 Diese Ziele erfordern ein Programm von Einzelmaßnahmen:

- 253 • Verschmutzungen müssen sofort beseitigt werden. Erforderlich ist die perma-
254 nente Pflege und Reparatur von Wegen, Beleuchtung, Verkehrsinfrastruktur,
255 Straßengrün und Parks. Möglich ist das durch die Neuaufrstellung eines be-
256 zirklichen Ordnungsdienstes mit umfassender Verantwortung für alle diese
257 bisher getrennten Aufgaben und mit ausreichenden Kompetenzen und Mitteln.
258 Er soll zentral und aus einer Hand Missstände schnell und ohne Verwaltungsaufwand praktisch beheben, sobald sie auftreten. Der Senat muss die dafür
259 fehlenden Mittel und Kompetenzen zuweisen oder abtreten.
260
- 261 • Der „Melde Michel“ soll auch als App verfügbar gemacht werden. Schäden im
262 Straßenraum sollen so mobil meldbar sein.
- 263 • Die Einrichtung einer durchgehenden Beleuchtung für alle Fuß- und Fahrrad-
264 wege. Bisher ist die Beleuchtung oft nur auf die Straße ausgerichtet.
- 265 • Die bessere Beleuchtung des öffentlichen Umfelds und der Zuwege zu U- und
266 S-Bahnhöfen und Bushaltestellen.
- 267 • Verbesserte Gestaltung von Gefahrenorten und Angsträumen, zuverlässige
268 und zeitnahe Erreichbarkeit der Polizei durch Hilferufe und Push-Meldungen
269 per Mobiltelefon, Beleuchtung von Parkwegen durch naturangepasste Be-
270 leuchtungstechnik, verbesserte Sauberkeit, Beleuchtung, Ordnung und Si-
271 cherheit auf Spielplätzen.
- 272 • Die Aufwertung von unattraktiven, kriminalitätsgefährdeten Orten durch Bau-
273 maßnahmen und mehr öffentliches Grün.
- 274 • Die regelmäßige Präsenz der Polizei an zentralen Orten des Bezirks, an Ge-
275 fahrenorten und im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs.
- 276 • Verbesserung der Abfallentsorgung durch häufigere Entsorgung, Vermehrung
277 der Behälter und Ersatz der bisher aufgestellten Container und rosa Säcke
278 durch Unterflurcontainer. Nach Bedarf sollen mobile Abfallbehälter, zum Bei-
279 spiel an der Alster, aufgestellt werden, um dem erhöhten Entsorgungsbedarf
280 gerecht zu werden.
- 281 • Durch mobile Reinigungsteams sollen S- und U-Bahn-Züge gepflegter und
282 ihre Nutzung angenehmer werden. Bei der Fahrzeuginstandhaltung muss be-
283 besonders darauf geachtet werden, dass die Fahrgastinformations- und Komfort-
284 systeme funktionstüchtig sind. Ersatzfahrzeuge sind in ausreichender Zahl
285 vorzuhalten.

286

287 **Eine Stadt für jedes Alter**

288

289 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Menschen in jedem Alter Anerken-
290 nung in der Gesellschaft finden, aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen und ihr Le-
291 ben selbstbewusst und selbstbestimmt gestalten können.

292

293 **Mobilität, Sicherheit und Komfort im Alter ermöglichen**

294 Für das reibungslose Bewältigen des Alltags ist ein altersgerechtes Angebot an Mo-
295 bilität im öffentlichen Raum entscheidend. Barrierefreiheit und Erreichbarkeit im öf-
296 fentlichen Leben sind ein Muss. Wir Freie Demokraten fordern daher:

297 • Vermehrte Einrichtung von Parkplätzen für Menschen mit Beeinträchtigungen
298 sowie der Ausnahme von der Kostenpflicht der Anwohnerparkplätze.

299 • Den Ausbau der Barrierefreiheit im ÖPNV.

300 • Eine beschleunigte Ausstellung von angefragten Schwerbehindertenauswei-
301 sen durch die Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integra-
302 tion.

303 • Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten mit Schatten im öffentlichen Raum
304 sowie verstärkte Sanierungen unebener Fußwege.

305 • Aufstellung weiterer Wasserspender im öffentlichen Raum, vor allem in Park-
306 anlagen, Einkaufsstraßen, an ÖPNV-Knotenpunkten.

307 • Einrichtung zusätzlicher barrierefreier Toiletten im öffentlichen Raum, vor al-
308 lem auch in Parkanlagen sowie die Förderung des Konzepts der „netten Toi-
309 lette“ in Restaurants.

310 **Gute Kranken-/Pflegeversorgung in jedem Alter sicherstellen**

311 Wer im Alter erkrankt oder hilfsbedürftig wird, muss Unterstützung erhalten, um in
312 Würde altern zu können. Der Pflegekräfte-Notstand in Senioren- und Pflegeheimen
313 stellt bereits heute ein großes Problem in der Betreuung der Bewohner dar.

314 Wir Freien Demokraten wollen eine vollständige Arbeitsfähigkeit der Bezirksamter für
315 eine effizientere Gesundheitsversorgung herstellen. Das beginnt mit der Gewährlei-
316 stung von Schuleingangsuntersuchungen für alle Kinder. Es geht über die Abschaf-
317 fung von Bewohnerparkzonen vor Arztpraxen. Und es geht bis hin zur Dimension von
318 gesundheitsfördernden Lebenswelten durch nachhaltige Stadtentwicklung für alle
319 Menschen, egal in welchem Alter.

320

321 **Aktiv am Leben teilnehmen**

322 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ältere Menschen mit ihren Interes-
323 sen und Wünschen voll am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen
324 können. Älteren Menschen bevorzugen teilweise die Nutzung analoger Angebote.
325 Das muss ihnen auch in Zukunft möglich bleiben. Hinzukommen muss aber die tech-
326 nische Infrastruktur und das Angebot der Hilfestellung für digitale Kommunikations-
327 formen. Wir fordern darum

328 • in den Tagespflegen, Senioren- und Pflegeeinrichtungen und den Angeboten
329 des betreuten Wohnens eine ausreichende Anzahl an Internetzugängen sowie
330 eine flächendeckende WLAN-Ausstattung zur Verfügung stehen.

331 • in Behörden, öffentlichen Einrichtungen, Unternehmen der öffentlichen Infra-
332 struktur und privaten Unternehmen des täglichen Bedarfs wie Banken und
333 Sparkassen analoge Teilnahmemöglichkeiten (z.B. Ticketkauf an Schaltern,
334 physische Anmeldeformulare, Telefonhotlines) verpflichtend anzubieten. Auch

335 sollten die Materialien der Bezirksämter, vor allem Anträge und Formulare, in
336 leichter Sprache und in großer Schrift zur Verfügung stehen.

337 • Die Überarbeitung der Senioren-Webseiten der Bezirksämter, damit sie aktuell
338 gehalten werden, leichter verständlich und populärer aufbereitet sind und konkrete
339 Angebote für Senioren, auch von privaten Anbietern, enthalten.

340 • Die Einrichtung einer Börse für Digitalkurse für Senioren: Die Bezirke sollen in
341 Zusammenarbeit mit Schulen eine Börse aufbauen, die Schüler dazu motiviert,
342 älteren Menschen den Umgang mit den neuen Medien zu erläutern. Dieses Angebot soll durch staatlich geförderte „Digitalbetreuer“ ergänzt werden.
343

344 **Altersgerechtes Wohnen fördern**

345 Auch im Alter soll jeder Bürger eine an seine individuellen Präferenzen angepasste
346 Lebensweise durch verschiedene Formen des Wohnens leben können. Dafür sind
347 geräumige und barrierefreie Wohnungen zu bezahlbaren Mieten anzubieten. Auch
348 führen Wohnquartiere mit altersgemischten Bewohnern zu einer höheren Akzeptanz
349 aller Altersgruppen. Wir Freie Demokraten fördern und unterstützen

350 • die Förderung des Baus von Alten-WGs und Wohn-Pflege-Gemeinschaften
351 durch steuerliche Anreize sowie vermehrte Angebote an Mehrgenerationen-
352 häusern für Jung und Alt.

353 • die Berücksichtigung von Angeboten für alle Altersgruppen bei der Planung
354 von Bezirksflächen, zum Beispiel durch den Bau von Schulen und Kitas in der
355 Nähe von Senioreneinrichtungen.

356 • die Überprüfung der geltenden städtebaulichen Erhaltungsverordnungen, welche die altersgerechte und barrierefreie Umgestaltung von Bestandsbauten teilweise verhindern.
357
358

359 **Barrierefreiheit ganzheitlich bedenken**

360 In Hamburg leben derzeit ca. 251.500 behinderte, darunter ca. 156.600 schwerbehinderte Menschen.
361

362 Um in Hamburg für echte Barrierefreiheit zu sorgen, fordern wir Freien Demokraten
363 ein ganzheitliches Konzept beim Bau neuer Wohngebäude. Oftmals wird die Barrierefreiheit im oder außerhalb des Gebäudes auf dem Gehweg nur unzureichend berücksichtigt.
364
365

366 Ausgänge und Übergänge von Gebäuden sowie an Straßen und Parks müssen barrierefrei sein In öffentlichen Gebäuden müssen die Türen rollstuhlfahrgerecht sein.
367
368

369 **Tag des Ehrenamtes in Hamburg feiern**

370 Viele Hamburger Bürger jeden Alters setzen sich täglich ehrenamtlich für verschiedenste Belange des Lebens in unserer Stadt ein und stärken damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um dieses Engagement für die Allgemeinheit zu würdigen, fordern wir Freie Demokraten eine Feier des internationalen Tages des Ehrenamtes am 05. Dezember. Der Erste Bürgermeister der Stadt soll dazu ausgewählte Ehrenamtler ins Rathaus oder ins Gästehaus an der Alster einladen und für ihre Arbeit auszeichnen.
371
372
373
374
375
376
377

378 **Für Bezirke, in denen alle zu Wort kommen**

379 In Zeiten schwindender Akzeptanz für unsere Demokratie ist es umso wichtiger, von klein auf politische Mitbestimmung zu stärken. Wir Freie Demokraten fordern daher die Einführung des Politik-Planspiels „Jugend im Parlament“ in allen Bezirken. Nach dem Vorbild des Programms „Jugend entscheidet“ der HERTIE-Stiftung sollen dabei
380
381
382

383 konkrete Entscheidungen in die Hände der Jugendlichen gegeben werden. So sollen
384 Verständnis und Wertschätzung für Kommunalpolitik entwickelt und Nachwuchs für
385 politische Ämter gesichert werden. Darüber hinaus fordern wir die Einführung einer
386 jährlichen Bürgersprechstunde mit der Bezirksamtsleitung speziell für Kinder und Ju-
387 gendliche.

388

389 **Sport und Bewegung in den Stadtquartieren fördern**

390

391 **Global Active City**

392 Seit 2018 trägt Hamburg den Titel „Global Active City“ und weist sich selbst damit ei-
393 nen hohen Eigenanspruch in Belangen des Sports aus. Wir Freie Demokraten for-
394 dern die konsequente Umsetzung der im Jahr 2022 beschlossenen Hamburger Ac-
395 tive City-Strategie durch konkrete Vorhaben zur Förderung von Sport und Bewegung
396 in allen Stadtquartieren. Nur mit einem herausragenden Angebot für Freizeit- Breiten-
397 und Leistungssport kann die Stadt ihrem selbst gesetzten Anspruch gerecht werden.

398

399 Neben der herausragenden Bedeutung von Sport für die Gesundheit einer zuneh-
400 mend älter werdenden Gesellschaft ist ausreichende Bewegung nicht zuletzt im Ju-
401 gendalter maßgeblich für eine positive körperliche Verfassung sowie für die geistige
402 und motorische Entwicklung. Wir wollen unsere Stadt mit einem auf Kinder und Ju-
403 gendliche zugeschnittenen Konzept daher auch zur Young Active City machen. Dies
404 erfordert niedrigschwellige Bewegungsangebote im Freizeitbereich sowie im organi-
405 sierten Sport, die in allen Bezirken leicht zugänglich sind.

406

407 **ParkSport**

408 Das Konzept von ParkSport als Freiraumgestaltung soll im Rahmen geeigneter städ-
409 tebaulicher Entwicklungsprojekte berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch für die
410 Schaffung von Bewegungsinself in bestehenden Parks ein, die inklusive Möglichkei-
411 ten für Sportaktivitäten bieten. Zudem befürworten wir die Einrichtung von "Urban
412 Playgrounds", die bedarfsorientiert und flexibel für Sportangebote zur Verfügung ge-
413 stellt werden können.

414

415 **Zustand der Sportstätten**

416 Um ein qualitativ hochwertiges Sport- und Bewegungsangebot vor Ort zu gewährleis-
417 ten, sind Investitionen in die Modernisierung und ein guter Zustand der Sportstätten
418 unabdingbar. Die nachhaltige Instandhaltung und Pflege der öffentlichen Sportanla-
419 gen ist eine Daueraufgabe des Sportstättenmanagements in den Bezirken, die mit
420 ausreichenden Mitteln verlässlich auszustatten sind.

421

422 **Sport im Quartier**

423 Bei der Planung neuer Stadtviertel und Entwicklung von Quartieren muss der Sport
424 von Anfang an berücksichtigt werden. Das Landessportamt muss dabei seine Rolle
425 als zentrale Instanz der Verwaltung für die Sportentwicklung aktiv wahrnehmen. Zur
426 besseren Vernetzung des Landessportamtes, der Sportverwaltung in den Bezirksäm-
427 tern, Schulen, Kitas und Vereinen setzen wir uns für die Durchführung "Regionaler
428 Sportkonferenzen" ein. Die Sportinfrastruktur muss mit den Standteilen wachsen.
429 Das Verhältnis von Sportflächen zur Einwohnerzahl darf auch bei Nachverdichtung
430 nicht sinken. Für Hamburg als Stadt am Wasser gilt dies insbesondere auch für
431 Schwimmbäder. Kein Kind darf die Grundschule als Nichtschwimmer verlassen. Wir
432 setzen uns daher für eine ausreichende Zahl an Lehrschwimmbecken in Schulnähe

433 ein.

434

435 **Vereinsleben**

436 Vereinseigene Sportanlagen sind Ausdruck einer lebendigen Vereins- und Verbands-
437 landschaft und ein wichtiger Bestandteil des Sportangebots in unserer Stadt. Wir un-
438 terstützen die Bauvorhaben von Sportverbänden und -vereinen finanziell durch Bun-
439 des- und Landesprogramme und wollen weiterhin günstige Sportdarlehen über die
440 städtische Investitions- und Förderbank zur Verfügung stellen. Zudem möchten wir
441 neu gegründete Vereine dabei unterstützen, verlässliche Nutzungszeiten auf Sport-
442 flächen zu erhalten.

443

444 **Qualität und Nutzung der Sportstätten**

445 Hierfür ist nicht nur eine insgesamt größere Sportfläche eine Möglichkeit, sondern
446 auch die intensivere Nutzung der bisher vorhandenen Fläche, z. B. durch Umwand-
447 lung von Naturrasen- und Grandplätze in moderne Kunstrasenplätze, bessere um-
448 weltgerechte Ausleuchtung von Sportplätzen bei Dunkelheit und bei Bedarf Lärm-
449 schutzanlagen. Um die verfügbare Netto-Nutzungszeit in den Hamburger Sportstät-
450 ten insgesamt zu erhöhen, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der
451 Vergabe ein. Wir möchten auch die Ausweitung der Spätnutzungszeiten bis 24:00
452 Uhr in städtischen Sporthallen ermöglichen. Wir werden der Umwandlung von Sport-
453 flächen für den Wohnungsbau nur zustimmen, wenn in erreichbarer Nähe zeitnah Er-
454 satz geschaffen wird.

455

456 **Hamburg als Wettbewerbsstandort**

457 Die Active City Hamburg ist Austragungsort nationaler oder internationaler Wettbe-
458 werbe. Wir Freie Demokraten ermutigen die Bezirke, solche Veranstaltungen kon-
459 struktiv in der Vorbereitung zu begleiten und Wege aufzuzeigen, wie eine Durchfüh-
460 rung ermöglicht werden kann. Dies gilt auch für die Begleitung des vom DOSB einge-
461 leiteten Bewerbungsprozesses für die Ausrichtung Olympischer Sommerspiele in
462 Deutschland in den Jahren 2036 oder 2040.

463

464 **Ehrenamt**

465 Das ehrenamtliche Engagement von Betreuern, Übungsleitern, Organisatoren, Trai-
466 nern und Schiedsrichtern spielt für den Breitensport eine herausragende Rolle. Viele
467 sportbegeisterte Menschen in Hamburg engagieren sich in Vereinen und Clubs mit
468 großem Einsatz, oft generationenübergreifend. Bereits seit längerem ist jedoch ein
469 verstärkter Rückgang im Engagement im Sport zu beobachten.

470 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, das Ehrenamt im Sport in moderner
471 Form analog zu den etablierten Sportlehren auf Bezirksebene zu würdigen so-
472 wie lokal zugeschnittene Förderungen für freiwilliges Engagement zu entwickeln.
473 Sportveranstaltungen in Hamburg gelten als sicher. Das gilt überwiegend auch für
474 den Besuch der Fußballstadien in den unterschiedlichen Ligen. Um Gewalt vorzu-
475 beugen, ziehen wir notwendigen repressiven Maßnahmen die weitere Intensivierung
476 des Dialogs zwischen Vereinen und Verbänden, Fans, Ordnungsdiensten und -be-
477 hörden, Fan- und Sicherheitsbeauftragten, Fanprojekten und der Polizei vor. Die Er-
478 fahrung im Hamburger Sport lehrt: Prävention ist oft wirksamer als Abschreckung
479 und Bestrafung. Wir lehnen eine Beteiligung der Hamburger Sportvereine an den
480 Kosten der Polizeieinsätze aus Gleichheitsgrundsätzen ab. Die Wahrung der Sicher-
481 heit im öffentlichen Raum ist eine originäre Staatsaufgabe, die nicht privatisiert wer-

482 den sollte. In den Stadien haben die Vereine ihr Hausrecht mit hinreichendem Ord-
483 nungsdienst auf eigene Kosten zu wahren. Der Profisport leistet mit seinen Steuern
484 und Abgaben seinen Beitrag, kleinere Vereine wären völlig überfordert.

485

486 **Mobilität ist Freiheit, Infrastruktur ist Wirtschaftskraft**

487

488 Mobilität ist ein zentrales Anliegen aller Bürger und entscheidend für die individuelle
489 Lebensqualität. Nur in einer Stadt, in der die Menschen bestmöglich mobil sein kön-
490 nen, sind Innovationen, Fortschritt und wirtschaftlicher Erfolg möglich, die zu Wohl-
491 stand für jeden einzelnen ihrer Bürger führen können. Verkehrspolitik kann gelingen,
492 wenn sie die Verkehrsteilnehmer miteinander verbindet, statt sie gegeneinander aus-
493 zuspielen. Wir Freie Demokraten Hamburg wollen Mobilität fördern und sie in vielfälti-
494 gen Formen und Kombinationen ermöglichen.

495 Als Freie Demokraten stehen wir für ganzheitliche Verkehrs- und Stadtplanung, die
496 Veränderungen im Umfeld und im Leben der Menschen berücksichtigt. Infrastruktur
497 wird vor dem Bedarf geplant, Wohnungsbau folgt. Freiheit in der Mobilität ist eine
498 grundlegende Voraussetzung für die eigene Entfaltung. Dabei ist die Freiheit zum
499 Schlendern und Verweilen ein integraler Teil einer modernen Stadt. Daher legen die
500 Freien Demokraten ein besonderes Augenmerk auf Fußgänger im urbanen Raum.
501 Verkehrsplanung muss aber auch eine Balance zwischen den Verkehrsteilnehmern
502 schaffen und die berechtigten Interessen aller Bürger widerspiegeln. Alternativen
503 zum Auto wollen wir fördern und leistungsfähiger machen - aber nicht in dem wir die
504 Auto-Infrastruktur gezielt zurückbauen!

505

506 Um dies zu erreichen, setzen wir auf mehrere wichtige Maßnahmen:

507

508 **Aussetzen der Bewohnerparkzonen und Stopp weiterer Verfahren**

509 Im Umfeld wichtiger Einrichtungen, wie Kliniken, Notfallpraxen und Polizeikommissa-
510 riate, muss das Bewohnerparken umgehend ausgesetzt und abgeschafft werden.
511 Aber auch jenseits dieser Gebiete sollen die bestehenden Anwohnerparkzonen in Ih-
512 rer jetzigen Form zeitnah abgeschafft werden. Mitarbeiter und Nutzer müssen Kran-
513 kenhäuser, Polizeikommissariate, lokale Geschäfte und Gastronomie auf effizienten,
514 sicheren und bequemen Wegen erreichen können.

515

516 **Einheitliche und gleichwertige Sondergenehmigungen für parkraumbewirt- 517 schaftete Gebiete**

518 Entscheidungen über Sondergenehmigungen sind transparent und nach einheitli-
519 chen Kriterien über die Bezirke auszuweisen. Die Höhe der Kosten für einen Antrag
520 auf Sondergenehmigung muss bezahlbar gehalten werden und sich z. B. an den Ab-
521 maßßen des Fahrzeuges bemessen. Die Kosten für betriebliche Sondergenehmigun-
522 gen sind zurzeit abschreckend hoch und auch bei negativem Bescheid in voller Höhe
523 zu entrichten. Das benachteiligt gerade kleine Betriebe und Einzelunternehmer. Be-
524 triebe ohne die Möglichkeit, auf einen eigenen Tiefgaragen- oder Hof- Stellplatz aus-
525 zuweichen, sollen die Option auf mindestens einen kostenlosen, selbstgenutzten
526 Stellplatz am Betriebsstandort erhalten. Sonst droht eine weitere Abwanderung von
527 Unternehmen aus den zentralen Lagen, die zu mehr Pendlerverkehr führt. Die beste-
528 henden Regelungen machen es für Handwerksbetriebe, Pflegedienstleister und alle
529 aufsuchenden Dienstleister unnötig schwer, in Kundennähe zu parken. Hier muss
530 dringend eine unbürokratische Lösung gefunden werden, die diese Wirtschaftsver-
531 kehre in der Metropolregion von engen und sehr teuren Kurzzeitparkregelungen be-
532 freit. Für Arzt-Besuche reicht die Kurzparkzeit wegen der Wartezeiten oft nicht aus.

533 Hier muss eine Flexibilisierung möglich sein.

534

535 **Bedarfsorientiertes Stellplatzangebot**

536 Kfz-Zulassungszahlen in Hamburg sind weiter auf einem Rekordhoch. Auch in der
537 Stellplatzplanung muss dem Rechnung getragen werden. Grundsätzlich wollen die
538 Freien Demokraten das Querparken in allen Straßen, in denen Tempo 30 gilt, mit
539 Ausnahme wichtiger Radrouten, und in allen Einbahnstraßen erhalten. Eine Umstel-
540 lung auf Längsparken akzeptieren wir nur, wenn der Verkehrsfluss und die Sicherheit
541 deutlich verbessert werden, ohne dass die Zahl der Längsparkplätze unnötig redu-
542 ziert wird. Nur das kann eine gerechte Lösung sein, die alle Verkehrsteilnehmer im
543 Blick behält. Dabei wollen wir auch Parkplätze für Kleinfahrzeuge und Lastenräder
544 kombinieren und ausweiten. Vor Nahversorgungsmärkten fordern wir ebenfalls Lad-
545 eininfrastruktur, um den Einkauf mit dem E-Auto entsprechend zu gestalten.
546 Für Wohnmobile und vergleichbare Großfahrzeuge sollen am Stadtrand entspre-
547 chen-de, mit dem ÖPNV gut erreichbare, Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

548

549 **Quartiersgaragen**

550 Zur Erweiterung des Stellplatzangebots und zur Entlastung von Stadtteilen mit sehr
551 hohem Parkdruck sollen gezielt Quartiersgaragen errichtet werden, um Autos zentral
552 abstellen zu können und den Parkdruck im Straßenraum zu reduzieren. Sowohl bei
553 bestehenden als auch bei neu zu schaffenden Parkplätzen müssen Lademöglichkei-
554 ten für Elektroautos berücksichtigt werden, wobei auch unkonventionelle Möglichkei-
555 ten wie Ladesäulen an Straßenlaternen genutzt werden sollen. In diese Quartiersga-
556 ragen sollen auch Abstellmöglichkeiten für eigene Fahrräder, Stadträder und andere
557 Sharing-Dienste integriert werden. Moderne Quartiersgaragen sind auch von außen
558 nicht als solche erkennbar, da sie mit Einzelhandel sowie Wohn- und Büroflächen an
559 der Außenseite oder auf dem Gebäude kombiniert werden können.

560

561 **Alternativen statt Verbote**

562 Wir wollen eine Mobilitätswende, aber mit den Menschen und nicht gegen sie. Dabei
563 setzen wir nicht auf Verbote, sondern auf Anreize und Angebote. Die Rekordzulas-
564 sungszahlen für PKW und die Überlastung des Schienennetzes in Deutschland zei-
565 gen, dass ohne echte Alternativen und den Ausbau der Infrastruktur ein Umstieg auf
566 nachhaltige Mobilität nicht möglich ist.

567

568 **Technologieoffenheit und planerische Sicherheit**

569 Niemand kennt heute alle Lösungen für die Zukunft. Deshalb setzen die Freie Demo-
570 kraten grundsätzlich auf Technologieoffenheit! Das bedeutet, dass wir kein System
571 und keinen Verkehrsträger ausschließen wollen, sondern dass wir pragmatische Lö-
572 sungen für die Probleme im Hier und Jetzt finden wollen.

573

574 **Belastbarer ÖPNV und Schienenverkehr**

575 Leistungsfähiger ÖPNV kann nur mit der Schiene gestaltet werden. Daher fordern wir
576 den Ausbau des Hamburger (Schnell-)Bahnnetzes. Zu beginnen ist mit der unver-
577 züglichen Verlängerung der U4 bis Harburg. In einem ersten Schritt soll sie als Hoch-
578 bahn bis Wilhelmsburg verlängert werden. Die neue Linie U5 ist nur dann wirtschaft-
579 lich, wenn sie in das bestehende Netz der Stadt und ihrer Stadtteile eingebunden
580 wird, was bisher kaum der Fall ist. Auch im Hamburger Westen bedarf es mehr als
581 der U5. Falls sich die notwendige S-Bahnlinie 32 als nicht realisierbar erweist, for-
582 dern wir den Bau eines anderen leistungsfähigen schienengebundenen Systems, wie
583 Light Rail. Eine weitere Busbeschleunigung halten wir für nicht leistungsfähig und
584 lehnen sie auf Grund der bisherigen Erfahrungen ab.

585

586 **Dezentralisierung des Personenverkehrs**

587 Das Schnellbahnnetz in Hamburg ist zu stark zentralisiert. Oft gelangt man in weni-
588 gen Minuten in die Innenstadt, aber nur mit erheblich größerem Zeitaufwand in an-
589 grenzende Stadtteile. Teilweise sind sie wie Sasel und Jenfeld gar nicht an das
590 Schnellbahnnetz angebunden. In Hamburgs neuem Stadtteil Oberbillwerder ist die
591 S-Bahn bereits heute überlastet.

592 Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, das zentralisierte System aufzubrechen und
593 Querverbindungen zwischen den bestehenden Linien zu schaffen, z.B. durch Light-
594 Rail-Systeme und U-Bahn-Linien auch außerhalb der Innenstadt. Dazu bedarf es
595 auch Querverbindungen in und um Hamburg jenseits des Rings 2 und jenseits des
596 Bestandes.

597 Als Freie Demokraten setzen wir auf Technologieoffenheit und innovative Lösungen.
598 Dazu fordern wir, bestehende und stillgelegte Strecken mittels Light Rail zu nutzen
599 und neue oberirdische Abschnitte im Speckgürtel und den Außenbezirken zu er-
600 schließen. Diese modernen Systeme kämen langfristig der ganzen Metropolregion
601 zugute und böten eine kostengünstige Alternative an Orten, an denen sich U- und
602 Vollbahnen nicht mehr lohnen und eine Verknüpfung mit dem Bestandsnetz nicht
603 darstellbar oder nicht praktikabel ist. Einzelne und unabhängige Linien können dabei
604 problemlos betrieben werden, ohne an ein Gesamtnetz angebunden zu werden. Das
605 Ergebnis ist die Anbindung ganzer Stadtteile an die bestehende Infrastruktur und die
606 Entlastung des Hauptbahnhofs als Umsteigepunkt. Andere Großstädte praktizieren
607 dies bereits mit Erfolg, so in Paris und Sidney.

608 Bei den Fahrzeugen setzen wir auf moderne Zweisystemfahrzeuge, wie in Karlsruhe
609 und Sydney. Dabei wollen wir auch moderne Technologien wie autonomen Betrieb
610 und oberleitungsfreie Streckenabschnitte sowohl aus optischen als auch Effizienz-
611 gründen realisieren.

612

613 **Ein Netz der Schulwege – Sicherheit für unsere Kinder**

614 Bildung ist ein Grundrecht. Für selbständige Kinder ist individuelle Mobilität eine
615 Grundvoraussetzung. Schulwege entlang Rad- und Fußwegen sollen so gestaltet
616 werden, dass Schüler jeden Alters ihn problemlos und sicher bewältigen können.
617 Das so gestaltete Schulrad- und Fußwegenetz kommt auch anderen Verkehrsteil-
618 nehmern zugute. Dazu fordern wir ein Bündel von Maßnahmen:

619 Vor Schulen sollen nach Möglichkeit extra breite Gehwege angelegt werden, Park-
620 plätze direkt vor den Schuleingängen sollen durch Haltebuchten für Schulbusse und
621 Co. ersetzt werden. Die umliegenden Straßen sollen für Fußgänger, Radfahrer und
622 den ÖPNV besonders sicher gestaltet werden. Dazu gehören nicht nur baulich abge-
623 trennte Radwege, die vor allem jüngere Radfahrer schützen, sondern auch Spiegel,
624 bessere Beleuchtung und die Trennung der Verkehrsmittel vor den Schulen. So kön-
625 nen „Elterntaxis“ so weit wie möglich reduziert werden. Schülern, die darauf angewie-
626 sen sind, soll durch barrierefreie Haltestellen jedoch diese Möglichkeit erhalten wer-
627 den.

628

629 **Neue Kreisverkehre intelligent gestalten**

630 Kreisverkehre mit geschützten Rad- und Fußwegen sind für den Verkehrsfluss eine
631 deutlich bessere, weil auch sicherere Alternative zu Ampelkreuzungen. Einige Kreis-
632 verkehre in Hamburg sind jedoch ohne Radfahrstreifen und mit Hindernissen für
633 LKW und ÖPNV gebaut. Künftig sollen daher neu gebaute Kreisverkehre immer mit
634 Fahr-radschutzstreifen oder noch besser mit geschützten Radwegen auf dem Bür-
635 gersteig gebaut werden. Die Radien sollen so gewählt werden, dass Busse die Kreis-

636 verkehre besser befahren können. Die Begründung der Kreisverkehre ist dabei sicher-
637 zustellen und darf nicht wie bisher vernachlässigt werden. Wir wollen, dass in der
638 Verkehrsplanung verstärkt sogenannte Turbo-Kreisverkehre nach niederländischem
639 Vorbild eingesetzt werden. Diese haben sich im Vergleich zu normalen mehrspurigen
640 Kreisverkehren als sehr effizient, verkehrsflussreich und unfallarm erwiesen.

641

642 **Fußverkehr stärken, Barrierefreiheit erhöhen**

643 Gerade für Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen sind Fußwege oft ge-
644 fährlich. Einmündungen sollen daher nicht mehr abgesenkt werden, sodass es für El-
645 tern mit Kinderwägen, Senioren und Rollstuhlfahrer einfacher wird, sie zu überque-
646 ren. Kleinere Einmündungen helfen dabei ebenfalls. Kraftfahrzeuge können diese
647 kleinen Schwellen einfacher überwinden als Fußgänger. So werden Kreuzungen und
648 Einmündungen für alle sicherer. Der Fußverkehr ist bisher ein Stiefkind der Straßen-
649 planung, teilweise wird er sogar anderen Zwecken geopfert. Fußgängerverkehr soll
650 künftig die gleiche Priorität wie andere Verkehrsflächen erhalten.

651

652 **Fahrradparkhäuser nach Vorbild Amsterdams nur an zentralen Knotenpunkten**

653 Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einrichtung von Fahrradparkhäusern an
654 zentralen Mobilitätsknotenpunkten ein. Diese erhöhen den Komfort und die Sicher-
655 heit der Mobilität mit dem Fahrrad. Wo nicht anders möglich oder durch die lokalen
656 Gegebenheiten besonders günstig, sollen dabei auch unterirdische Fahrradparkhäu-
657 ser errichtet werden. Allerdings ist hier auf Verhältnismäßigkeit der Kosten zu achten.
658 Zu diesen Orten zählen: Hauptbahnhof, Jungfernstieg, Dammtor, Berliner Tor, Har-
659 burg, Barmbek, Altona, Schlump, Bergedorf, Flughafen und Wandsbek Markt. Die
660 genaue Standortentscheidung ist dabei konsequent unter dem Aspekt der Nutzbar-
661 keit zu treffen. Darüber hinaus muss für adäquate Beschilderung und Zufahrtsmög-
662 lichkeiten aus allen Richtungen gesorgt werden.

663 Weitere Fahrradparkhäuser innerhalb des U3-Rings halten wir nicht für sinnvoll, da
664 bestehende nicht ausreichend genutzt werden und innerstädtische Wege eher gänz-
665 lich mit dem Rad oder ÖPNV zurückgelegt werden. Außerhalb, gerade in suburba-
666 nen Lagen, sind Fahrradparkhäuser jedoch sinnvoll, da sie bei nur niedriger Fre-
667 quenz des ÖPNVs den Anschluss an Bus- und Bahn ermöglichen.

668

669 **Weniger „Schilderwald“ – Mehr intelligente Ampeln**

670 Im dichten Stadtverkehr werden Verkehrsteilnehmer oftmals von einem „Schilderwald
671 erschlagen“. Klarere und einheitlichere Regelungen in ähnlichen Straßen sind sinn-
672 voll. Feste Beschilderung soll immer mehr durch digitale Beschilderung ersetzt wer-
673 den. Auch sollen in Zukunft Beschilderungsinformationen aktuell abrufbar für Karten-
674 daten für Navigationssysteme offen sein. Dabei fordern wir auch elektronische Ver-
675 kehrsbeeinflussungsanlagen an allen Haupt- und Fernstraßen, dynamisches Tempoli-
676 mit und Spurnutzung, Ankündigung und Information bei Verkehrsstörungen, Fahrzei-
677 tenanzeige und Routenoptimierung.

678 Ampeln sollen umfassend bedarfsgesteuert geregelt und mit Countdown-Anzeigen
679 ausgestattet werden. Mehrstufige Schleifen und Radargeräte messen auch die
680 Menge der Kfz, Radfahrer und Fußgänger, um Ampelphasen anzupassen.

681

682 **Bessere Orientierung für Radfahrer und Fußgänger**

683 Als Freie Demokraten stehen wir für eine moderne Beschilderung, online wie offline.
684 Wir fordern daher eine neue, ansprechendere und qualitativ hochwertigere Beschil-
685 derung mit farblich ansprechenden, kontrastreicheren Symbolen, die auch im
686 Schwarz-Weiß-System funktional und damit für Verkehrsteilnehmer besser erkenn-
687 bar sind. Ferner fordern wir mehr Beschilderung auch außerhalb des Stadtzentrums

688 und an wichtigen Kreuzungen und Sehenswürdigkeiten, verbunden mit touristischen
689 Informationen. Wichtig ist auch eine Verbesserung der Abstände und der Beschilderung
690 von Radrouten. In den Boden eingelassene oder an Ampeln angebrachte Weg-
691 weiser sollen integriert werden (siehe Adelaide).

692

693 **Fahrradrouten konsolidieren – Klare Trennung von Verkehrsarten**

694 Der konsequente Ausbau des Radverkehrsnetzes in Hamburg hat für die Freien De-
695 mokraten Priorität. Es geht dabei nicht um die Bevorzugung einzelner Verkehrsmittel,
696 sondern darum, effiziente, angenehme und umweltfreundliche Mobilität für alle zu
697 schaffen. Dies ermöglicht eine konsequente Trennung von Rad- und Autoverkehr
698 nach niederländischem Vorbild und ist für alle Verkehrsteilnehmer sicherer und ange-
699 nehmer. Hier ist die Stadt bisher auf dem falschen Weg. Seit vielen Jahren lassen
700 Fortschritte in der Fläche auf sich warten. Der Senat investiert stattdessen derzeit
701 massiv in Prestigeprojekte und unstrukturierte Straßenumbauten und versenkt dort
702 Geld. Dabei gehen die Bedürfnisse der Quartiere in der Fläche verloren. Viele vor-
703 handene Radwege werden wegen ihres schlechten, teilweise gefährlichen Zustands
704 nicht genutzt, Radfahrer weichen auf die Straße aus. Das führt auch zu Unmut bei
705 Autofahrern. Deshalb wollen wir, dass die finanziellen Mittel zunächst auf die Sanie-
706 rung des Bestandes konzentriert werden. Wir sind aber nicht der Meinung, dass es
707 viele Parallelrouten braucht, sondern gut ausgebaute und angenehme Radrouten.
708 Radfahrer sollen nicht dicht gedrängt auf Hauptverkehrsstraßen mit dem Autoverkehr
709 um Platz kämpfen, sondern auf Nebenstraßen, wie an der Alster geführt werden.

710

711 **Nachhaltige individuelle Mobilität ermöglichen - Wasserstoff- und Ladeinfra- 712 struktur ausbauen**

713 Die Mobilitätswende gelingt nur, wenn die dafür erforderliche Infrastruktur zügig aus-
714 gebaut wird. Für Elektro- oder Wasserstoffautos braucht Hamburg ein größeres La-
715 denetz an Parkplätzen, insbesondere an Park+Ride-Plätzen. Tankstellen in Hamburg
716 sollen wasserstofftauglich sein.

717

718 **Verbindungsbahntlastungstunnel**

719 Die Freien Demokraten setzen sich für den Bau des Verbindungsbahn-Entlastungs-
720 tunnels ein. Für Hamburg wäre der Bau einer der Nordvarianten am besten. Die vor-
721 handenen Haltepunkte sollen für den SPNV nutzbar gemacht und die alten Bahn-
722 steige an der Sternschanze und der Holstenstraße wieder aufgebaut und moderni-
723 siert werden. Der Schlump wird ein wichtiger Umsteigeknoten für Eimsbüttel und ent-
724 lastet damit den Hauptbahnhof und den Bf. Altona

725

726 **Moderne Alsterfähren in der HVZ im Pendelverkehr in den HVV integrieren**

727 Zur Entlastung der Ost-West-Verbindungen in Hamburg fordern die Freien Demokra-
728 ten einen 10-Minuten-Takt im Pendelverkehr in der Hauptverkehrszeit zwischen
729 Fährdamm und Mühlenkamp. Zur besseren Verzahnung soll der 15er Bus nach Mög-
730 lichkeit bis zum Fährdamm verlängert werden.

731

732 **Ansagen und Anzeigen in allen Verkehrsmitteln**

733 Verspätungen gehören im Hamburger ÖPNV leider zum Alltag. Verspätungsinforma-
734 tionen und Stationsansagen müssen künftig auch alle Menschen mit Einschränkungen
735 erreichen. Für Gehörlose sollen sie deshalb auch auf den Bildschirmen in Bah-
736 nen und Stationen zu sehen sein, sowie als Ansagen für Menschen mit Sehein-
737 schränkung.

738

739 **Überregionaler und Fernverkehr in Hamburgs Osten**

740 Die Freien Demokraten setzen sich mit Abschluss der durch die FDP im Bund durch-
741 gesetzten Grundsanierung für eine bessere Anbindung Bergedorfs an den Fernver-
742 kehr der DB ein. Dies ist vor allem relevant zur Entlastung des Hauptbahnhofs. Dabei
743 sollen vor allem IC- und EC-Züge dort halten. ICEs sollen, um schnelle Fahrtzeiten
744 zu halten, nur in Tagesrandlage dort halten. Insgesamt fordern wir einen RegionalEx-
745 press Hamburg-Berlin. Durch die S4 darf die Anbindung Wandsbeks an schnelle Re-
746 gionalExpresse nicht verschlechtert werden!

747

748 **E-Scooter als attraktives Verkehrsangebot**

749 Wir Freie Demokraten Hamburg stehen für eine vielfältige, innovative und individuelle
750 Mobilität, die alle Verkehrsträger miteinschließt. Dazu gehören auch ausleihbare E-
751 Scooter. Sie sind Teil der „Shared Mobility“ und überbrücken umweltschonend die
752 "letzte Meile" etwa zwischen Haltestelle und Haustür. Damit es zu weniger Hindernis-
753 sen durch stellenweise falsch abgestellte E-Scooter kommt, befürworten wir an ge-
754 eigneten Brennpunkten (z.B. Kieze, Bahnhöfe usw.) die Einrichtung spezieller Stell-
755 plätze, markiert durch die Anbieter mittels geo fencing. Das Blockieren von Gehwe-
756 gen ist heute schon verboten und muss noch konsequenter geahndet werden. Eine
757 allgemeine „Parkplatzpflicht“ lehnen wir aber ab, weil E-Scooter dann nicht mehr ih-
758 ren Zweck erfüllen können. Wir begrüßen, dass Anbieter an technischen Lösungen
759 zur Erkennung von Scootern auch für Menschen mit Einschränkungen arbeiten.
760 Langfristig muss hier auch ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden.

761

762 **Wirtschafts-, Innovations- und Mittelstands-Metropole Hamburg**

763

764 Die FDP Hamburg ist sich bewusst, dass alle staatlichen Tätigkeiten und Leistungen
765 aus Steuermitteln bezahlt werden, die zuvor von den Menschen im Land erwirtschaftet
766 werden müssen. Der Erhalt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Hamburgs hat
767 deshalb für uns oberste Priorität. Hamburg ist eine Metropole der wirtschaftlichen
768 Stabilität, des nachhaltigen Wachstums, der Wissenschaft und Forschung und der
769 hohen Lebensqualität für alle Menschen in allen Bezirken. Die Politik für Hamburg
770 und die Bezirke muss dem Ziel verpflichtet sein, die Interessen derjenigen, die hier
771 leben und arbeiten sowie derjenigen, die hier leben wollen, in Einklang zu bringen
772 und allen die Chancen für die Verwirklichung ihrer Ziele zu geben. Zu diesen Zielen
773 gehört es, dass wir Wohlstand und Nachhaltigkeit als zwei Dimensionen eines ge-
774 meinsamen Strebens für unsere Zukunft verstehen. Denn hierin liegen großartige
775 Möglichkeiten zu neuem nachhaltigen Wachstum und Wohlstand, zu Innovation und
776 für neue Arbeitsplätzen vor Ort.

777

778 **Belastungsmoratorium für Unternehmen und Betriebe**

779 Wir Liberale sehen in der Gestaltung der Digitalisierung und des technologischen
780 Fortschritts große Chancen für Wohlstand, Wachstum, und Entfaltungsmöglichkeiten
781 für alle Menschen in unserer Stadt. Das betrifft nicht nur große Unternehmen und
782 Konzerne, es betrifft auch die Kleinen und mittelständischen Unternehmen und Be-
783 trieb in den Bezirken, genauso wie das Handwerk, den Einzelhandel und die Dienst-
784 leistung und Gastronomie. Dabei besteht die Herausforderung unserer Generation
785 darin, diese Möglichkeiten mit dem Ziel der Nachhaltigkeit in einer wachsenden Stadt
786 in Einklang zu bringen. Der Schlüssel dazu liegt unserer Überzeugung nach in Wis-
787 senschaft, Innovation und vor allem im Unternehmertum selbst. Unternehmerinnen
788 und Unternehmer finden neue Lösungen, neue Konzepte, neue Produkte und neue
789 Dienstleistungen für uns alle. Der Staat und die Verwaltung muss dafür die Frei-
790 räume und Möglichkeiten zur Verwirklichung und zur Entfaltung schaffen und darf sie

791 nicht eingrenzen oder gar ausbremsen oder verhindern. So kann Hamburg für Men-
792 schen über alle Einkommensklassen hinweg und in allen Bezirken der Stadt Raum
793 zum Leben und Arbeiten bieten und Chancen für alle eröffnen und garantieren.
794 Wachstum macht es uns überhaupt erst möglich, persönliche und gesellschaftliche
795 genauso wie globale, regionale und lokale Herausforderungen zu bewältigen und un-
796 sere Zukunft zu gestalten. Diese Wahrheit ist uns gerade in den letzten Jahren mit
797 Corona-Pandemie, Energiekrise und verschiedenen Bedrohungen unserer Sicherheit
798 besonders bewusst vor Augen geführt worden. Wer gesellschaftliches und wirtschaft-
799 liches Wachstum hemmt und beschneidet, der hemmt und beschneidet damit stets
800 die persönliche Freiheit von Einzelnen und gefährdet zugleich die gesellschaftliche
801 Stabilität. Dabei ist ein großes Hemmnis die Belastung von Menschen und Unterneh-
802 men mit bürokratischen Auflagen und Vorschriften. Deshalb fordern wir ein konse-
803 quentes Belastungsmoratorium für die Unternehmen in Hamburg auf Melde-, Infor-
804 mations- und Dokumentationspflichten. Unternehmen und Unternehmer/innen haben
805 besseres und sinnvoller zu tun, als sich mit überbordenden Regularien, Vorschrif-
806 ten, Auflagen und Verboten zu befassen. Der Staat und die öffentliche Verwaltung
807 haben grundsätzlich alle Daten und Informationen, die sie für ihre Aufgaben brau-
808 chen. Diese Daten sind nur nicht ausreichend transparent und vernetzt. Es ist aber
809 die Pflicht und Schuldigkeit der öffentlichen Verwaltung, für Transparenz und Vernet-
810 zung zu sorgen. Es ist nicht die Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern oder Unter-
811 nehmen, Daten und Informationen immer wieder neu und doppelt und dreifach für
812 den Staat aufwändig zur Verfügung zu stellen. Deswegen soll es zunächst keine
813 neuen Anforderungen und Auflagen für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezir-
814 ken geben. Die bestehenden Regelwerke müssen darüber hinaus noch auf ihrer
815 Sinnhaftigkeit und Zeitmäßigkeit überprüft und so weit wie möglich ausgedünnt und
816 vereinfacht werden. Das schafft neue Dynamik und Wachstum

817

818 **Der Mittelstand ist der Träger von Wohlstand und Stabilität**

819 Die lokale und regionale Wirtschaft in einer Millionenmetropole, das ist vor allen Din-
820 gen und in erster Linie der Mittelstand. Der Mittelstand, das sind kleine und mittlere
821 Unternehmen vom klassischen Handwerk über den Dienstleistungs- und Produkti-
822 onsbetrieb bis hin zum kleinen Digitalunternehmer. Es sind genauso Unternehmen
823 mit mehreren hundert oder auch einigen tausend Mitarbeitern, Millionen oder Milliar-
824 den Umsätzen und weltweitem Geschäft, die sich aufgrund ihrer Qualität und Innova-
825 tivität am Markt etabliert haben. Sie alle sind das Fundament für wirtschaftliche und
826 soziale Stabilität und Mobilität in den Bezirken und der ganzen Stadt. Hamburg muss
827 ihnen darum die Infrastruktur im analogen wie im digitalen Bereich garantieren, dass
828 sie ihr Geschäft auf- und ausbauen und entwickeln können. Das gilt auch und gerade
829 für die digitale Kommunikation zwischen Unternehmen und öffentlicher Verwaltung.
830 Wer wirklich die ganze Stadt im Blick haben will, muss den Blick eben auch auf die
831 vielen mittelständischen Betriebe und Unternehmen richten. Die Stadt sieht die mit-
832 telständischen Unternehmen in erster Linie als Steuerzahler und scheint diese Unter-
833 nehmen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als eine Selbstverständlichkeit an-
834 zusehen, die es zu verwalten gilt. Doch Unternehmen können ihren Standort auch
835 verlagern, wenn sie woanders bessere Bedingungen vorfinden. Das sehen wir bei
836 den vielen Umzügen von Unternehmen aus der Stadt und aus den Bezirken ins
837 Hamburger Umland, weil sie dort eine bessere Infrastruktur und niedrigere Steuern
838 und Belastungen zugleich bekommen. Wir sehen es ebenfalls an vielen großen nati-
839 onalen und internationalen Unternehmen, die ihre Zentralen von Hamburg in andere
840 deutsche Städte wie Berlin oder München oder ins europäische Ausland verlagert
841 haben. Diesen Trend müssen und wollen wir umkehren.

842

843 **Ein Herz für das Handwerk**

844 Bei den mittelständischen Unternehmen haben wir Freie Demokraten ein Herz für
845 Handwerker. Es geht uns darum, diese traditionelle und immer wieder moderne Art
846 des Unternehmertums mit dem gebührenden Respekt zu würdigen und die Um-
847 stände zu bieten, die ein florierendes Handwerk braucht. Das Anwohnerparken in
848 seiner aktuellen Form ist eine Gängelei für Handwerker und muss deswegen ver-
849 schwinden. Zu besseren Rahmenbedingungen gehören beispielsweise ebenso Aus-
850 nahmegenehmigung für die Wochenendarbeit im Handwerk. Dazu gehört auch, die
851 Gründung privater Gewerbehöfe im Rahmen von baurechtlichen Genehmigungsver-
852 fahren von Seiten der Verwaltung zu unterstützen. Dazu gehört die Unterstützung
853 der Auszubildenden in Handwerksbetrieben während der Gesellenzeit zum Beispiel
854 über vergünstigte ÖPNV-Tickets (analog zu Studierenden in Hamburg). Genauso wie
855 eine Gleichstellung bei den Studiengebühren von akademischen und gewerblichen
856 Ausbildungen. Es geht ebenso um die Förderung des Images des Handwerks in un-
857 serer Gesellschaft. Das ist keine alleinige Aufgabe der (Bezirks-)Politik – jedoch kann
858 und muss die Politik hier ihren Teil leisten. Dafür setzen wir uns beispielsweise für
859 die Etablierung einer „International Craftsmen Maker Fair“ in Hamburg ein. Eine
860 Messe, auf der sich Handwerker und Unternehmen in Hamburg präsentieren können,
861 um die Vielfältigkeit und Bedeutung des Handwerks in wahrsten Sinne des Wortes
862 herauszustellen und um so viele Menschen für diese Berufe zu begeistern. Um ge-
863 gerade junge Menschen für Handwerksberufe zu gewinnen, soll mindestens ein Messe-
864 Tag speziell für Schülerinnen und Schüler sowie Ausbildungsinteressierte ausgerich-
865 tet werden.

866 **Premiumhafen Hamburg**

868 Der Hamburger Hafen und alle damit verbundenen Branchen und Unternehmen sind
869 eine der starken Herzkammern der Hamburger Wirtschaft und Basis für Wohlstand
870 und Sicherheit. Der Hafen ist lebenswichtig für Unternehmen in der ganzen Stadt, in
871 allen Bezirken. Dienstleister, Handwerker, Zulieferer, Spediteure, Transportunterneh-
872 men, Maschinenbauer, Industrieunternehmen, IT-Unternehmen aus allen Bezirken
873 erbringen unterschiedlichste Leistungen für den Hafen und sind zugleich auf einen
874 gut funktionierenden und verlässlichen Hafen für ihre Geschäfte angewiesen. Des-
875 wegen müssen alle Maßnahmen zügig umgesetzt werden, die die Leistungs- und
876 Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens stärken. Wir sehen den Hamburger
877 Hafen künftig als einen „Premiumhafen“. Das bedeutet, dass die Abwicklung hier
878 schnell und direkt erfolgt, dass alle Termine verlässlich eingehalten werden, dass der
879 Hamburger Hafen bei allen Services für seine Kunden Weltspitze ist, dass er ein in-
880 ternationales Vorbild beim Einsatz moderner und digitaler Technologien in der Hafен-
881 wirtschaft und Hafенlogistik wird, dass seine Flexibilität und Kundenorientierung
882 ebenfalls zur besten im globalen Vergleich gehört. Der Hamburger Hafen steht als
883 Binnenhafen an einem Fluss im Wettbewerb um Masse und Mengen mit anderen
884 Tiefwasser-Häfen in Europa. Neben der Quantität ist aber immer auch die Qualität
885 entscheidend. Der Hamburger Hafen kann und muss deshalb die weltbeste Qualität
886 für seine Kunden bieten und sich damit als ein internationaler Knotenpunkt auch für
887 die Zukunft etablieren.

888 **Was für den Hafen jetzt zu tun ist**

890 Der Weg dahin beginnt mit dem Erhalt des Zustands nach der letzten Anpassung der
891 Fahrhinne über den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur bis hin zur Er-
892 schließung neuer Warenströme und Ansiedelung neuer Industrien im Hamburger Ha-
893 fen. Hamburg soll Drehkreuz für die europäische Wasserstoffwirtschaft werden. Hier-
894 für muss der Anschluss an das europäische Wasserstoffnetz zügig erfolgen. Dabei

895 sollte auch eine ortsnahe Abwicklung des wasserseitigen Wasserstoffimports und
896 eine eigene Wasserstoffproduktion angestrebt werden. Zur Modernisierung der Infra-
897 struktur gehört auch, dass wir die Tradition und Praxis von exklusiven Hafenterminals
898 für einzelne Reedereien weiterentwickeln müssen. Es ist nicht sinnvoll, Monopole im
899 Hafen zu etablieren und den Wettbewerb auszuschalten, wenn eine Reederei fak-
900 tisch den Hafen kontrolliert und die Preise diktieren kann. Mit sogenannten „dedita-
901 ted terminals“ können sich verschiedene Reedereien an Terminals beteiligen, ohne
902 Monopole zu bilden. Das fördert den Wettbewerb und sichert gleichzeitig Ladung und
903 Umsatz für den Hamburger Hafen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass das Ree-
904 dereigeschäft und der Hafenbetrieb nicht miteinander vermischt werden. Schiffe und
905 Container sind das eine, Kräne, Bahnen, LKW's und Infrastruktur ist das andere.
906 Wenn es hier unterschiedliche Betreiber gibt, ist das gut für die Preise, die Moderni-
907 sierung und die Attraktivität des Hafens.
908 Der Hamburger Hafen wird nur dann in Zukunft attraktiv bleiben, wenn er technolo-
909 gisch zu den führenden Häfen der Welt zählt und auf seinem Gelände in der Tradi-
910 tion eines Freien Hafens möglichst vielen Akteuren Platz für Handel, Innovation und
911 Wettbewerb bietet. Der Hamburger Hafen sollte darum mit anderen Tiefseehäfen in
912 Norddeutschland kooperieren und symbiotische Verkehrsverbindungen zu diesen
913 schaffen, um seine Zukunft als nordeuropäisches Logistikzentrum zu sichern. Für
914 den Hafen muss gelten, dass bei Investitionen in die Hafeninfrastruktur, aber auch
915 bei Beteiligung an der Suprastruktur, eine besondere Prüfung zu erfolgen hat. Nur so
916 ist es möglich, bei Beteiligungsvorhaben von ausländischen Staatsunternehmen
917 klare Grenzen zu ziehen.

918

919 **Für eine erneuerte Köhlbrandbrücke**

920 Die Freien Demokraten setzen sich für eine schnelle Erneuerung der Köhlbrandbrü-
921 cke ein. Nachdem erneute Baugrunduntersuchungen ergeben haben, dass der ge-
922 plante Tunnel 5 Meter tiefer liegen muss, sind auch erneute Planungen für den Tun-
923 nel und der Zufahrtstrecken für diesen Tunnel erforderlich. Diese Neuplanung wird
924 erneut Zeit verstreichen lassen, die aber wegen der Prognose, dass die derzeitige
925 Brücke nur bis 2030 wirtschaftlich zu betreiben ist, nicht zur Verfügung steht. Der bis
926 jetzt für eine Tunnellösung veranschlagte Kostenrahmen von 5,3 Mrd.€ wird weit
927 überschritten werden. Der Neubau einer Brücke ist kostengünstiger und auch zeitlich
928 schneller umzusetzen. Das Argument für einen Tunnel, die zunehmende Größe der
929 Containerschiffe, sollte nach dem Neubau einer Brücke zukünftig keine Rolle mehr
930 spielen, weil eine weitere Elbvertiefung vermutlich nicht umsetzbar ist und bereits
931 heute, die Containerschiffe, den Hamburger Hafen nur auf dem Scheitelpunkt der
932 Flut erreichen können, nachdem vorher mehrere Tausend Container in anderen Hä-
933 fen entladen wurden. Eine Brücke ist aus praktischen Gründen als vorteilhafte Vari-
934 ante in Bezug auf die Abwicklung von Schwertransporten/Gefahrguttransporten im
935 Hamburger Hafen zu sehen.

936

937 **Digitale und leistungsfähige Verwaltung in allen Bezirken**

938 Eine gut funktionierende Metropole – sowohl auf der Ebene der Stadt, als auch in
939 den Bezirken – ist die Basis für viele andere Versprechen, die Hamburg seinen Bür-
940 gerinnen und Bürgern geben muss. Dieses „Funktionieren“ bezieht sich besonders
941 für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung in den Bezirksämtern. In der konse-
942 quenten Digitalisierung der bezirklichen Verwaltung sehen wir eine gesamtgesell-
943 schaftliche Verantwortung, der Politik immer verpflichtet ist. Die Lebenswirklichkeit
944 der Menschen ist zu größten Teilen digitalisiert, im Beruf wie im privaten Leben. Sind
945 die Bezirke und die Stadt mit ihrer öffentlichen Verwaltung und im Kontakt mit den

946 Bürgerinnen und Bürgern nicht in der Lage, diesen gewohnten Standard auch zu ge-
947 währleisten, so geht das Vertrauen der Menschen in die Leistungsfähigkeit ihres
948 Staatswesens langsam aber sicher verloren. Vor allem gehen damit auch wirtschaftli-
949 che Chancen für die Menschen verloren. Nur eine öffentliche Verwaltung, die auf der
950 technischen und kommunikativen Höhe der Zeit ist, wird den berechtigten Erwartun-
951 gen der Bürgerinnen und Bürger gerecht und verdient sich Vertrauen. Vertrauen ist
952 das Band, das eine Gesellschaft bei aller Diversität in sich zusammenhält und das
953 die Gesellschaft mit „ihrem“ Bezirk und „ihrer“ Stadt zusammenhält.
954 Eine moderne Metropole wie Hamburg ist darauf angewiesen, dass die Verwaltung
955 so modern und bürgerfreundlich wie möglich gestaltet wird. Es muss den Bürgern
956 möglich sein, alle Anliegen online klären und durchführen zu können. Damit werden
957 unnötige Termine in den verschiedenen Kundenzentren und Ämtern vermieden.
958 Menschen sollen ihre Zeit nicht mit Warten auf staatliche Verwaltungsakte verbringen
959 müssen. Zudem ist eine funktionierende und verlässliche digitale öffentliche Verwal-
960 tung ein Aspekt der Lebensqualität für uns Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist wichtig,
961 dass der Bürger ein Recht auf die Leistungen hat. Deswegen muss es für diejenigen
962 weiterhin möglich sein, einen analogen Zugang zu den Leistungen zu bekommen.

963

964 **Keine Hürden für die Liebe - Zentrale Terminvergabe für die Standesämter**

965 Wir Liberale wollen Paaren die Eheschließung in den Standesämtern erleichtern,
966 denn die Vorfreude auf einen der schönsten Tage des Lebens soll nicht durch die
967 frustrierende Terminsuche getrübt werden. Auf einer gemeinsamen Internetseite auf
968 hamburg.de sollen alle Standesämter inklusive möglicher Außenstellen übersichtlich
969 aufzufinden sein und Termine zentral vergeben werden.

970

971 **Fachkräfte für Hamburg begeistern und anziehen**

972 Ein wachsendes Problem für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezirken ist der
973 Fachkräftemangel. Das gilt mittlerweile in fast allen Branchen und Berufen. Und es
974 betrifft alle Bezirke. Deswegen fordern wir eine Strategie der internationalen Positio-
975 nierung Hamburgs als Top-Standort für qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt. Der
976 Hamburger Senat und die Bezirke haben es bis heute versäumt, hier aktiv zu werden
977 und Hamburg im Ausland zu bewerben und attraktiv für diese Menschen zu machen.
978 Es ist Zeit, dass Hamburg seinem Anspruch als Tor zur Welt und internationale Met-
979 ropole hier gerecht wird und auch selbst aktiv in die Welt geht, um Menschen für
980 Hamburg als Ort zum Leben und Arbeiten und zur Gründung und Ansiedlung von
981 Unternehmen zu begeistern. Wir fordern hierzu vom Senat eine klare Strategie und
982 Umsetzung und klare Zuständigkeiten, Hamburg im Ausland bekannter und attrakti-
983 ver zu machen und die Bezirke mit ihren eigenen Besonderheiten, Stärken und Profi-
984 len mit einzubeziehen.

985 Für einen national und internationale attraktiveren Standort Hamburg muss auch die
986 Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, gerade bei Kleinen und Mittleren Un-
987 ternehmen, vorangebracht werden. Nur so entstehen neue und zukunftsfähige Unter-
988 nehmen und Jobs vor Ort. Wenn sich innovative Ideen aus Forschung und Entwick-
989 lung mit unternehmerischer Erfahrung und unternehmerischem Können verbinden,
990 entstehen die erfolgreichsten und nachhaltigsten Konzepte. Das kann und wird zu ei-
991 ner Gründungsoffensive für Hamburg in allen Bezirken führen. Nicht durch Subven-
992 tionen oder direkte Zuwendungen des Staates, sondern durch die richtigen Rahmen-
993 bedingungen für Menschen und Unternehmen.

994

995 **Lokalen Handel unterstützen**

996 Zum Mittelstand gehört natürlich auch der lokale Handel. In der Konkurrenz zum On-
997 line-Geschäft hat sich der Handel vor Ort bis heute in allen Phasen und Umbrüchen

998 der Digitalisierung behauptet, weil hier ständig neue Ideen und Konzepte erdacht und
999 umgesetzt werden. Der lokale Handel vor Ort in den Bezirken braucht mehr Frei-
1000 raum. Wir wollen deshalb mehr Sonntagsöffnungen möglich machen, wenn es für
1001 den Handel in den Bezirken aus Sicht der Händlerinnen und Händler sinnvoll er-
1002 scheint. Eine Hamburg Card für Handel, Gastro und Kultur ist dabei ebenso ein In-
1003 strument, den Handel vor Ort attraktiver zu machen und die Kundenfrequenz zu er-
1004 höhen, weil mehr Menschen in die urbanen Zentren in den Bezirken kommen. Eine
1005 Einrichtung kostenloser Kurzparkzonen und einer sogenannten „Brötchentaste“ zum
1006 Parken für kurze Besorgungen ist ebenfalls eine einfache Maßnahme mit großem Ef-
1007 fekt für den lokalen Handel. Es gilt außerdem, eine gute Erreichbarkeit der Handels-
1008 zentren in der Stadt und den Bezirken mit allen Verkehrsmitteln sicherzustellen. Für
1009 solche Maßnahmen zur Förderung des lokalen Handels müssen die Business Impro-
1010 vement Districts und das Citymanagement in Hamburg stärker und aktiver in die Ver-
1011 antwortung genommen werden.

1012

Tourismus und Gastronomie als internationales Aushängeschild Hamburgs

1014 Die Hamburger Behörde für Kultur und Medien muss zusammen mit den Bezirken
1015 ein Konzept zur besseren Integration und Präsentation der Hamburger Bezirke im
1016 nationalen und internationalen Tourismusmarketing Hamburgs erarbeiten. Die vielfäl-
1017 tigen Kulturaktivitäten in den Hamburger Bezirken müssen stärker auch für das Tou-
1018 rismusmarketing Hamburgs einbezogen werden. Wir wollen touristische Großveran-
1019 staltungen in unserer Stadt beibehalten und ausbauen. Nicht zuletzt auch deshalb,
1020 weil sich diese Veranstaltungen nicht allein im Hamburger Innenstadt-Zentrum ab-
1021 spielen, sondern auch verschiedene Bezirke immer mit einbeziehen. Für den Touris-
1022 mus und ebenso für das Lebensgefühl und die Lebensqualität spielt die vielfältige
1023 Gastronomie eine überragende Rolle. Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr
1024 Freiräume, Innovation und Experimente in der Gastronomie und Außengastronomie
1025 ein. Das nützt den gastronomischen Betrieben und es erhöht Vielfalt und Abwechsl-
1026 lung für die Kundinnen und Kunden.

1027

Wochenmärkte sichern und weiterentwickeln

1029 Die zahlreichen Hamburger Wochenmärkte verbinden die Menschen mit ihrem Stadt-
1030 teil, bieten Gelegenheit zum sozialen Austausch und zur Identifikation. Neben der
1031 wichtigen Nahversorgung erfüllen sie auch soziale Aufgaben. Die zahlreichen Ham-
1032 burger Wochenmärkte verbinden die Menschen mit ihrem Stadtteil, bieten Gelegen-
1033 heit zum sozialen Austausch und zur Identifikation. Mit Sorge beobachten wir, dass
1034 sich alteingesessene Marktbesucher zurückziehen und Stände auf beliebten Wo-
1035 chenmärkten leer bleiben. Die Gründe dafür sind vielfältig: hohe Energiepreise, über-
1036 bordende bürokratische Anforderungen an kleine Betriebe, Nachfolgeprobleme und
1037 nicht zuletzt der Sparzwang der Verbraucher. Um den Fortbestand unserer Wochen-
1038 märkte zu sichern, fordern wir von den Bezirksämtern Konzepte, die - über Bürokratieabbau,
1039 Digitalisierung und niedrige Standgebühren hinaus - die Zukunft der Wo-
1040 chenmärkte sichern, z.B. durch Kooperation bei der Weiterentwicklung der Aufent-
1041 haltsqualität auf den Märkten, z.B. durch die Ansiedlung von Cafés, oder die Gestal-
1042 tung veränderter Zeiträume (Wochentage, Marktzeiten). Wir Freie Demokraten unter-
1043 stützen diese Form des Unternehmertums und werden uns für eine Reduzierung des
1044 Verwaltungsaufwandes und Ausnahmeregelungen für Marktbesucher bei den
1045 Nachweispflichten im Verpackungsregister (LUCID) einsetzen.

1046

1047

Reform und Modernisierung für das Bezirksverwaltungsgesetz

1048

1049

1050 In herausfordernden Zeiten braucht unser Land kreative und pragmatische Lösungen
1051 auf allen politischen Ebenen. Daher wollen wir auch unsere Bezirke bestmöglich auf
1052 die Zukunft vorbereiten. Wir erkennen die enorme Bedeutung einer bürgernahen,
1053 weitblickenden und zielgerichteten Bezirkspolitik. Wir wollen darum die Bezirke befä-
1054 higen, ihre Potentiale voll auszuschöpfen. Dazu gehört unter anderem auch eine Re-
1055 form des Bezirksverwaltungsgesetzes. Konkret fordern wir als Freie Demokraten da-
1056 bei:

- 1057 • die klare Trennung von Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen den Bezirken
1058 und dem Senat. Dazu fordern wir eine Überarbeitung von §5 und §6 des Be-
1059 zirksverwaltungsgesetzes, um Unklarheiten zu Ungunsten der Bezirke zu be-
1060 enden.
- 1061 • eine Harmonisierung der Legislaturperioden von Bezirksversammlung und Be-
1062 zirksamtsleiter. Dieser soll durch die Bezirksversammlungen gewählt und er-
1063 nannt werden.
- 1064 • die Einführung eines parlamentarischen Rates von Fraktionsvertretern aller
1065 Bezirksversammlungen, um die Zusammenarbeit bezirksübergreifender The-
1066 men effizienter zu koordinieren.
- 1067 • die Absenkung des passiven Wahlrechts auf 16 Jahre. Das Interesse von jun-
1068 gen Menschen an den Bezirkswahlen soll durch Kampagnen in Schulen ge-
1069 steigert werden.
- 1070 • eine Einbindung der Bezirke in die Gesamtplanung, nicht nur in die Bauleitpla-
1071 nung der Bezirke, um konkrete Mitbestimmungen der Bezirkspolitik vor Ort zu
1072 ermöglichen.
- 1073 • eine Erweiterung des Freiraums der Bezirke im Haushaltsrecht. Die Bezirks-
1074 versammlungen erhalten somit mehr Spielraum bei der Aufstellung und
1075 Durchführung der bezirklichen Haushaltspläne.
- 1076 • eine auskömmliche Finanzierung bezirklicher Aufgaben und eine effiziente
1077 Kostenkontrolle der Bezirke unter der Verantwortung der Bezirksamtsleiter.
1078 Die erforderlichen Haushaltsmittel sollen direkt in den bezirklichen Einzelplä-
1079 nen veranschlagt werden.
- 1080 • eine Erhöhung der Effizienz der Bezirke in Fragen der Haushalte und Finan-
1081 zen. Hierzu gehören für uns der Abbau von bürokratischen Doppelstrukturen,
1082 Anreize für die Bezirke, eigene Einnahmen zu setzen sowie eine metropolge-
1083 rechte Reform der Grundsteuer mit zur bisherigen Grundsteuererhebung ma-
1084 ximal aufkommensneutralen Hebesätzen.
- 1085 • Gestaltungs- und Sondermittelanträge sollen zukünftig über ein einheitliches
1086 und digitales Formular gestellt werden und die Verwendung von Sondermitteln
1087 besser kontrolliert werden. Hierbei wollen wir zukünftig keine institutionellen
1088 Förderungen mehr zulassen.
- 1089 • einheitliche Bezirkswebsites mit harmonisierten Domains. Auf dieser Website
1090 sollen auch Angebote für die Bürger im Bezirk von privaten Trägern über ein
1091 Formular vorgestellt und nach Prüfung hochgeladen werden.

1092
1093

1094 **Klima und Umwelt für eine Stadt im Wandel**

1095
1096
1097
1098
1099
1100

Der Klima- und Umweltschutz ist für uns Liberale seit 1971 (Freiburger Thesen) eine Kernaufgabe – auch in unseren Bezirken. Denn vor Ort können viele wirksame Direktmaßnahmen getroffen werden und der Kontakt zum Bürger ist am engsten. In einer Stadt, die immer größer und vielfältiger wird, müssen viele verschiedene Interessen und Anliegen berücksichtigt werden. Hierbei dürfen Grünflächen und Gewässer

1101 sowie die Tiere in der Stadt nicht zu kurz kommen. Wir wollen Hamburg lebenswert
1102 halten und uns der Herausforderung des Umwelt- und Artenschutz aktiv stellen. Da-
1103 für haben wir folgende Pläne:

1104

1105 **Die grünen Lungen der Stadt atmen lassen**

1106 Bestehende Grünflächen sollen erhalten und geschützt werden. Insbesondere Wald-
1107 gebiete sollen nicht umgewidmet, sondern gestärkt werden. Wo nötig sollen die Be-
1108 zirke konkrete Schritte zur Aufforstung von Wäldern vornehmen. Projekte zur Schaf-
1109 fung „grüner Oasen“ unterstützen wir.

1110 Landschafts- und Naturschutzgebiete sollen zielgebunden erweitert und gepflegt
1111 werden. Die Bezirke sollen geeignete Gebiete dafür schnellstmöglich konkret auswei-
1112 sen.

1113 Moore sollen wo möglich renaturiert werden. Um über die Rolle der Moore in Bezug
1114 auf den Klimawandel vermehrt aufzuklären, sollen die Bezirke aktiv Informationsan-
1115 gebote schaffen, nach dem Vorbild des Wandsbeker „Moortags“.

1116 Für die städtischen Grünflächen und Pflanzareale sollen wie in Frankfurt (Main) digi-
1117 tale und automatisierte Bewässerungssysteme eingeführt werden.

1118

1119 **Zu Lande, zu Wasser – auch beim Klimaschutz**

1120 Der Schutz der Hamburger Gewässer hat für uns hohe Priorität, weshalb wir auch
1121 verkümmerte Wasserflächen renaturieren wollen.

1122 Sowohl die Fauna als auch die Tiere am Rande der Alster müssen besser geschützt
1123 werden. Dazu dient die Schaffung konkreter Schutzzonen. Wassersport soll nur an
1124 geeigneten Stellen zugelassen werden, das bereits unzulässige Ablegen der Sport-
1125 geräte in nicht dafür ausgewiesenen Uferbereichen, an Nistplätzen und zu Brutzeiten
1126 ist zu sanktionieren. Für die Nutzung von Kanus und SUP-Boards fordern wir klare
1127 Regeln und Beschilderungen. Auch im Bereich des Hamburger Hafens sollen die Be-
1128 dürfnisse des Naturschutzes soweit möglich einbezogen werden. Rückhalt und Reini-
1129 gung von Straßenabwässern, mit Schwerpunkt Rückhalt statt Ableitung gilt es bei
1130 Straßenbaumaßnahmen mit zu berücksichtigen.

1131

1132 **Flächenversiegelung – kein Atlantis 2.0**

1133 Die zunehmende Versiegelung öffentlicher Flächen kann im Stadtbereich in Kombi-
1134 nation mit sich häufenden Starkregenereignissen zu ernststen Problemen führen. Er-
1135 forderlich sind daher mehr Abfluss- und Rückhaltemöglichkeiten. Auch Hamburg soll
1136 darum durch die Erarbeitung von bezirksübergreifenden Konzepten zu einer
1137 „Schwammstadt“, im Sinne der auf dem Deutschen Baumpflegetag 2023 in Augsburg
1138 erarbeiteten Prinzipien werden, unter Konzentration auf die bereits bekannten
1139 Starkregenisikogebiete. Regensiele und Gräben sollen künftig besser gepflegt wer-
1140 den.

1141 Auch Boden-Versiegelung durch private Haushalte erzeugt bei Starkwasserereignis-
1142 sen für die Allgemeinheit Schadensregulierungskosten. Über diese Gefahren und
1143 mögliche Gegenmaßnahmen bei der Gartenanlage soll künftig die Allgemeinheit bes-
1144 ser aufgeklärt werden.

1145

1146 **Für mehr Biodiversität und Artenschutz**

1147

- 1148 • Die Bezirksämter sollen bis 2025 Konzepte zum Insektenschutz vorlegen. Zu
1149 mögliche Maßnahmen könnten beispielsweise Strategien für Standorte von In-
1150 sektenwohnungen zählen.

- 1151 • Die Bezirke sollen gleichzeitig Konzepte für den Fall eines konkreten Schäd-
1152 lingsbefalls vorbereiten, um im Ernstfall direkt, zielgerichtet und so schnell wie
1153 möglich handeln zu können.
- 1154 • Auch im Stadtbild sollen mehr Grünflächen entstehen Wir fordern daher mehr
1155 belebte städtische Grüninseln und Straßenbegleitbegrünungen. Diese sollen
1156 klimastabil sein und hohe Bindekapazitäten für CO₂ aufweisen sowie nach As-
1157pekten von Biodiversität und Artenschutz ausgewählt werden. In den Hambur-
1158ger Parks soll es vermehrt Obstbäume und Streuobst und Wildblumenwiesen
1159 geben.
- 1160 • Die Ausbreitung invasiver Arten in Hamburg gilt es zu beobachten und, wenn
1161 nötig, zu beschränken. Die Niederwildjagd kann hierzu einen wichtigen Beitrag
1162 leisten.
- 1163 • Die Lichtverschmutzung in den Grünbereichen der Bezirke soll reduziert wer-
1164 den. Wir fordern intelligente, naturangepasste Beleuchtungssysteme und eine
1165 unter Sicherheitsaspekten geprüfte Reduzierung dauerhafter Beleuchtungen
1166 in der Nacht. Des Weiteren soll die Beleuchtung flächendeckend auf LEDs
1167 umgestellt werden.
- 1168

1169 **Dem Müll den Kampf ansagen**

1170 Der zunehmende Müll in Grünbereichen aber auch im Innenstadtbereich schadet
1171 dem Umweltschutz enorm. Daher sollen wir verstärkt in mehrsprachigen Anti-Müll-
1172 Kampagnen auf öffentlichen Werbeflächen, in Verkehrsmitteln sowie auf bestehen-
1173 den Mülleimern auf dieses Problem hinweisen. In Parks und Grünflächen müssen
1174 Grillflächen exakt ausgewiesen und kontrolliert werden. Mit der Stadtreinigung sowie
1175 dem von uns geforderten bezirklichen Ordnungsdienst sollen Konzepte zur Erhöhung
1176 der Sauberkeit im öffentlichen Raum erstellt werden. Wochenmärkte und Gastrono-
1177 mie sollen über bestehende Mehrwegverpackungsangebote aufgeklärt werden und
1178 eine kommunale Abgabe auf Einwegverpackungen gilt es zu prüfen.

1179

1180 **Für einen Klima- und Umweltschutz mit den Bürgern**

1181 Wir fordern den Ausbau von so genannten „Lernpfaden“, die mit Tafeln und medialer
1182 Aufbereitung verschiedene Themen den Bürgern interaktiv näherbringen.

1183 Des Weiteren wollen wir das lokale, ehrenamtliche Engagement im Bereich des Um-
1184 weltschutzes stärken. Hierzu unterstützen wir die Einrichtung von stadtteilweiten „Na-
1185 turschutzteams“ oder die Aufnahme von entsprechenden Programmpunkten in die
1186 Angebote des „Ferienpasses“, um auch speziell junge Menschen mit der Thematik
1187 vertraut zu machen sowie Kinderpraktika in Grünflächenbereichen.

1188 Private wie unternehmerische Initiativen zur Schaffung und Pflege von Grünflächen,
1189 wie zum Beispiel nach dem Prinzip des *Urban Gardening* wollen wir fördern.

1190

1192 **Beste Bildung und Kultur für alle Hamburgerinnen und Hamburger**

1193

1194 In der Schulentwicklungsplanung wollen wir die Begegnung und den Austausch der
1195 Generationen fördern. Neue Schulen, Kitas und gegebenenfalls auch Uni- und Hoch-
1196 schulgebäude sollen bevorzugt in der Nähe von Einrichtungen für Senioren errichtet
1197 werden. Dies bietet die Möglichkeit, Infrastrukturen gemeinsam zu nutzen, um Res-
1198 sourcen zu optimieren und Synergien zu schaffen.

1199 Hochschulen, Universitäten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen sollen
1200 verstärkt miteinander kooperieren, um den Schülerinnen und Schülern einen direkten
1201 Einblick in die akademische Welt zu ermöglichen und Wissenstransfer zu fördern.

1202 Schulhöfe, Bibliotheken und Veranstaltungsräume sollten für die interessierte Öffent-
1203 lichkeit zugänglich gemacht werden, um Bildung und kulturelle Aktivitäten für die ge-
1204 samte Gemeinschaft erfahrbar zu machen und den Austausch zwischen Schulen und
1205 der breiteren Gesellschaft zu stärken.

1206
1207 Deswegen setzen wir uns ein für:

- 1208 • Schulen als kulturelle Mittelpunkte: Sie bieten Raum für kulturelle Veranstal-
1209 tungen, wie Konzerte, Theateraufführungen, Kunstausstellungen und vieles
1210 mehr. Sie tragen damit zur kulturellen Bereicherung unserer Bezirke bei und
1211 stärken das Gemeinschaftsgefühl.
- 1212 • Bildung für alle: Schulen und ihre Aktivitäten stellen ein Angebot für alle dar,
1213 sich zu beteiligen und auch weiteren Kreisen Zugang zu Bildung und die Mög-
1214 lichkeit der Teilhabe an Kultur zu eröffnen.
- 1215 • Förderung lokaler Talente: Unsere Schulen sind Heimat vieler talentierter
1216 Schülerinnen und Schüler mit kreativem Potenzial. Die Schulen sollen ihnen
1217 ermöglichen, sich künstlerisch auszudrücken. So können wir das kulturelle
1218 Erbe unserer Bezirke bereichern und gleichzeitig junge Menschen ermutigen,
1219 ihre Fähigkeiten zu entfalten.
- 1220 • Stärkung der Gemeinschaft: Schulen sind natürliche Treffpunkte für Eltern,
1221 Lehrer, Schüler und die gesamte Gemeinschaft. Die Förderung von Schulver-
1222 anstaltungen und kulturellen Aktivitäten stärkt das Gemeinschaftsgefühl und
1223 fördert den Austausch zwischen den Mitgliedern unserer Gemeinde.

1224
1225 **Kultureinrichtungen in den Stadtteilen und Quartieren stärken.**

1226 Kultur verbindet und ist zugleich freier Ausdruck des Menschen in einer auch von vie-
1227 len Sachzwängen bestimmten Lebenswelt. Ein gewachsenes und durch Bildung er-
1228 worbenes Kulturverständnis gehört zu den Grundlagen einer liberalen Bürgergesell-
1229 schaft. Um das Interesse für Kunst und Kultur zu stärken, muss Kultur dort zuhause
1230 sein, wo die Menschen zuhause sind, in den Bezirken und Stadtteilen. Kunst und Ge-
1231 schichte fördern den sozialen Zusammenhalt, weil sie Identifikation schaffen. Dazu
1232 gehören Kulturzentren für Jugendliche und Familien, Geschichtswerkstätten, aber
1233 auch freie Gruppen und Initiativen, die zur kulturellen Teilhabe einladen.

1234
1235 **Staatliche Museen öffnen**

1236 Wir fordern einen Verzicht auf Eintrittsgelder in allen staatlichen Museen wie in Groß-
1237 britannien. Staatliche Kultur soll allen zugänglich sein, offene Kunst und Geschichts-
1238 ausstellungen fördern eine offene Gesellschaft. Sie verändern das Nutzungsverhal-
1239 ten und rücken diese Kulturorte in die Mitte des täglichen Lebens.

1240 Kulturelle Allgemeingüter sollen erhalten bleiben und für jedermann frei zugänglich
1241 sein. Dazu zählen Orte wie z. B. die Plaza der Elbphilharmonie.

1242
1243 **Stadtteilkultur**

1244 Für Stadtteilkulturzentren, Bürgerhäuser und Jugendkulturzentren, halten wir einen
1245 Schlüssel von einer Einrichtung pro 50.000 Einwohner für sinnvoll. Auch eine aus-
1246 kömmliche Finanzierung muss gewährleistet werden, um eine Querfinanzierung aus
1247 den bezirklichen Fördermitteln zu vermeiden. Alle Einrichtungen der staatlich geför-
1248 derten Stadtteilkultur sollen barrierefrei erreichbar sein.

1249
1250 **Kulturmetropole Hamburg**

1251 Die Musik- und Theaterszene, Festivals, Open Air Theater und Kino machen Ham-
1252 burg zu einer Kulturmetropole, sie tragen zentral zur Lebensqualität bei und sind ein

1253 wichtiger Wirtschaftsfaktor. Kulturelle Akteure brauchen Unterstützung und Ermuti-
1254 gung. Bei der Durchführung von Stadtentwicklungsmaßnahmen in bestehenden
1255 Quartieren sind die Bedürfnisse der Musik-, Theater- und Kunstszene zu berücksich-
1256 tigen und in die Planung einzubeziehen. Möglichkeiten für Festivals, Open Air Thea-
1257 ter und Kino, Skulpturenparcs oder Musikhaltestellen sollen immer mitgedacht wer-
1258 den.

1259

1260 **Erinnerungskultur**

1261 Wir Freien Demokraten setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein, dazu
1262 gehört vor allem auch eine kritische Auseinandersetzung mit unserer Stadtge-
1263 schichte in der Zeit des Nationalsozialismus.

1264 Wir bekennen uns zum jüdischen Leben in Hamburg, das diese Stadt seit Jahrhun-
1265 derten geprägt hat. Dem wachsenden Antisemitismus stellen wir uns auf allen Ebe-
1266 nen entgegen und unterstützen eine sichtbare Rückkehr des jüdischen Lebens in un-
1267 sere Viertel.

1268 Wir wollen unsere Bezirke weltoffen und begreifen alle Kulturen als Bereicherung,
1269 solange sich keine Konflikte mit unserer rechtsstaatlichen Ordnung ergeben. Eine
1270 Begegnung der Kulturen soll in interkulturellen Projekten und durch den Austausch
1271 mit unseren Partnerstädten gefördert werden.

1272

1273

1274 **Begründung:**

1275

1276 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Antragsteller:
Jan Biniossek

Drs.: A2302/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Lieber nicht regieren, als falsch regieren!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Hamburg wird sich auf dem nächsten Bundesparteitag dafür einsetzen, dass im Bundestag noch im Jahr 2023 spätestens jedoch im Q1/2024 die Vertrauensfrage gestellt wird.

Begründung:

Die aktuelle Bundesregierung gefährdet die Sicherheit und den Wohlstand Deutschlands. Das Narrativ des FDP-Bundesvorstands, man würde permanent Schlimmeres verhindern, überzeugt nicht!

Spätestens mit dem Koalitionskompromiss, der zu einer Abschaltung voll funktionsfähiger Atomkraftwerke geführt hat, um gleichzeitig Kohlekraftwerke als schlimme CO2-Schleudern zu reaktivieren, hätten die FDP-Mandatsträger handeln müssen, um Schaden von unserem Land abzuwenden.

Auch die Verweigerung eines Lessons Learned zur Corona-Politik im Rahmen einer vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission zeigt, dass man mit den Grünen-Ideologen unmöglich rationale Politik machen kann.

Darüber hinaus stehen auch die jüngsten Wahlergebnisse in Bayern und Hessen beispielhaft dafür, dass den Wählern jegliches Verständnis für die desaströse Politik der

39 Ampel fehlt.

40

41 Wenn der verbliebene kleinste gemeinsame Nenner, dass Durchsetzen einer woken
42 Agenda, die dem Irrenhaus entsprungen scheint, ist, sollte man auch Herrn Busch-
43 mann dringend von seiner Aufgabe als Totengräber des Liberalismus in Deutschland
44 befreien.

1 **119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023**

2

3

4

5 **Antragsteller:**

6 Jan Biniossek

7

8

9

10

11

12

13 **Unabhängige Staatsanwaltschaften**

14

15 Der Landesparteitag möge beschließen:

16

17 Die FDP Hamburg wird sich dafür einsetzen, dass der Paragraf § 146 Gerichtsver-
18 fassungsgesetz (GVG) ersatzlos gestrichen wird.

19

20

21 **Begründung:**

22

23 Insbesondere die Vorgänge im Rahmen der CumEx-Strafverfolgung haben gezeigt,
24 dass Staatsanwaltschaften ihrem gesetzlichen Auftrag nicht mehr nachkommen, son-
25 dern politisch agieren.

26

27 Eine wichtige Gegenmaßnahme gegen die zunehmende Politisierung des Rechts
28 wäre insofern, das Weisungsrecht aus dem Paragrafen 146 GVG aufzuheben.

Drs.: A2302/02

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

Drs.: A2302/03

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Antragsteller:

Brita Schmidt-Tiedemann,
Liberale Senioren Hamburg

Ein Recht auf analoge Zugangswege zu Dienstleistungen und Institutionen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Neben digitalen Kommunikationswegen muss auch das Recht auf analoge Zugangswege zu Dienstleistungen und Institutionen festgeschrieben und somit erhalten bleiben.

Begründung:

Die Digitalisierung vieler Vorgänge in fast allen Bereichen unseres Lebens ist die gewaltige Veränderung althergebrachter Abläufe in unserer Zeit. Da sie eine enorme Beschleunigung und oft Vereinfachung von Arbeitsschritten sowie eine Effizienzsteigerung in Wirtschaft und Dienstleistung bedeutet, sich zudem die Welt des Wissens auf eine völlig neue Art erschließt, ist sie eine unglaubliche Bereicherung für die Menschheit und nicht mehr wegzudenken.

Trotzdem gibt es Menschen, die unter der Digitalisierung leiden und durch sie in ihrem Grundrecht auf Teilhabe am sozialen Leben eingeschränkt oder sogar davon ausgeschlossen werden.

- So ist die Nutzung digitaler Kommunikation an Apparate (Computer, Smartphones) gebunden, die sich nicht jeder leisten kann. Arme Menschen sind somit erheblich benachteiligt.

- 38 • Die meist wenig benutzerfreundlichen Geräte, die zudem ständig verändert
39 werden, überfordern das technische Verständnis vieler, z.B. Älterer, Analpha-
40 beten, kognitiv einfacher, auch junger Menschen.
- 41 • Physische Beeinträchtigungen können den Gebrauch von elektronischen Ge-
42 räten unmöglich machen. Gehandicapte Menschen werden somit diskriminiert.
- 43 • Cyberattacken und Datendiebstahl gefährden Individuen und Institutionen.
44 Deshalb wollen viele Menschen nicht oder nicht ständig digital kommunizie-
45 ren. Ihnen muss Wahlfreiheit offenbleiben.
- 46 • In Zeiten, in denen Krieg und Zerstörung wieder denkbar sind, müssen Strom-
47 ausfälle und ihre verheerenden Folgen mitbedacht werden. Analoge Wege
48 müssen auch für diese Notfälle vorgehalten werden.
- 49 • Die FDP würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei einer Wahl 3% der Stimmen
50 auf sich vereinigen. Da ältere Wähler über 20% der Bevölkerung ausmachen
51 und diese Gruppe gegenwärtig nicht von den Liberalen angesprochen wird,
52 wäre es ein Gebot der Selbsterhaltung der Partei, wenigstens im Fall der Digi-
53 talisierung Verständnis für die ältere Generation und Hilfsbereitschaft zu sig-
54 nalisieren.
- 55 Da es nicht unser Ziel sein kann, Menschen, die an der Digitalisierung nicht teilhaben
56 können oder wollen, zu diskriminieren, ist es unumgänglich, das Recht auf analoge
57 Dienstleistungen und Kommunikationswege festzuschreiben.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antragsteller:
LFA 4 Kultur, Medien, Kreativwirtschaft

Drs.: A2302/04
Ja Nein Enthaltungen
Angenommen Ja Nein Überwiesen

Umgang mit kolonialer Raubkunst

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kunst und Kultur sind gemeinschaftsbildend. Die in einer Zeit und einer Gesellschaft geschaffenen Kunstschatze und Kulturgüter sind Ausdruck ihrer Identität. Im Zuge der Kolonialisierung sind solche identitätsstiftenden Kulturgüter aus den kolonisierten Gebieten entnommen worden. Die Recherche und mögliche Rückgabe geraubter Kunstschatze und Kulturgüter ist nur ein kleiner Schritt, um das von den europäischen Kolonialmächten verursachte Unrecht aufzuarbeiten. Dies schafft Vertrauen und legt eine Grundlage für langfristige außenpolitische Partnerschaften auf Augenhöhe.

Wir Freie Demokraten setzen uns ein für einen offenen und kritischen Diskurs des (post-) kolonialen Erbes. Hamburger Museen müssen bei der Provenienzforschung zu belasteten Objekten unterstützt und deren Ergebnisse öffentlich gemacht werden. Dafür müssen vom Senat dauerhaft Mittel bereitgestellt werden, die eine pro-aktive Provenienzforschung ermöglichen. Außerdem muss eine Plattform zur Veröffentlichung der Ergebnisse geschaffen werden. Vorbild hierfür kann das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste sein. Die Universität Hamburg wird aufgefordert, ihre Forschungsstelle Hamburgs (post-)koloniales Erbe dauerhaft finanziell und organisatorisch zu sichern. Sofern dies von den Herkunftsländern und -gemeinschaften gewünscht wird, ist koloniale Raubkunst auf rechtsstaatlicher Basis und aufgrund historisch begründeter Einschätzungen bedingungslos zurückzugeben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/05

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Für Humanität und Rechtsstaatlichkeit: Klare Regeln für irreguläre Migration!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Thema Migration wird in Deutschland immer häufiger diskutiert. Die Debatten darüber sind jedoch oft polemisch, undifferenziert und meist nur auf Teilaspekte der eigentlichen Problematik beschränkt.

Während die reguläre Migration in den deutschen Arbeitsmarkt von der Bundesregierung durch das neue Einwanderungsgesetz sehr sinnvoll neu geregelt wurde, gilt dies für den Bereich der irregulären Migration nicht. Hier fehlt es bei fast allen politischen Akteuren an Mut, dieses Thema anzugehen. Das führt dazu, dass Rechtspopulisten hier besonders einfach mit Scheinlösungen punkten können. Dies können wir nicht hinnehmen und wollen sachorientiert und offen über die Möglichkeiten sprechen, illegale Migration zu bekämpfen.

I. Die Grundlagen einer liberalen Migrationspolitik

Für uns FDP Hamburg sind folgende Grundsätze für eine liberale Migrationspolitik entscheidend:

Wir unterscheiden zwischen regulärer und irregulärer Migration. Während es einer kontrollierten und regulären Migration in unsere Arbeitssysteme bedarf, muss der Teil an Menschen, die irregulär in unser Land kommt, gesenkt werden. Hierbei kommt es auch nicht darauf an, wie die Einreise nach Europa und Deutschland begründet ist oder wie beispielsweise der Bildungsgrad einer Person ist.

41 Bei jeder Thematik gilt für uns das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Wir vertrauen auf
42 unser Recht und unsere Rechtsprechung.

43 Konkret bedeutet das: Es muss im Interesse Deutschlands liegen, dass Ausreise-
44 pflichtige und Menschen ohne Duldung das Land verlassen. Auch Abkommen wie
45 das Dublin-Abkommen wollen wir konsequent anwenden.

46
47 Migrationspolitik muss menschenwürdig sein. Bei aller Härte in der Sache müssen
48 die Rechte aller Menschen auf europäischer wie deutscher Ebene geachtet werden.
49 Dazu gehört für uns auch das Recht, sich zu verteidigen. Dass es Flüchtlingen bisher
50 teilweise nicht möglich war, sich rechtlichen Beistand zu suchen, ist für uns ein gro-
51 ßes Problem und darf sich nicht wiederholen.

52
53 Wir stellen uns ebenfalls klar gegen von Mitgliedsstaaten der EU durchgeführten,
54 vom EU-Recht nicht gedeckten Maßnahmen zur Einschränkung von Migration.

55
56 Migrationspolitik muss dort, wo sie gemacht wird, auch gedacht werden. Von europä-
57 ischer bis kommunaler Ebene gibt es viele Herausforderungen, die gesamtheitlich
58 und strategisch gedacht werden müssen. Dafür braucht es enge Absprachen zwi-
59 schen allen Ebenen, aber auch den Austausch von Ländern und Kommunen. Hier
60 können nicht nur gesamtheitliche Strategien verbessert, sondern vor allem auch Best
61 Practices ausgetauscht und etabliert werden können.

62

63 **II. Irreguläre Migration in Europa wirksam bekämpfen**

64

65 Die Einschränkung illegaler Migration in Europa muss von allen Staaten gemeinsam
66 gedacht werden. Jedes Mitgliedsland in der EU hat dabei eine Verantwortung. Die
67 Lage an den EU-Außengrenzen war zuletzt immer schlechter, die humanitären Zu-
68 stände teilweise dramatisch.

69

70 Der Kompromiss der EU-Innenminister hat einen ersten Aufschlag für eine Reform
71 des europäischen Asylrechts gemacht, viele Fragen sind gleichzeitig aber noch of-
72 fen.

73

74 Die FDP Hamburg unterstützt die Stoßrichtung des Kompromisses der EU-Innenmi-
75 nister nach Asylverfahren an den EU-Außengrenzen. Hierbei muss darauf geachtet
76 werden, dass die Asylzentren humanitären Standards entsprechen. Die beschlosse-
77 nen Regeln müssen für alle Mitgliedsstaaten verbindlich gelten.

78

79 Wir fordern, dass die Kapazitäten in den Asylzentren realistisch abgeschätzt und auf-
80 gebaut werden. Die eher willkürliche Zahl von 30.000 Menschen, die pro Jahr ein
81 Grenzverfahren durchlaufen sollen, halten wir nicht für sinnvoll.

82

83 Die Forderung, dass die Grenzverfahren vor allem Menschen aus Ländern mit gerin-
84 ger Schutzquote durchlaufen müssen, unterstützen wir, fordern jedoch, diese auf
85 30% statt 20% zu setzen, da bisher nur drei der zehn Hauptherkunftsländer der Mig-
86 ration in der EU abgedeckt sind.

87 Auch Straftäter, Gefährder und Menschen, die die Behörden getäuscht haben, sollen
88 in die Asylzentren aufgenommen werden, dort aber in getrennten Bereichen unterge-
89 bracht werden. Eine maximale Aufenthaltsdauer von 12 Wochen ist angemessen, in
90 dieser Zeit muss ein Zugang zu anwaltlicher Beratung gewährleistet sein.

91

92 Dass unbegleitete Minderjährige aus den Grenzverfahren ausgenommen werden sol-
93 len, lehnen wir ab. Hier droht die Gefahr, dass in Kombination mit dem Familiennach-
94 zug ein Vorteil dadurch entsteht, dass man Kinder unbegleitet in Richtung der EU
95 vorschickt.

96 In der Unterbringung muss das Menschenrecht auf Bildung gewährt werden. Allge-
97 mein sind für alleinreisende, minderjährige Personen sichere und getrennte Unter-
98 bringungen zu gewährleisten.

99

100 In den Asylzentren sollen die Menschen den juristischen Einreisestatus „nicht einge-
101 reist“ beibehalten. Diese Lösung ist äquivalent zu den Regelungen am Flughafen und
102 vereinfacht den rechtlichen Umgang mit gegebenenfalls anstehenden Rückführun-
103 gen.

104

105 Für alle Mitgliedsstaaten soll es verpflichtend sein, Asylanträge über eine an die Dritt-
106 staatenlösung gekoppelte Zulässigkeitsprüfung prüfen zu lassen. Sind Asylanten
107 über sichere Drittstaaten in die EU gekommen, soll der Asylantrag als unzulässig ab-
108 gelehnt werden.

109

110 Wer bewusst illegal in die EU einreist und sich einem geregelten Asylverfahren ent-
111 zieht, soll ein zehnjähriges Einreiseverbot erhalten.

112

113 Für uns ist klar: Die Reform der Innenminister wird nur funktionieren, wenn sowohl
114 einzelne Mitgliedsstaaten als auch die EU insgesamt Rückführungsabkommen
115 schließen. Dies gilt sowohl mit den Herkunftsländern direkt als auch mit sicheren
116 Drittstaaten. Letztere sollen beispielsweise durch mehr Entwicklungshilfe oder Visa-
117 Erleichterungen entlohnt werden.

118

119 Migranten, deren Asylantrag abgelehnt wird, sollen – sofern ihr Herkunftsland die
120 Rücknahme verweigert – in sichere Drittstaaten abgeschoben werden können. Wich-
121 tig hierbei ist, dass ein Verbindungskriterium zu diesem Land besteht, das bedeutet,
122 dass die Flüchtlinge eine persönliche Verbindung zum Drittstaat haben.

123

124 **Option 1:** Dieses besteht für uns, sobald ein durchgehender Aufenthalt von 14 Ta-
125 gen oder ein nicht durchgängiger Aufenthalt von insgesamt 21 Tagen bestanden hat.

126

127 Wird die Amtssprache eines Drittstaates beherrscht, ist kein Aufenthalt nötig.

128

129 **Option 2:** In Zusammenarbeit mit dem EU-Kommissar für Inneres Kriterien soll die
130 EU für den Begriff einer „persönlichen Verbindung“ zu einem Drittland definieren.

131

132 Wir lehnen Abschiebungen in Drittstaaten ab, die nur in Teilgebieten als sicher einge-
133 stuft wurden. Alle Drittstaaten müssen die Genfer Flüchtlingskonvention zwar nicht
134 ratifiziert haben, zumindest aber ihre Anforderungen erfüllen.

135

136 Die EU soll auch Abkommen mit afrikanischen Ländern schließen, sodass bereits der
137 Übertritt der Grenzen in Richtung der EU verhindert wird.

138

139 Die Migranten aus den Grenzverfahren sollen bei positivem Bescheid gleichmäßig in
140 der EU verteilt werden. Länder können sich von dieser Verpflichtung „freikaufen“ und
141 sollen nach erstem Entwurf der Innenminister 20.000 Euro pro Asylanten zahlen, den
142 sie nicht aufnehmen.

143 Wir sehen die generelle Idee dieses Vorschlags als pragmatisch und zur Umsetzung
144 des Kompromisses wohl unerlässlich. Jedoch ist die Zahl von 20.000 Euro viel zu
145 niedrig. Diese muss realistisch an die Kosten eines Verfahrens sowie der nachfol-
146 genden Aufnahme einer Einzelperson im Durchschnitt angepasst werden. Es darf
147 sich weder finanziell noch organisatorisch lohnen, sich unsolidarisch innerhalb der
148 EU zu zeigen.

149
150 Die FDP Hamburg fordern die Berufung eines europäischen Beauftragten für Migra-
151 tion und Integration. Dieser soll die Verhandlungen der EU für Rücknahmeabkom-
152 men koordinieren. Gleichzeitig ist er für die Einhaltung und Kontrolle der Menschen-
153 rechtsstandards bei den Asylverfahren zuständig. Dass wie bisher die Mitgliedsstaa-
154 ten sich in diesem Punkt selbst kontrollieren, halten wir für unzureichend.

155
156 Insgesamt fordern wir eine Abkehr vom Dublin-Verfahren. Stattdessen sollen mittel-
157 fristig Regelungen über Verteilungsschlüssel, Grenzverfahren und Zulässigkeitsprü-
158 fungen gefunden werden.

159
160 Langfristig sollen über feste Kontingente für bestimmte Länder die Migrationsbewe-
161 gungen rein auf politisch verfolgte oder anderweitig in ihrem Land gefährdete Men-
162 schen beschränkt werden. Diese Kontingente müssen laufend überprüft und unbüro-
163 kratisch an herrschende politische Lagen angepasst werden.

164 165 **III. Wir brauchen eine starke europäische Krisenverordnung**

166
167 „2015 darf sich nicht wiederholen!“ ist eine genauso häufige wie – ohne entspre-
168 chende Maßnahme – leere Phrase. Was wir zu dieser Zeit erlebt haben, zeigte nicht
169 nur das Missmanagement in der Migrationspolitik der EU an sich auf, sondern auch
170 die Überforderung aller Mitgliedsstaaten mit besonders starken Fluchtströmungen.
171 Diese können jedoch nicht nur wie vor acht Jahren aus mehr Fluchtursachen in den
172 Herkunftsländern entstehen, sondern auch durch die Instrumentalisierung von
173 Flüchtlingen zur Schaffung eines humanitären Engpasses. Zuletzt versuchte dies
174 Belarus, indem Flüchtlinge gezielt an der polnischen Seite der EU-Außengrenze in
175 Richtung Europas geschickt wurden.

176
177 Für diese Fälle braucht es eine koordinierte Antwort der EU darauf. Gerät ein Mit-
178 gliedsstaat in größerem Maße unter Druck, soll es die Ausrufung eines solchen Kri-
179 senfalls beantragen können. Innerhalb von 24 Stunden muss der europäische Beauf-
180 tragte für Migration in Absprache mit dem EU-Kommissar für Inneres prüfen, ob dies
181 angemessen ist.

182
183 Wird der Krisenfall ausgerufen, greift die Krisenverordnung. Automatisch soll die ma-
184ximale Dauer der Grenzverfahren auf 24 Wochen verlängert werden. Ist die Katastro-
185phe länger anhaltend, soll die Aufenthaltsdauer in den Asylzentren zwei Mal um je-
186weils zwölf weitere Wochen verlängert werden. Das erste Mal durch ein Gremium um
187den europäischen Beauftragten, das zweite Mal nur durch Gerichte und dies nur in
188Einzelfallentscheidungen.

189 Die Schutzquote, bei der Menschen im Krisenfall in Grenzverfahren kommen sollen,
190 steigt auf 75%.

191
192 Greift ein solcher Krisenfall, soll die Verteilung aller Menschen, deren Asylantrag be-
193willigt wurde, verpflichtend über den europäischen Verteilungsschlüssel erfolgen. Für
194 die Dauer der Krisensituation sollen Ausgleichszahlungen nur in Ausnahmefällen

195 möglich sein, wie zum Beispiel, wenn ein Land alle Kapazitäten ausgeschöpft hat.
196 Weigert sich ein Land, Asylanten aufzunehmen, soll dies mit einem entsprechenden
197 Vertragsverletzungsverfahren sanktioniert werden.

198

199 **IV. Für mehr Rechtsstaatlichkeit und ein wehrhaftes Deutschland in allen Fra-** 200 **gen irregulärer Migration**

201

202 Deutschland ist in der Vergangenheit immer wieder Ziel von irregulärer Migration ge-
203 wesen. Dies belastet unsere Kommunen bis heute ans Maximum. Auch in der Bevöl-
204 kerung hat die Überforderung der Politik mit einem konsequenten Handeln gegen ir-
205 reguläre Migration für große Verunsicherung gesorgt. Dabei ist ein Nährboden ent-
206 standen, in dessen Klima immer mehr Menschen für rechtsextreme Ideen und popu-
207 listische Gedankengüter offen werden.

208

209 Wir sehen es als Aufgabe der deutschen Politik, human, aber eben auch konsequent
210 und für die Bürger nachvollziehbar mit den Problematiken für Migration, aber vor al-
211 lem irregulärer Migration umzugehen.

212

213 Der Rechtsstaat muss es sich zur Aufgabe machen, dass ausreisepflichtige Men-
214 schen auch konsequent abgeschoben werden, insbesondere, wenn sie nicht gedul-
215 det sind.

216

217 In Bezug auf die rechtlichen Grundlagen fordern wir als FDP Hamburg, dass
218 Deutschland eine Zulässigkeitsprüfung für alle gestellten Verfahren einführt, bis
219 diese in der EU verpflichtend wird. Dass Nancy Faeser dies nicht tun will, kritisieren
220 wir scharf. Deutschland darf sich nicht durch laschere Regeln erneut zum Anlauf-
221 punkt für irreguläre Migranten machen, die in einem geregelten Grenzverfahren
222 keine Aussicht auf einen positiven Bescheid hätten.

223

224 Deutschland soll die Liste der sicheren Herkunftsländer um Tunesien, Marokko, Al-
225 gerien und Mauretanien erweitern. Ebenso sollen automatisch Beitrittskandidaten für
226 die EU zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.

227

228 Deutschland soll auch weiterhin eigenständig Verhandlungen über Rückführungsab-
229 kommen mit Herkunfts- und Drittländern führen. Alle sicheren Herkunftsländer sollen
230 automatisch sichere Drittstaaten sein. In dieser Konsequenz soll Deutschland auch
231 bis zu einer Reform das Dublin-Abkommen konsequent anwenden und entsprechend
232 auch innerhalb der EU abschieben.

233

234 Wer in sein Land zwischenzeitlich zurückkehrt, soll wie in skandinavischen Ländern
235 seinen Status als Flüchtling verlieren.

236

237 Wir fordern, dass die Bundespolizei an allen Dienststellen und somit auch ohne
238 Grenzbehörde zu sein, gleichberechtigt mit den Landesbehörden Maßnahmen zur
239 Vollstreckung des geltenden Aufenthaltsrechts durchführen darf und sprechen uns
240 daher für eine entsprechende Änderung des §71 des Aufenthaltsrechts aus.

241

242 Um auch Menschen ohne gültige Papiere abschieben zu können, sollen die Bundes-
243 länder schnell und koordiniert Reisepapiere zur Ausreise besorgen und übermitteln.
244 Diese Vorgänge müssen beschleunigt werden.

245

246 Die gängigen Fluchtrouten an den Grenzen in Richtung der Schweiz, Österreich und

247 Dänemark sollen stärker kontrolliert werden, um entsprechende illegale Einreisen
248 möglichst zügig zu vermeiden.
249
250 Eine Abschaffung des Individualrechts auf Asyl in Artikel 16 GG lehnen wir ab.
251
252 Insgesamt muss es eine Aufgabe für die Politik sein, Duldungsketten zu durchbrechen.
253 Haben Menschen eine Ausbildung oder Berufserfahrung und zeigen den Willen zur
254 Integration, können sie nach dem neuen Einwanderungsgesetz der Bundesregierung
255 schnell in ein Arbeitsverhältnis kommen.
256 Andernfalls macht es jedoch keinen Sinn, die Menschen jahrelang über Duldungen in
257 unsicheren Arbeits- wie Lebensverhältnissen zu lassen, um sie am Ende doch abzu-
258 schieben.
259 Daher fordern wir, dass die politischen Gründe im Herkunftsland kein Grund mehr für
260 eine Duldung in Deutschland sein soll. Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, soll daher
261 in ein Drittland abgeschoben werden. Auch eine kurzfristige medizinische Situation
262 soll kein Grund für eine Duldung sein.
263
264 Der Anspruch auf den kostenfreien Besuch von Integrationskursen soll auf geduldete
265 Asylbewerber ausgeweitet werden.
266
267 Auch die Situation vor Ort muss den Gegebenheiten der aktuellen Lage angepasst
268 werden. Dass aktuell zum Teil nur bei 20% der abzuschiebenden Personen pro Termin
269 eine Rückführung auch vollstreckt wird, muss ein klares Warnsignal und Aufgabe
270 für die Politik zu gleich sein, die Bedingungen und Hürden für Abschiebungen zu
271 senken.
272
273 Das größte Problem hierbei ist, dass abzuschiebende Personen oft nicht angetroffen
274 werden. Gleichzeitig sind auch bürokratische Hürden und medizinische Gründe oft
275 Blockaden für Rückführungen.
276
277 Die Freien Demokraten Hamburg sehen die Abschiebehafte als wirksamstes Mittel an,
278 um Abschiebungen konsequent zu vollstrecken. Hierfür müssen vor allem die Kapazitäten
279 erhöht werden, um Menschen, die sich der Rückführung entziehen oder eine
280 Abschiebung anderweitig zu verhindern versuchen auch zuverlässig in entsprechende
281 Einrichtungen untergebracht werden können.
282
283 Die im Aufenthaltsgesetz genannten Regelungen zur Abschiebungshaft halten wir für
284 gerechtfertigt. Es sollen jedoch die entsprechenden Grundlagen dafür geschaffen werden,
285 dass Migranten zum Sinne einer Abschiebung innerhalb der EU wieder in Über-
286 stellungshaft genommen werden können.
287
288 Abschiebungen sollen nicht angekündigt stattfinden, um die Möglichkeit zu senken,
289 dass die Ausreisepflichtigen untertauchen können. Wir unterstützen die Bestrebungen
290 der Bundesinnenminister, hier die Kompetenzen der Polizei auszuweiten.
291 Um sich von einer Abschiebung befreien zu lassen, soll in Zukunft nur noch ein ärztliches
292 Attest von Amtsärzten vor Ort ausgestellt werden dürfen. Hierbei muss die
293 Frage wichtig sein, ob ein Transport langfristige gesundheitliche Folgen für die abzu-
294 schiebenden Menschen haben könnte.
295
296 Es kommt immer wieder vor, dass sich Migranten vor einer Rückführung selbst verletzen,
297 um sich den behördlichen Maßnahmen zu entziehen. Dies muss unterbunden

298 werden, indem bei Gefahr für die Gesundheit die Überführung in die Gesundheitssta-
299 tion einer Abschiebehaft erfolgt. Danach soll die Rückführung bei nächster Gelegen-
300 heit nachgeholt werden; dass aktuell teils Verfahren komplett neu aufgerollt werden,
301 halten wir für kontraproduktiv und fordern, dass entsprechende Gesetzesänderungen
302 vorgenommen werden, um dies zu verhindern.

303
304 Um das Alter von Asylbewerbern besser feststellen zu können, sollen sowohl techni-
305 sche als auch alle medizinisch anerkannten Verfahren angewendet werden.

306
307 Um dem Einsatz der Bundespolizisten bei Abschiebungen Rechnung zu tragen, sol-
308 len die Aufgaben des „Flugbegleiters Luft“ in Zukunft als Arbeitszeit gewertet und
309 entsprechend vergütet werden. Es kann nicht sein, dass diese verantwortungsvolle
310 und auch persönlich belastende Aufgabe von Freiwilligen unter den Bundespolizisten
311 übernommen wird.

312
313 In Zukunft sollen mehr Abschiebungen auch über Linienflüge und damit verbundene
314 Buchungskontingente der Bundespolizei durchgeführt werden. Die entsprechenden
315 Rahmenbedingungen müssen dafür geschaffen werden, oberste Priorität muss dabei
316 immer die Sicherheit aller Menschen an Bord haben.

317
318 Das Konzept des Kirchenasyls lehnen die Freien Demokraten Hamburg ab!

319

320

321 **Begründung:**

322

323 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/06

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Das Wort „Rasse“ aus der Satzung der Freien Demokraten streichen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Laut dem Brockhaus ist der Begriff (Menschen-) Rasse eine traditionelle, weitgehend willkürliche Aufteilung der Menschen anhand ihrer körperlichen Merkmale, die aufgrund populationsgenetischer Untersuchungen als überholt gelten.

Der Begriff „Rasse“ wird allerdings in der Satzung der FDP aus dem April 2022 verwendet und entsprechend von den Landesverbänden übernommen. Die Verwendung dieses Wortes kann für manche Menschen beleidigend sein. Auch ohne das Wort „Rasse“ wird die Satzung weiterhin verständlich sein, und zwar so, dass diese ausagt, dass jeder Mensch in unserer Partei willkommen ist, der sich mit liberaler Politik identifizieren kann. Durch eine Streichung des Wortes „Rasse“ wirkt die Satzung der FDP moderner, diskriminiert keinerlei Personen und ist auch der Zeit entsprechend formuliert.

Ebenfalls ist die Änderung wünschenswert, damit auch unser Landesverband eine entsprechende Satzungsänderung durchführt.

- Die FDP Hamburg fordert, dass der § 1, Absatz 1 der Satzung der Freien Demokratischen Partei geändert wird. Hier sollen die Worte „der Rasse“ ersatzlos entfernt werden.
- Der Landesvorstand der FDP Hamburg wird anschließend eine entsprechende Satzungsänderung in der Landessatzung des LV Hamburg in Angriff nehmen.

39

40

41 **Begründung:**

42

43 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/07

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

JA ICH WILL! Weil die Scharia nichts im Standesamt verloren hat

Der Landesparteitag möge beschließen:

Will eine Frau, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft hat, in Deutschland standesamtlich heiraten, benötigt sie ein Ehefähigkeitszeugnis aus ihrem Heimatland. Dieses erhalten bspw. Frauen aus dem Iran nur, wenn sie eine Eheeinwilligung ihres Vaters in urkundlicher Form vorlegen. Manche Ehefähigkeitszeugnisse weisen so erhebliche Hürden auf, wodurch Frauen zu unmündigen Bürgerinnen gemacht und massiv in ihrer freien Entscheidung eingeschränkt werden. Dabei besteht beispielsweise für iranische Frauen die Möglichkeit die Ehe bei einem deutschen Standesamt auch ohne die Vorlage der Erlaubnis durch den Vater oder eines anderen männlichen Verwandten zu schließen – allerdings nur, wenn sie hierfür ein langwieriges und kostenintensives Befreiungsverfahren durchlaufen.

Als FDP Hamburg fordern wir daher, dass Verfahren zur Befreiung von der Vorlage eines Ehefähigkeitszeugnisses unbürokratisch, kostengünstig und schnell möglich sind. Wir machen uns darüber hinaus dafür stark, dass Frauen proaktiv auf das Bestehen des sogenannten Befreiungsverfahrens aufmerksam gemacht werden und gegebenenfalls Unterstützung bei diesem aufwändigen Prozess bekommen können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/08

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Liberal education 4.0 statt Note 4.0: Für eine echte Revolution des Deutschen Bildungssystems

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wissen ist Macht. Bildung ist ein Grundrecht. Lernen ermöglicht Chancen. Bildung ist die wichtigste Ressource im sonst ressourcenarmen Deutschland. Auf diesen Grundsätzen baut liberale Bildungspolitik auf. Wir sehen den aktuellen Zustand unseres Bildungssystems als inakzeptabel an. Auch in der liberalen Politik verlieren wir uns zu oft im Kleinen, gehen die großen Fragen der Bildung nicht an und trotz einer Bildungsministerin, die Akzente setzen möchte, ist die Zusammenarbeit mit den Ländern schwierig.

Wir sehen Handlungsbedarf und wollen konsequent unser Bildungssystem fit für das 21. Jahrhundert machen!

Problem erkannt, Problem (nicht) gebannt?

Seit Jahren streiten sich Bund und Länder um die Kompetenzen im Bereich der Bildungspolitik. Während die Bundesländer sich gegenseitig Lehrer abwerben, immer mehr Schüler kaum richtig lesen und schreiben können, wenn sie auf das Gymnasium kommen und Hamburg verzweifelt versucht, die Lehrpläne an die Vorgaben der Kultusministerkonferenz anzupassen, gehen die Belange der Schüler und nötige Reformen fast vollständig unter.

Die FDP Hamburg

- 38 • bekräftigen ihre Forderung nach einem Kooperationsgebot statt einem Koope-
39 rationsverbot. Zwischen den Bundesländern und dem Bund ist gut abge-
40 stimmte Zusammenarbeit unerlässlich für eine funktionierende Bildungspolitik.
- 41 • setzen sich für eine Kooperationspflicht zwischen verschiedenen Bundeslän-
42 dern ein. Diese soll vor allem für einheitliche Bildungsstandards, länderüber-
43 greifende Kooperationen und den Austausch von Best Practice – Ansätzen
44 genutzt werden.
- 45 • wollen die Kompetenzverteilung langfristig auf den Bund verlagern. Dieser soll
46 für klare Rahmenbedingungen und Standards in der Bildungspolitik sorgen.
- 47 • fordern gleichzeitig größtmögliche Autonomie von Schulen auf dem Weg zur
48 Erreichung der Bildungsziele. Die Schulen vor Ort kennen ihre Bedarfe deut-
49 lich besser als jeder Bildungsminister, was sie brauchen. Über ein Schulfrei-
50 heitsgesetz soll es den Schulen möglich sein, Personalentscheidungen eigen-
51 ständig zu treffen und den Aufbau des Verwaltungsapparates selber zu be-
52 stimmen. Daraus soll sich auch mehr Wettbewerb zwischen Schulen entwi-
53 ckeln.
- 54 • sehen das Bildungsgefälle innerhalb Hamburgs als großes Problem. Die Qua-
55 lität der Bildung darf nicht vom Stadtteil abhängig sein. Wir fordern deswegen,
56 dass zusätzlich zum Startchancen-Programm Faktoren, die Bildungsungleich-
57 heiten in Hamburg auslösen, in einer Studie tiefgreifender evaluiert und ent-
58 sprechende Lösung für dieses Problem entwickelt werden.
- 59 • sehen ein Verbot von privatem Sponsoring von Schulen als nicht mehr zeitge-
60 mäß. Hierbei können Unternehmen sich gegen beispielsweise eine Einarbei-
61 tung des Logos am Bau einer Turnhalle oder Ähnlichem beteiligen. Um Ein-
62 flussnahmen oder Interessenskonflikten entgegenzuwirken, soll ein bundes-
63 weiter Code of Conduct erstellt werden, der Regeln für Sponsorings vorgibt.

64

65 **Schulen zum Ort des Aufstiegsversprechens machen!**

66

67 Oftmals entscheidet immer noch der Stadtteil einer Schule über den Erfolg der
68 Schüler im Berufsleben. So bringen Schulen in strukturschwachen Regionen zumeist
69 Schüler hervor, die später unterdurchschnittlich verdienen.

- 70 • Studien zeigen, dass mit stärkerer sozialer Durchmischung in Klassen auch
71 der soziale Aufstieg von Schülern besser gelingt. Wir fordern daher, dass
72 Maßnahmen entwickelt werden, die diese Mischung einfacher machen. Dazu
73 können Kriterien bei der Auswahl der Schulstandorte zählen oder auch das
74 Prinzip der Talentschulen.

75 Daher bekräftigen wir auch weiterhin unsere Forderung nach der zügigen
76 Schaffung der Talentschulen und der finanziellen Ausstattung dieser.

77 Die Schulen sollen außerdem Unterstützung bei der Schaffung von Kursen
78 und Angeboten für Kinder mit Lernschwächen oder Probleme mit der deut-
79 schen Sprache erhalten. Betroffene Schüler sollen möglichst schnell am nor-
80 malen Unterrichtsgeschehen teilhaben können.

- 81 • Wir fordern, dass bei der Finanzierung der Schulen auch soziale Aspekte be-
82 rücksichtigt werden sollen. In Anlehnung an den Hamburger KESS-Index soll
83 ein bundesweites System mit fünf Stufen geschaffen werden, die die entspre-
84 chenden Zuwendungen einer Schule regelt. Die Einordnung jeder Schule

85 muss über ein Punktesystem erfolgen. Dieses bezieht vor allem die Leistun-
86 gen der Schüler bei zentralen Prüfungen, den sozialen Hintergrund der Schü-
87 lerschaft sowie den Fortschritt der Schule im Bereich Digitalisierung mit ein. In
88 den unteren zwei Stufen – den Stufen 4 und 5 – sollen den Schulen gesondert
89 Pädagogen und Schulpsychologen zur Verfügung gestellt werden.

- 90 • In unserer Gesellschaft gelten Stadtteilschulen oft als Schulen für schlechte
91 Schüler, das Abitur an einer Stadtteilschule als zweitklassig, ein Abschluss der
92 mittleren Reife als minderwertig. Damit muss Schluss ein! Wir fordern eine
93 Evaluation der Schulbehörde für Schule und Bildung, die Stigmatisierungen
94 von Stadtteilschulen aufdeckt und Lösungsvorschläge für die Gleichstellung
95 von anderen Schulformen abseits des Gymnasiums entwickelt. Diese Vor-
96 schläge sollen anhand eines Monitorings begleitet und ausgewertet werden.
- 97 • Kleinere Klassengrößen sorgen nicht nur für eine bessere Lernatmosphäre
98 unter den Schülern, sondern auch für mehr Lernerfolge. Zusätzlich wird auch
99 die Beurteilung der einzelnen Schüler differenzierter und das Lehren für die
100 Lehrpersonen einfacher und angenehmer. Daher fordern wir die Reduktion
101 der Klassengröße auf eine Obergrenze von 20 Schülern in der Grundschule
102 sowie 22 Schülern in den weiterführenden Schulen.
- 103 • Studien zeigen, dass bei späterem Unterrichtsbeginn die Potentiale der Schü-
104 ler maximal abgerufen werden können. Daher fordern wir, dass der Unterricht
105 an allen Schulen erst ab 9:00 Uhr beginnen. Eine Bedarfsabfrage soll klären,
106 an welchen Stellen gegebenenfalls bereits vorher ein Betreuungsangebot ge-
107 schaffen werden muss.
- 108 • Bei Schülern mit sozial schwächerem Hintergrund soll nach entsprechender
109 Bedarfsprüfung zusätzlich benötigte Literatur kostenfrei zur Verfügung gestellt
110 werden.
- 111 • Der Schülerschein soll allen Schülern unabhängig vom finanziellen Hinter-
112 grund einen möglichst einfachen Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten der
113 Stadt bieten. Wir fordern daher, dass jedem Schüler bei Schuleinschreibung
114 ein Schülerschein im Scheckkartenformat und in digitaler Form ausgestellt
115 wird. Dieser soll bei Vorlage Schülern kostenfrei einen Ausweis der öffentli-
116 chen Bücherhallen sowie der Universitäts- und Staatsbibliothek ersetzen.
117 Auch der Fernzugang zu e-Medien soll eingeschlossen sein. Des Weiteren
118 sollen mit dem Schülerschein alle bildungs- und naturwissenschaftlichen
119 Einrichtungen in öffentlicher Hand kostenfrei zugänglich sein. Äquivalente Re-
120 geln soll die Stadt auch – wo möglich – mit privaten Trägern vereinbaren.

121

122 **Ob Bayern oder Bremen – Abi muss Abi sein**

123

124 Bis heute ist eine Vergleichbarkeit der Abiturprüfungen in den verschiedenen Bun-
125 desländern zum Teil fachlich nicht gegeben. Auch in der Gesellschaft wird teilweise
126 noch heute zwischen den Abschlüssen in den Bundesländern unterschieden. Dies
127 muss ein Ende haben! Wir fordern daher Folgendes:

- 128 • Bundesweit sollen einheitliche Prüfungen zum Abitur sowie zur mittleren Reife
129 abgelegt werden. Alle Schüler, die sich in einem Fach prüfen lassen, sollen
130 dieselben Aufgaben in derselben Zeit ablegen. Je nach Schulsystem ent-
131 spricht hier ein Leistungskurs (LK) einem Kurs erhöhten Niveaus (eA) und ein
132 Grundkurs (GK) einem Kurs mit grundlegendem Anforderungsniveau (gA).

133 Gleichzeitig sollen bundesweit einheitliche Vorbereitungs- und Übungsaufga-
134 ben für die Prüflinge sowie für die Lehrer erstellt und jährlich bei Bedarf ange-
135 passt werden. Dies ermöglicht allen, sich gleichwertig auf die Prüfungen vor-
136 zubereiten.

137 • In allen Bundesländern sollen die gleichen Regeln für die Wahl der Kurse in
138 der Oberstufe und die Wahl der Abiturfächer gelten. Hierbei soll eine Anglei-
139 chung vorgenommen werden, die auf ein einheitliches System von Leistungs-
140 kursen oder einer Profileroberstufe umstellt. Am Ende sollen bundesweit einheit-
141 lich fünf Abiturprüfungen abgelegt werden, davon drei schriftliche und zwei
142 mündliche.

143 • In allen Bundesländern soll eine Abiturnote bis hin zur Note 0,7 erreicht wer-
144 den können. Die Note soll entsprechend einheitlich aus Semester- und Prü-
145 fungsnoten berechnet werden; die Semester zählen zu zwei Dritteln, die Prü-
146 fungen zu einem Drittel.

147 • Für uns gehört zu einer einheitlichen Prüfung auch ein gerechter Weg dorthin.
148 Wir fordern, dass alle Bundesländer zu einer vierjährigen Grundschulausbil-
149 dung zurückkehren. Im Anschluss soll die Wahl zwischen den verschiedenen
150 Schulformen stattfinden.

151 Die Einführung des G8-Systems an Gymnasien hat wissenschaftlich Vor- und
152 Nachteile. Es besteht bei G9 eine größere Chance auch für leistungsschwä-
153 chere Schüler, das Abi mit guten Noten zu bestehen.

154 Daher fordern wir, dass bundesweit alle Schulen wählen dürfen, ob sie die
155 Einführung des G9-Systems für sich in Anspruch nehmen wollen. Um die bun-
156 desweite Einheitlichkeit der Schulabschlüsse sicherzustellen, soll die Ober-
157 stufe an jeder Schule drei Jahre dauern, von denen die letzten beiden für die
158 Abitur-Abschlussnote herangezogen werden.

159

160 **Für die besten Lehrkräfte überhaupt: Lehrerausbildung reformieren**

161

162 Das Studium für Lehrer ist oft wenig praxisbezogen, die Regelstudienzeit inklusive
163 des Referendariats und dem anschließenden Staatsexamen vergleichsweise hoch.
164 Die Ausbildung für Lehrkräfte scheint veraltet, sie bereitet nicht genug auf das spä-
165 tere Berufsleben vor. Wir wollen daher Reformen für die Lehrerausbildung anstoßen:

166 • Wie Baden-Württemberg es vormacht soll über Modellversuche das Lehramts-
167 studium zu einem dualen Studium umfunktioniert werden, um den Praxisbe-
168 zug der Ausbildung zu erhöhen. Über bessere Studien- und Arbeitsbedingun-
169 gen soll die Abbrecherquote gesenkt werden.

170 • Wir unterstützen die Hamburger Bestrebungen, für Quereinsteiger einen Mas-
171 terstudiengang einzuführen, der eine volle Lehrbefähigung für ein Fach der
172 Hamburger Schulen ermöglicht.

173 • Langfristig fordern wir die bundesweite Abschaffung der Verbeamtung von
174 Lehrkräften. Verbeamtungen begraben das Leistungsprinzip unter Lehrkräften
175 in starren Gehaltsklassen, ein Aufstieg im Beruf ist kaum möglich. Struktur-
176 schwache Schulen können aktuell nicht durch höhere Vergütungen attraktiver
177 gemacht werden.

178 Lehrer, die nur aufgrund der Verbeamtung den Beruf antreten wollen, schei-
179 nen für uns nicht zu den besten Lehrpersonen für unsere Kinder zu gehören.

180 Dennoch bedarf es einer ganzheitlichen Reform, um nicht den Abwerbekampf

181 einzelner Bundesländer um Lehrkräfte mit dem Argument der Verbeamtung zu
182 erhöhen.

- Der Klassenraum darf keine Bühne für politisch-ideologische Einflüsse sein. Wir unterstützen das Bestreben, mehr Demokratieförderung im Schulunterricht einzubringen, dennoch muss die politische Neutralität gewahrt werden. Die FDP Hamburg fordert daher eine Ergänzung der im §88 HmbSG, die sich an dem Beutelsbacher Konsens von 1976 orientiert. Diese Ergänzung soll eine gesetzliche Grundlage für die Grundprinzipien der politischen Bildung schaffen und das Indoktrinationsverbot, das Kontroversitätsgebot und das Ziel, alle Schüler zur politischen Teilhabe zu befähigen, für alle Lehrkräfte verankern.

192

193 **Hilfe, wir haben das Kollegium geschrumpft! – Lehrermangel entschlossen be-** 194 **kämpfen**

195

196 Der Lehrermangel in Deutschland ist gravierend. Immer mehr Lehrkräfte fehlen, ge-
197 rade in bestimmten Unterrichtsstufen und –fächern wird die Lücke an leeren Stellen
198 immer größer. Die Problematik verstärkt sich zudem durch immer mehr Personal,
199 das in den Ruhestand geht. Die Empfehlungen der KMK nach mehr Stunden für Leh-
200 rer, weniger Teilzeit und Klassenzusammenlegungen überzeugt uns nicht einmal
201 kurzfristig. Wir müssen hier die Weichen schnell stellen und den Lehrermangel end-
202 lich als Problem sehen, dessen Lösung keinen Aufschub mehr duldet. Die FDP Ham-
203 burg fordert

- eine Überprüfung des Bezahlungssystems der Lehrkräfte. Teilweise werden Lehrkräften pro Korrektur einer Oberstufenklausur umgerechnet gerade einmal 7 Minuten bezahlt. Hier gilt es, dass Arbeitszeitmodell der Schulen zu überprüfen und je nach Schulform zu vereinheitlichen.
- kurzfristig die Absenkung weiterer Hürden für Quereinsteiger, die mindestens ein Fach der Schulen studiert haben. Auch ihre Bezahlung soll überholt werden. Die Einstellung so genannter „Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung“, die keinerlei pädagogische oder fachliche Vorerfahrung haben, lehnen wir ab.
- eine Entlassung von Lehrern über die Sommerferien zur Kosteneinsparung unverzüglich einzustellen.
- als Übergangslösung mehr freie Arbeits- und Lernzeit, um die Zahl der ausfallenden Stunden geregelt und sinnvoll zu senken. In dieser soll eine Betreuung, gegebenenfalls für mehrere Kurse gebündelt, geschaffen werden. Ob eine solche Lernzeit im Einzelfall sinnvoll ist, kann durch die Schule entschieden werden.
- Eine Erhöhung von Stellen für Schulpsychologen und Schulpädagogen. Psychische Probleme spielen auch bei Schülern eine immer größere Rolle, welche einen erheblichen Einfluss aufs Leben haben können. Insofern ist es von großer Bedeutung Schüler auch neben der schulischen Entwicklung auch bei ihrer persönlichen und psychischen Entwicklung zu unterstützen. Aufgrund von zu wenigen Schulpsychologen und Schulpädagogen bleibt dieses Problem häufig an Lehrkräften hängen oder wird überhaupt nicht beachtet, wodurch diese Unterstützung ausbleibt. Durch eine Erhöhung der Anzahl der Stellen für Schulpsychologen und Schulpädagogen verringert sich zum einen die (psychische) Belastung von Lehrkräften, welche sich somit stärker auf das

229 Lehren konzentrieren können und zum anderen erfahren Schüler eine stär-
230 kere Unterstützung, welche enorm wichtig ist.

231 • die Entbürokratisierung des Schulalltags für Lehrer. Hierbei sollen alle Doku-
232 mentationspflichten und Abläufe im Schulbetrieb auf mögliche zeitliche Entlas-
233 tungen bei Lehrkräften überprüft werden. Überall wo datenschutzrechtlich
234 möglich, sollen digitale Hilfsmittel und auch KI den Lehrkräften zur Verfügung
235 gestellt werden.

236 • die physische und psychische Gesundheit der Lehrkräfte zu fördern. Es müs-
237 sen Maßnahmen ergriffen werden, um den Arbeitsplatz lehrerfreundlicher zu
238 gestalten, zum Beispiel durch ergonomische Ausstattung der Klassenräume
239 und die Einrichtung von Pausen- und Ruhezeiten für Lehrkräfte. Es ist not-
240 wendig, den Lehrkräften Rückzugsmöglichkeiten in Form von Ruhezeiten oder
241 Einzelarbeitsräumen zur Verfügung zu stellen. Diese Räume dienen als Ort
242 der Erholung, Konzentration und Vorbereitung des Unterrichts. Besonders bei
243 Neubauten soll darauf geachtet werden, dass genügend Ruhezeiten und Ein-
244 zelarbeitsräume für Lehrkräfte geschaffen werden.

245 • ein breiteres Fortbildungsangebot für Lehrer. Dieses soll in verschiedenen Be-
246 reichen Sicherheit für das Lehrpersonal bieten. Neben für alle Lehrer ver-
247 pflichtenden Fortbildungen zum Thema „Digitalisierung & KI“ fordern wir auch,
248 dass alle Lehrer die Möglichkeit zur Fortbildung im Bereich Prävention von
249 Mobbing im digitalen Raum in Anspruch nehmen können.

250

251 **Chaos Computer Club? Nicht an unseren Schulen!**

252

253 Die Digitalisierung an unseren Schulen ist immer noch mangelhaft. Zu oft besteht der
254 Unterricht noch aus Projektor und Kreidetafel. Zeitgemäßes Lernen braucht jedoch
255 auch die bestmögliche Ausstattung.

256 Das Aufkommen von ChatGPT in den letzten Monaten hat große Diskussionen über
257 unseren Umgang mit der KI in Schulen ausgelöst. Hier braucht es unserer Meinung
258 nach einen rationalen Umgang. Wir fordern für den Bereich der Digitalisierung und
259 für die Nutzung von künstlicher Intelligenz daher Folgendes:

260 • Jeder Klassenraum muss mit digitalen Tafeln mit Internetzugang sowie mit
261 WLAN ausgestattet werden. Dort, wo entsprechende Fortschritte nicht ge-
262 macht wurden, muss der Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Hochdruck
263 nachgeholt werden.

264 • In einer angemessenen Anzahl sollen Hausmeister für IT-Infrastruktur ge-
265 schaffen werden, die mehrere Schulen gleichzeitig betreuen und den Schulen
266 bei allen Fragen rund um Technik und den Fortschritt der Digitalisierung zur
267 Verfügung stehen.

268 • Das Thema KI und die Nutzung von ChatGPT soll ab Klasse 6 im Unterricht
269 thematisiert werden. Dabei sollen die Chancen für die Arbeitsweise, aber auch
270 Gefahren bezüglich der Nutzung von KI aufgezeigt werden.

271 • Die Nutzung von KI während schriftlicher Prüfungen soll allgemein weiter als
272 Täuschungsversuch gewertet werden, solange nichts Anderes mit der Lehr-
273 kraft besprochen wurde. Die Beweislast liegt weiterhin bei der Lehrkraft.

- 274 • Bei Hausarbeiten, Aufsätzen oder Präsentationen muss realistisch gesehen
275 werden, dass ein Verbot der Nutzung von KI zur Bearbeitung der Aufgaben-
276 stellung wenig Sinn ergibt. Daher müssen wir klare Regeln für die Nutzung
277 von KI bei Präsentationen schaffen: Es soll erlaubt sein, technische Hilfsmittel
278 zu nutzen, sofern die Befehle, die man Programmen wie ChatGPT gibt, doku-
279 mentiert werden und auf Verlangen vorgelegt werden können. Weiterhin muss
280 eine Eigenleistung erbracht werden. Ein reines Kopieren der Ergebnisse soll
281 wie bei der Nutzung des Internets als ungenügend gelten.
- 282 • Bei Abschlussprüfungen zur mittleren Reife sowie zum Abitur soll bereits bis
283 zu einer einheitlichen Angleichung auf fünf Prüfungen der Prüfungsumfang um
284 eine schriftliche Prüfung reduziert und um eine mündliche Prüfung erweitert
285 werden. Beim Abitur soll in Zukunft eine mündliche Prüfung im Format der
286 „klassischen Prüfung“ und eine Prüfung als „Präsentationsleistung“ abgelegt
287 werden. Beim Format der so genannten „PL“ sollen die Präsentation zu 30%
288 und das anschließende Fachgespräch zu 70% in die Wertung der Prüfung ein-
289 fließen. Damit wird die Gefahr der unzulässigen Nutzung der KI in Bezug auf
290 den Einfluss auf die Note verringert.
- 291 • Bund und Länder sollen zusammen mit Experten ein didaktisches und pädä-
292 gogisches Konzept zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz innerhalb des Un-
293 terrichts und des Schulbetriebs entwickeln.

294

295 **Am Thema vorbei? Lehren wir, was wirklich zählt!**

296

297 Viele Schüler haben den Eindruck, dass der Unterricht sie zu wenig auf das richtige
298 Leben vorbereitet. Ein einfacher Ruf nach immer mehr Fächern löst dieses Problem
299 allerdings nicht. Wir fordern daher:

- 300 • eine Grundüberprüfung aller Lehrpläne und Curricula bis in die Oberstufe. Da-
301 bei soll eine Sichtung der Inhalte stattfinden und evaluiert werden, inwiefern
302 einzelne Lerninhalte irrelevant geworden sind oder überholt werden müssen.
303 Es soll dabei der Fokus auf der Sinnhaftigkeit der Lerninhalte für das Leben
304 nach der Schule liegen.
305 Besonderer Fokus soll dabei auf dem Erlernen von Methodenvielfalt liegen,
306 vor allem in Bezug auf Quellenarbeit und -überprüfung, Arbeiten auf bewerten-
307 der Ebene und Informationssammlung statt stumpfen Auswendiglernens.
- 308 • den Wegfall des Religionsunterrichts an staatlichen Schulen. Dieser soll durch
309 ein Fach ersetzt werden, welches die verschiedenen Religionen und ihre
310 Glaubensinhalte neutral erläutert, aber auch die Themen Ethik und Philoso-
311 phie abdecken.
312 An konfessionsgebundenen Schulen soll der Religionsunterricht weiterhin er-
313 teilt werden können, die Abschlussprüfungen wie das Abitur werden bzw. blei-
314 ben dezentral.
- 315 • dass jeder Schüler im Laufe seiner Schullaufbahn das Erstellen einer Steuer-
316 erklärung, den Umgang mit Steuern, Versicherungen, Verträgen sowie dem
317 Thema Investieren am freien Markt lernt. Dies soll in den PGW-Unterricht inte-
318 griert werden.
- 319 • Der Sexualkundeunterricht an Hamburgs Schulen soll reformiert werden.
320 Dazu sollen Lehr- und Rahmenpläne von Bund und Ländern nach einer zeit-

321 gemäßen Überarbeitung neu strukturiert und zusammengefasst werden. Hier-
322 bei soll der Umfang sowie die Thematiken genau definiert werden. Themen
323 wie die sexuelle Identität und Vielfalt wie auch sexuelle Selbstbestimmung soll
324 fester Bestandteil der Unterrichtseinheiten werden, Lehrer sollen zu entspre-
325 chenden Themen Fortbildungen angeboten bekommen.

326 • dass die Fächer Kunst, Theater und Musik ab Klasse 10 abgewählt werden
327 können. Eine Pflicht, entsprechende Noten ins Abitur einfließen zu lassen, leh-
328 nen wir ab.

329 • fordern ein Verbot der Methode „Schreiben nach Gehör“ in allen Schulformen.
330 Diese ist für das Erlernen der Rechtschreibung kontraproduktiv und – auch in
331 der Grundschule – daher nicht anzuwenden.

332 • Schüler sollen bereits vor der Oberstufe mit dem Prinzip der Transferaufgaben
333 in Prüfungen vertraut gemacht werden. Dabei sollen auch Methoden zur Lö-
334 sung dieser Aufgaben geübt werden.

335

336 **Setzen, sechs!? Für ein ausgewogenes Notensystem**

337

338 Die FDP Hamburg

339 • lehnt die Abschaffung von Noten ab. Diese sind eine gute Möglichkeit, Leis-
340 tungen zu bewerten und einem Zeugnis mit Textbausteinen vorzuziehen. Spä-
341 testens ab dem letzten Zeugnis der Klasse 4 befürworten wir daher eine Leis-
342 tungsbemessung mit Noten. Förderschulen sollen auf Antrag nach Prüfung
343 von dieser Pflicht ausgenommen werden.

344 • setzt sich für die Förderung von fachdidaktischem und fachwissenschaftlichem
345 Wissen bei Lehrkräften in Bezug auf die Notengebung ein. Dieses soll – ne-
346 ben vermehrter Aufklärung über Urteilsfehler, die die Genauigkeit von Noten-
347 gebung einschränken – für eine fairere Beurteilung von Leistungen führen.

348 • fordert mehr Sensibilisierung bei der Benotung von künstlerischen Fächern
349 sowie im Fach Sport. Auf der einen Seite sind für viele Schüler die guten No-
350 ten in entsprechenden Fächern eine große Motivation, dennoch sollen auch
351 Schüler, die weniger sportlich oder künstlerisch begabt sind, eine Möglichkeit
352 auf gute Noten haben. Wir fordern daher eine Überarbeitung der Notengebung
353 in den künstlerischen Fächern. Hier soll verstärkt der Lernfortschritt, aber auch
354 beispielsweise schriftliche Beiträge benotet werden.

355 Im Fach Sport sehen bereits bestehende Erwartungshorizonte die Einbezie-
356 hung von Lernfortschritten sowie eine mündliche Note vor, welche sich aus
357 der Beteiligung im Unterrichtsgespräch wie auch aus dem Verhalten während
358 der Stunden zusammensetzt. Über diese Erwartungshorizonte sollen sowohl
359 Schüler als auch Lehrer verstärkt aufgeklärt werden.

360 Der Sportunterricht soll zukünftig kursbasiert stattfinden.

361 • fordert die Einführung einer für alle Schulformen geltenden Notenvergabe ab
362 Klasse 7 ein, welche sich nach folgenden Prozentsätze zusammensetzt:

Note	Punktzahl	Erreichte Punktzahl in %
1+	15	100 - 95
1	14	94 - 90
1-	13	89 - 85
2+	12	84 - 80
2	11	79 - 75
2-	10	74 - 70
3+	9	69 - 65
3	8	64 - 60
3-	7	59 - 55
4+	6	54 - 50
4	5	49 - 45
4-	4	44 - 40
5+	3	39 - 33
5	2	32 - 27
5-	1	26 - 20
6	0	19 - 0

363

364

365

366 **Begründung:**

367

368 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/09

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

#FICKENABERSAFE: Sexuell aufgeklärt und ohne Geschlechtskrankheiten in die Zukunft!

Der Landesparteitag möge beschließen:

KOSTENLOSE KONDOME FÜR JUNGE MENSCHEN UNTER 26

Sexuell übertragbare Krankheiten sind seit langem auf dem Vormarsch. Viele Menschen denken, dass sexuell übertragbare Infektionen heute gar nicht mehr vorkommen. Doch das ist ein Irrtum. Auch in Deutschland kommen STI (sexually transmitted infections) immer häufiger vor. So hat sich hierzulande etwa die Zahl der Syphilis-Fälle in den Jahren von 2009 bis 2019 verdoppelt und seit 2001 sogar vervierfacht. Dabei sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen – Jugendliche und junge Erwachsene.

Seit 2019 erstatten Krankenkassen Präexpositionsprophylaxe (kurz PrEP). Die Wirksamkeit des Medikaments in der Verhinderung von HIV-Infektionen ist zwar hoch, wenn es korrekt eingenommen wird, leider schützt PrEP aber nicht vor anderen STIs wie Syphilis oder Gonorrhoe. Dies kann zu einem Anstieg der Infektionen dieser Krankheiten führen, da viele glauben, andere sexuelle Krankheiten seien nicht so gefährlich und somit auf ein Kondom beim Sex verzichtet wird.

Kondome aber schützen effektiv vor der Verbreitung aller sexuell übertragbarer Krankheiten, die gravierende gesundheitliche Folgen haben können. Im Nachbarland Frankreich gilt hierzu seit dem 1. Januar 2023 eine entsprechende Regelung zur kostenlosen Abgabe von Kondomen an junge Menschen, um die Ausbreitung sexuell übertragbarer Erkrankungen zu stoppen.

41 Wir als FDP Hamburg fordern daher die kostenlose Bereitstellung von Kondomen für
42 junge Menschen unter 26 Jahren in Arztpraxen und Apotheken. Die Bundesregierung
43 sollte hierzu möglichst schnell die geplanten, rechtlichen Rahmenbedingungen vor-
44 antreiben, die eine Erstattung von Kondomen, mindestens aber für unter 26-Jährige
45 durch die Krankenkassen ermöglicht. Diese Regelung würde jungen Menschen un-
46 nötiges Leid ersparen und Gesundheitskosten des Staates senken.

47

48 **EINE SEXUELL NICHT AUFGEKLÄRTE GESELLSCHAFT | WIE DAS SCHUL-** 49 **SYSTEM VERSAGT...**

50

51 Die sexuelle Aufklärung an unseren Schulen ist schon lange nicht mehr ausreichend,
52 wenn sie es denn überhaupt jemals war. Sexualkunde ist mehr als Biologie und Ver-
53 hütung. Noch immer vermittelt der Schulunterricht zum Teil den Mythos, dass Sex le-
54 diglich zur Fortpflanzung praktiziert wird, was inzwischen übereinstimmend nicht der
55 Praxis entspricht. Vielmehr geht es dabei um zwischenmenschliche Beziehungen
56 und die Empfindung von Lust, was daher auch vermittelt werden sollte.

57

58 Wir Freien Demokraten sehen eine sexuell aufgeklärte Gesellschaft als unabding-
59 bare Voraussetzung für die Zukunft und fordern daher eine bessere und vor allem
60 zeitgemäße sexuelle Aufklärung in regelmäßigen Abständen von der Grundschule
61 an, welche sich nicht nur mit dem biologischen und wissenschaftlichen Teil, wie Kin-
62 der entstehen, beschäftigt, sondern vor allem aktuelle Themen, Probleme und Be-
63 dürfnisse aus dem Alltag junger Menschen aller Altersgruppen behandelt sowie eine
64 Sensibilisierung für das Thema der sexuellen Vielfalt verankert.

65 **Insbesondere fordern wir hierzu eine intensivere Auseinandersetzung und Auf-** 66 **klärung in Bezug auf folgende Themen:**

- 67 • Entstigmatisierung und Enttabuisierung von Sexualität und sexueller Selbstbe-
68 stimmung sowie Vermittlung dessen Stellenwert in unserer Gesellschaft.
- 69 • Frühe Aufklärung über Veränderungen im Rahmen der Pubertät und das Er-
70 forschen des eigenen Körpers bzw. der eigenen sexuellen Erregung sowie die
71 Normalität von Selbstbefriedigung.
- 72 • Es soll rechtzeitig, fachlich korrekt und inklusiv über Pubertät und Menstrua-
73 tion informiert werden. Wir wollen, dass alle Schüler:innen befreit von Scham
74 und Fehlinformationen, möglichst viel über ihre Körper lernen können. Menst-
75 ruation bleibt oft ein Geheimnis, besetzt mit Berührungsängsten, wegen denen
76 Kinder und Jugendliche nicht offen und frei darüber lernen können. Dabei soll
77 dies mittels altersgerechter Information erklärt werden.
- 78 • Vermittlung und Förderung eines gesunden Körperbilds sowie Entgegenwir-
79 ken gegen das zunehmende Bodyshaming durch die Vermittlung des Grund-
80 satzes, dass jeder Körper unterschiedlich ist.
- 81 • Förderung von Medienkompetenz und Vermittlung der Gefahren sowie ver-
82 drehten Realitätsdarstellung im Internet, insbesondere durch die Darstellun-
83 gen in der Pornografieindustrie.
- 84 • Unterschiedliche Methoden zur Verhütung vor Schwangerschaften und Mög-
85 lichkeiten im Falle einer ungewollten Schwangerschaft.

- 86 • Möglichkeiten zum Schutz vor sexuell übertragbaren Infektionen und Krank-
87 heiten in Bezug auf jegliche Formen der Sexualität (z.B. Oral- und Analver-
88 kehr) sowie dessen Dringlichkeit und Bedeutung.
- 89 • Aufklärung über die richtige Körperhygiene, insbesondere im Intimbereich.
- 90 • Sensibilisierung für LGBTQIA+ und Unterstützung bei der Findung der eige-
91 gen sexuellen Orientierung sowie Unterschiede und Besonderheiten in Bezug
92 auf gleichgeschlechtlichen Sex.
- 93 • Sensibilisierung für Grenzüberschreitungen im Bereich von sexueller Gewalt,
94 sexueller Belästigung und sexueller Übergriffigkeit, vor allem auch bei Kindern
95 und Jugendlichen, insbesondere durch die Vermittlung des Grundsatzes “Nein
96 heißt Nein!” und das Aufzeigen der Rechte und Hilfemöglichkeiten für Be-
97 troffene.
- 98 • Die Rolle des Umfelds. Insbesondere Eltern könnten in Bezug auf Sexualität
99 aufgrund von konservativen Wertevorstellungen oder religiösen Überzeugun-
100 gen Hemmnisse haben, über das Thema zu sprechen.
- 101 • Förderung der offenen Kommunikation und Sensibilisierung für mögliche
102 Schwierigkeiten und Probleme bei der Intimität und Sexualität sowie den Um-
103 gang mit möglichen Ängsten und Selbstzweifeln.

104 Außerdem fordern wir die spezifische Schulung, bzw. Ausbildung der verantwortli-
105 chen Lehrkräfte, um einen qualitativ hochwertigen Aufklärungsunterricht zu ermöglich
106 sowie den verstärkten Einsatz von geeigneten externen Experten, wie z.B. Sexual-
107 medizinern, Sexualpädagogen oder spezialisierten Institutionen, wie z.B. ProFamilia,
108 Aids-Hilfe, etc...

109

110 **KOSTENÜBERNAHME FÜR STI-TESTS | BRENNT WEDER IM SCHRITT NOCH** 111 **IM GELDBEUTEL!**

112

113 Bislang werden die Kosten für Tests für sexuell übertragbare Infektionen wie bei-
114 spielsweise HIV, Hepatitis, Syphilis oder Chlamydien nur dann von den Krankenkas-
115 sen übernommen, wenn bei einem selbst oder bei einem Sexualpartner oder einer
116 Sexualpartnerin Anzeichen für eine Erkrankung vorliegen. Viele dieser Erkrankungen
117 können jedoch auch symptomlos ablaufen, sodass die Krankheit unentdeckt bleibt
118 und die Gefahr einer weiteren Ansteckung besteht.

119

120 Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) macht immer wieder auf
121 die Gefahren von sexuell übertragbaren Krankheiten aufmerksam und fordert dazu
122 auf, sich regelmäßig testen zu lassen. Bei einer eigenen Veranlassung dieser Tests
123 ohne Anzeichen einer Erkrankung müssen die Kosten in Höhe von teilweise mehr-
124 deren hundert Euro selbst übernommen werden, sodass viele Menschen diese gar
125 nicht erst in Anspruch nehmen.

126

127 Um die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten zukünftig verringern zu können, for-
128 dern wir daher eine von Geschlecht und Alter unabhängige sowie nicht von Anzei-
129 chen einer Erkrankung abhängigen Kostenübernahme für bis zu zweimal jährlichen
130 Vorsorgeuntersuchungen für sexuell übertragbare Infektionen und Krankheiten.

131

132

- 133 **Begründung:**
- 134
- 135 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/10

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

„Veraltete Regeln im Bestattungsrecht unter die Erde bringen“

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Bestattungsrecht in Deutschland ist Ländersache. Viele Länder scheuen sich jedoch, ihre Aufgabe als Gesetzgeber regelmäßig wahrzunehmen und zeitgemäße Regelungen für die Bestattungen und Friedhöfe zu finden. So galt beispielsweise die entsprechende Reichsverordnung aus der Zeit des Nationalsozialismus in Niedersachsen noch bis 2005. Das Bestattungsrecht betrifft einen hochpersönlichen Lebensbereich aller Menschen. Wir setzen uns daher für moderne Überarbeitungen des Bestattungsrechts ein. Die Freien Demokraten Hamburg

- setzen sich für ein liberales Bestattungsrecht ein, das gleichzeitig die Pietät gegenüber den Verstorbenen wahrt und den Hinterbliebenen einen würdigen Abschied der Angehörigen ermöglicht.
- fordern die Abschaffung des Friedhofszwangs für Urnenbestattungen. Dieser ist nicht mehr zeitgemäß. Die Bestattungspflicht dient zur Abwehr von Gefahren, welche von Urnen nicht ausgehen. Der Gesetzgeber muss bei Streitigkeiten innerhalb der Familie für Rechtssicherheiten sorgen. Daher sollte die Entfernung der Urne aus dem öffentlichen Raum nur erfolgen, wenn dies im Testament so bestimmt wurde.
- wollen gleichzeitig auch private Träger neben Kommunen und kirchlichen Betreibern zulassen. Die entsprechenden Anforderungen an Friedhöfe aus den §15 bis §19 des Gesetzes über Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen bleiben bestehen.

- 38 • befürworten eine Liberalisierung der Bestattungsformen. Nach dem Vorbild
39 der Hansestadt Bremen sollen Ausstreuerungen von Asche auf Privatgrundstü-
40 cken erlaubt werden. Ebenfalls sollen Beerdigungen, als natürliche Form der
41 Bestattung, Kolumbarien, also oberirdische Urnenbestattungen, und Seebe-
42 stattungen in allen Bundesländern erlaubt werden. Ebenfalls sollen Diamant-
43 bestattungen ermöglicht werden. Auch alternative Bestattungsformen wie Ra-
44 ketenbestattung, Vinyl, Gemälde aus der Asche sollen erlaubt werden.
- 45 • fordern als Konsequenz, die Unteilbarkeit der Asche abzuschaffen. Der Ver-
46 storbene soll vorher einer möglichen Teilung seiner Asche widersprechen kön-
47 nen.
- 48 • sprechen sich für die Abschaffung aller Beschränkungen von Grabgestaltun-
49 gen und -beschriftungen und für eine Abschaffung der Sargpflicht aus. Die
50 Grabgestaltungen dürfen bei öffentlich-rechtlichen Friedhöfen jedoch nicht
51 grob verunstaltend sein. Bei privatrechtlichen Friedhöfen kann eine Begren-
52 zung z.B. über die AGBs erfolgen. Bei diesen Maßnahmen muss der Umwelt-
53 schutz, insbesondere die Boden- und Luftreinheit, beachtet werden.
- 54 • setzen sich für eine Harmonisierung der Beisetzungsfristen ein. Hierbei halten
55 wir eine Frist von vier Wochen für angemessen. Es ist nicht ersichtlich, wieso
56 die verschiedenen Bundesländer hier teilweise so signifikant große Unter-
57 schiede in ihren Bestattungsrechten festgelegt haben.
- 58 • sehen es daher auch als sinnvoll an, die Gesetzgebung bei Bestattungen in
59 einem zweiten Schritt in Bundesrecht zu überführen. Regionale Unterschiede
60 sollen in entsprechenden Landesverordnungen berücksichtigt werden können,
61 eine föderale Struktur beim Bestattungsrecht jedoch halten wir weder inhaltlich
62 noch strukturell für sinnvoll.

63 Das Bestattungsrecht beinhaltet auch Regularien für die Bestattungsbranche. Diese
64 fiel in der Vergangenheit immer wieder durch ihre intransparente Arbeitsweise und
65 teilweise Skandale auf. Ein Grund hierfür ist, dass sich jeder ohne Qualifikation als
66 „Bestatter“ bezeichnen darf.

67 Die Freien Demokraten Hamburg fordern daher, dass die Inhaber eines Bestattungs-
68 unternehmens die Ausbildung zur Bestattungsfachkraft erfolgreich abgeschlossen
69 haben muss. Hierbei soll die seelische Begleitung von Angehörigen verstärkt in den
70 Blick genommen werden.

71 Auch im EU-Recht können entsprechende Qualitätsstandards festgehalten werden.
72 Ausnahmen von der Ausbildungspflicht sollen nur durch entsprechende Qualitätskon-
73 trollen nach dem Vorbild des Landes Mecklenburg-Vorpommerns möglich sein. Für
74 bestehende Unternehmen ist eine nachträgliche Qualitätsschulung auf ihre Durch-
75 führbarkeit zu prüfen. Einen speziellen Meisterzwang für die Branche der Bestatter
76 lehnen wir ab.

77

78

79 **Begründung:**

80

81 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/11

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Bildung und Wissenschaft auch bei knapper Kasse: Hochschulstandort Hamburg konsequent ausbauen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Gut ausgestattete Universitäten sind einer der wichtigen Schlüssel für den Erfolg einer Industrienation wie Deutschland. Durch die Ausbildung der Fachkräfte von morgen sind sie Grundstein bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels und Teil der langfristigen Sicherstellung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Darüber hinaus ist Klimaschutz durch technologischen Fortschritt ohne die Innovationskraft unserer Universitäten kaum denkbar. In unserer Hansestadt, die sich immerhin der Klimaneutralität bis 2045 verschrieben hat, führt dabei kein Weg an der Technischen Universität Hamburg vorbei. Nicht umsonst lautet deren Leitspruch seit einigen Jahren: „Engineering to Face Climate Change“.

Bereits seit 2018 besteht der Plan, die Technische Universität Hamburg zur führenden Technischen Universität Norddeutschlands zu machen und sie langfristig zu den „TU9“, den größten Technischen Universitäten Deutschlands, aufzuschließen zu lassen. Die erste Wachstumsphase wurde Ende 2021 evaluiert, ein entsprechender Bericht liegt seit Februar 2022 vor. In diesem empfiehlt die Evaluierungskommission uneingeschränkt die Fortführung des Wachstumsprozesses und mahnt insbesondere, das damals vorhandene Momentum zu nutzen und nahtlos in die zweite Wachstumsphase überzugehen.

Der momentane Eierkurs des rot grünen Senats ist unter all diesen Gesichtspunkten vollkommen unverständlich. Über die Finanzierung wird sich konsequent ausge-

40 schwiegen. Die Hamburger Hochschullandschaft wird hier mal wieder durch die Un-
41 tätigkeit und mangelnde Bereitschaft des Senats zu umfassenden Bildungsinvestitio-
42 nen, zurückgeworfen.

43

44 Wir als FDP Hamburg finden, dass es auch und gerade in Zeiten knapper Kassen ein
45 klares Bekenntnis zum Bildungs- und Wissenschaftsstandort Hamburg braucht und
46 fordern daher:

47 • die zweite Wachstumsphase der TUHH weiterhin unbedingt stattfinden zu las-
48 sen.

49 • die Abstimmungsgespräche mit der TUHH zur zweiten Wachstumsphase er-
50 heblich zu beschleunigen und baldmöglichst erste Umsetzungsschritte zu
51 Konkretisieren.

52 • die Finanzierung der zweiten Wachstumsphase für den gesamten Zeitraum in
53 geplanter Höhe sicherzustellen.

54 Wir bekräftigen darüber hinaus unsere seit 2015 bestehende Forderung, die struktu-
55 relle Unterfinanzierung der Hamburger Universitäten aufgrund von allgemeiner Infla-
56 tion und steigender Lohnkosten durch eine langfristige Erhöhung der Regelfinanzie-
57 rung zu beseitigen.

58

59

60 **Begründung:**

61

62 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/12

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Das Zuhause nicht zur Falle werden lassen – Häusliche Gewalt wirksam bekämpfen!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das Thema häusliche Gewalt ist in Deutschland gleichbleibend aktuell. Fast alle zwei Minuten wird in Deutschland ein Mensch Opfer von häuslicher Gewalt, die Tendenz der Zahlen steigt. Die Opfer sind überwiegend Frauen, in Familienkonstellationen sind jedoch Kinder am häufigsten betroffen.

Die FDP Hamburg sieht es als Aufgabe der Politik, diesem Trend entgegenzuwirken. Wir wollen dabei auf bessere Angebote für Betroffene und besonders schützenswerte Gruppen setzen; diese müssen zielgerichtet und niedrigschwellig sein. Gleichzeitig soll es auch um Prävention und Sensibilisierung gehen. Wir sehen die Lösung in breit aufgestellten Konzepten.

Frauenhäuser sind entscheidende Zufluchtsorte für die Opfer von häuslicher Gewalt. Dennoch gibt es in ganz Hamburg nur sechs Frauenhäuser mit insgesamt 244 Plätzen. Im Jahr 2022 waren diese im Schnitt zu 95% ausgelastet. Gleichzeitig kehren viele Frauen nach dem Aufsuchen der Einrichtungen in die prekären Lebenssituationen zurück, im Schnitt bis zu sieben Mal. Diese Zahlen sind alarmierend! Die Freien Demokraten Hamburg fordern daher

- eine Ausweitung der Anlaufstellen und Kapazitäten für Frauenhäuser in Hamburg. Besonders ist dabei darauf Rücksicht zu nehmen, dass viele Frauen mit Kindern in die Einrichtungen kommen. Hierbei sollen auch möglichst Investitionen des Bundes abgerufen werden. Neben der Koordination zwischen Einrichtungen sollen auch in das landesweite Netz die Justiz, externe Beratungsstellen, Ämtern und den zuständigen Stellen in der Politik eingebunden werden.

- 40 Wie im Raum Stuttgart soll auch ein Krisennotfallteam für Soforthilfen bereit-
41 stehen.
- 42 • langfristig einen Ausbau zu einem Interventionszentrum nach dem Beispiel
43 Landau. Hierbei soll es auch eine Erstberatungsstelle geben, die eine Erstein-
44 schätzung zur Lage und nötigen Maßnahmen abgeben kann.
 - 45 • eine bundesweite Koordinierung aller Bundesländer und der Entwicklung einer
46 Strategie für die Aufstockung von Angeboten und eine – falls nötig – länder-
47 übergreifende Verteilung von Schutzsuchenden. Diese soll sowohl bei zu ho-
48 cher Auslastung als auch dann greifen, wenn eine Frau möglichst viel Abstand
49 zu ihrem Wohnsitz erlangen will.
 - 50 • eine regelmäßige Dunkelzifferstudie in Deutschland zu häuslicher Gewalt.
51 Dass nach 20 Jahren zum ersten Mal wieder eine solche Studie erhoben wer-
52 den soll, begrüßen wir. In Zukunft darf ein solches Dunkelfeld allerdings nicht
53 erneut entstehen; daher muss alle fünf Jahre eine neue Erhebung erstellt wer-
54 den.
 - 55 • ein Update des Konzepts des Frauenhauses. Der Aufenthalt soll dabei in drei
56 Phasen unterteilt werden.
 - 57 ○ In einer ersten Auffangphase sollen die Betroffenen wie bisher psycholo-
58 gisch betreut werden. Mit Sozialarbeitern, Psychologen und ggf. an-
59 deren Betroffenen soll eine bestmögliche Betreuung in der ersten Zeit
60 sichergestellt werden. Die besonderen Bedürfnisse der Betroffenen,
61 wie beispielsweise vorhandene Kinder, müssen eng berücksichtigt wer-
62 den. Es soll den Opfern häuslicher Gewalt dabei eine größtmögliche
63 Betreuung vor Ort in der Einrichtung zukommen.
 - 64 ○ In der zweiten Stabilisierungsphase soll der Übergang in eine eigene
65 Wohneinheit wieder ermöglicht werden. Das Eintreten in die zweite
66 Phase erfolgt nach Rücksprache der Betroffenen mit den Experten. Es
67 soll dabei freigestellt werden, ob eine Wohnung oder WG bevorzugt ge-
68 sucht wird. Auch wenn der Fokus weiterhin auf psychologischer Unter-
69 stützung liegt, soll auch bei der Vermittlung von Jobs und Ausbildungs-
70 plätzen unterstützt werden, um die Betroffenen langsam, aber sicher
71 von Abhängigkeiten zu befreien und in einen geregelten Alltag zurück-
72 zuführen. Zu diesem Punkt beitragen sollen im selben Schritt stufen-
73 weise ansteigende Mieten. Die Wohnungen sollen speziell ausgewählt
74 und mit einem Schutzkonzept versehen werden. Sie sind – genau wie
75 die Adressen der Frauenhäuser – geheim zu halten, entsprechende
76 Partner in Bezug auf die Wohnungsgeber müssen sorgsam gesucht
77 und ausgewählt werden.
 - 78 ○ In der dritten Phase, der Entlassungsphase, kehren die Frauen immer
79 mehr zu einem selbstbestimmten Leben außerhalb der Einrichtung zu-
80 rück. Die Schutzmaßnahmen können – Schritt für Schritt und an den
81 Fortschritt der Betroffenen angepasst – aufgehoben werden. Die
82 Psychologen und die Sozialarbeiter der Einrichtung bieten weiterhin
83 ihre Hilfe an, Hausbesuche sollen auch weiterhin durchgeführt werden.
84 Die Abstände dieser sollen bedarfsgerecht größer werden und mit ei-
85 nem letzten Beratungsgespräch auslaufen.

- 86 • die Aufstockung des Angebotes an Einrichtungen für Männer, sowohl bei Be-
87 ratungsstellen als auch bei Männerhäusern. Für diese oft unterschätzte Proble-
88 matik sollen außerdem weitere Sensibilisierungsangebote geschaffen werden.
- 89 • die Evaluation des Bedarfes für weitere Gruppen, Einrichtungen zur Verfü-
90 gung zu stellen. Hierzu zählen beispielsweise Personen aus der LGBTQ-Com-
91 munity.
- 92 • die Wohnungen und Wohngemeinschaften, die für Betroffene zur Verfügung
93 gestellt werden, müssen ausgebaut werden. Zukünftig soll jedes Bundesland
94 pro 5000 Einwohner einen solchen Platz zur Verfügung stellen. Ist dies bis
95 2026 nicht geschehen, soll jedes Land dazu verpflichtet werden ein Sofortpro-
96 gramm zur Aufstockung der family spaces vorzulegen.
- 97 • dass die psychologische Täterarbeit gestärkt wird. Nicht nur die Beratungsan-
98 gebote generell müssen für Täter gestärkt, sondern auch entsprechende Prä-
99 vention ausgebaut werden.
- 100 • Verschärfungen von entsprechende Rechtsakten zum Schutz von Opfern. Zu-
101 künftig soll spätestens dann jeder Täter, der aufgrund der Gewalttätigkeit ei-
102 nen Platzverweis der Polizei aus seiner Wohnung bekommt, verpflichtend an
103 einem Programm zur Aggressionskontrolle teilnehmen müssen.

104

105

106 **Begründung:**

107

108 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/13

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Echte ÖPNV-Reform für eine liberale Mobilitätswende

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir Freien Demokraten Hamburg wollen für alle Bürgerinnen und Bürger die tatsächlich freie Wahl des Verkehrsmittels. Momentan ist der ÖPNV nach vielen Jahre rot-grüner „Mobilitätswende“-Regierung häufig keine echte Wahl. Unzureichendes Qualitätsmanagement, ausfallende und verspätete Bahnen und Busse, schlechte Kommunikation zu den Fahrgästen, Sicherheitsempfinden und nicht zuletzt auch das Fehlen vieler wichtiger Verbindungen. Es ist an der Zeit für eine echte Reform des Hamburger ÖPNV mit frischen Ideen und Mut, alte Glaubenssätze über Bord zu werfen.

Anbindung

Busse sind häufig die einzige Möglichkeit für Querverbindungen zwischen den Außenbezirken. Die Aussicht, teilweise 20 Minuten und mehr auf einen Bus warten zu müssen, ist ein Hemmnis beim Umstieg auf den ÖPNV. Es muss sichergestellt werden, dass im Berufsverkehr bei jedem Bus genug Kapazitäten zur Verfügung stehen. Auf besonders belasteten Strecken sollte im Berufsverkehr der Takt erhöht oder Gelenkbusse eingesetzt werden. Querverbindungen sind zu sämtlichen Zeiten die Schwachstellen der ÖPNV-Abdeckung. Um schnell Abhilfe zu schaffen, befürworten wir den Einsatz von Express-Bussen zwischen den verschiedenen Bahn-Haltestellen außerhalb des Ring 2. Eine weitere Beschleunigung gelingt zum Beispiel mit dem Einsatz von intelligenten Ampeln mit Prioritätsschaltung. Langfristig muss jedoch das Ziel sein, die Querverbindungen mit Schienenverkehr auszubauen.

Für viele Schülerinnen und Schüler ist der ÖPNV oder die Kombination von ÖPNV und Fahrrad das Mittel der Wahl, um den täglichen Schulweg zu bestreiten. Das ist auch zu begrüßen, da „Elterntaxis“ nicht nur umweltschädlich, sondern durch ihre

41 zeitliche und örtliche Konzentration vor allem auch gefährlich für die meist jungen
42 und verkehrsunerfahrenen Schulkinder. Gerade in den Außenstadtteilen ist die Bus-
43 abdeckung jedoch häufig leider kaum ausreichend. Wir setzen uns deshalb dafür ein,
44 dass in Gebieten mit schlechter Linienabdeckung zu typischen Schulbeginn und -
45 endzeiten Sonderbusse eingesetzt werden.

46
47 Metropolregion besser verknüpfen!

48
49 Nicht nur innerhalb Hamburgs muss die Vernetzung verbessert werden. Hamburg
50 lebt vom Umland. Ohne die Menschen, wie Krankenpfleger und Polizisten, die täglich
51 pendeln, geht es nicht. Daher ist es für die FDP Hamburg besonders wichtig, den
52 Pendlerinnen und Pendlern eine echte Alternative zum Auto zu bieten. Gerade im
53 Süden Hamburgs fehlt eine U-/S-Bahn-Anbindung. Daher fordern wir folgende Maß-
54 nahmen mit der entsprechenden Infrastruktur:

- 55 - Verlängerung der U4 nach Harburg
- 56 - S-Bahn nach Winsen, langfristig nach Lüneburg
- 57 - S-Bahn nach Tostedt
- 58 - Verlängerung der S-Bahn bis Schwarzenbek
- 59 - Express-S-Bahnen der Linie S21 zur Verbesserung der Anbindung von Berge-
60 dorf. Diese sollen in einem Takt von 30 Minuten verkehren und nicht an den
61 Stationen „Mittlerer Landweg“, „Billwerder Moorfleet“, „Tiefstack“ und „Rothen-
62 burgsort“ halten.

63 Zudem fordern wir eine Machbarkeitsstudie bezüglich eines Regionalbahnhofs Stern-
64 schanze. Diese soll potentielle Nutzerzahlen der nächsten Jahre berücksichtigen.
65 Konzeptionell ist hier ein Halt der RB-Linie angedacht sowie einige HZV-Verstärker,
66 jedoch nicht notwendigerweise der RE-Linien.

67
68 Zusätzlich zu diesen Maßnahmen fordern wir nach der Generalsanierung der Strecke
69 Hamburg-Berlin eine direkte Regionalzugverbindung von Hamburg nach Berlin!

70 **Straßenbahn**

71
72 Wir als FDP Hamburg setzen uns für die schrittweise Einführung einer Straßenbahn
73 ein. Dabei ist zuerst auf ein Außerhalbnetz zur Querverbindung der Außenbezirke zu
74 setzen, danach soll nach und nach auf ein hamburgisches Gesamtnetz hingearbeitet
75 werden. Straßenbahnen sind im Vergleich zu Bussen schneller und mit mehr Kapazi-
76 tät ausgestattet. Gleichzeitig sind sie langfristig erheblich günstiger als U- oder S-
77 Bahnen und können so deutlich schneller Mobilitätsbedarfe befriedigen und den
78 ÖPNV zu einer vollumfänglichen Mobilitätsalternative zum motorisierten Individual-
79 verkehr machen. Dabei ist die Straßenbahn kein Ersatz für die notwendigen neuen
80 Schnellbahnlinien, sondern das notwendige leistungsfähige Bindungsglied zur Real-
81 sierung eines echten Gesamtnetzes.

82 **Sicherheit und Wohlbefinden**

83
84 Zu einer komfortablen Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln gehört auch ein angeneh-
85 mes Raumklima. „Manchmal geht eine Heizung kaputt, manchmal funktioniert sie
86 nicht ganz richtig.“ heißt es auf einer Informationsseite der Hochbahn zu diesem
87 Thema. Das ist nicht unser Anspruch. Wir setzen uns für eine in Bussen flächende-

88 ckende in Zügen wo möglich energiesparende Lösung auf Basis einer zu erreichen-
89 den Differenztemperatur gegenüber der Außenwelt ein. Dafür ist es selbstverständ-
90 lich notwendig, dass sämtliche Klimaanlage zu jeder Zeit in Stand gehalten und re-
91 gelmäßig gewartet werden.

92
93 Bahnstationen mit permanenten Baustellen und hohen, dunklen Decken laden nicht
94 zum Wohlfühlen ein. Damit die Bahnfahrt von vielen Menschen als gerne genutzte
95 Alternative wahrgenommen werden kann, muss sich das ändern. Wir fordern für zu-
96 künftige Stationen und Sanierungen offene Architektur mit helleren und wärmeren
97 Farben. Darüber hinaus muss der Kreislauf der Verschmutzung (Broken Windows
98 Prinzip) aufgehalten werden, der die Wertschätzung für unsere Bahninfrastruktur
99 deutlich verringert. Wir schlagen dafür vor, mit einzelnen Modellbahnhöfen zu star-
100 ten, in denen rigoros Verschmutzungen gereinigt und Beschädigungen repariert wer-
101 den. Auf Basis dieser Erfahrungen sollen die Erfolgchancen dieser Methode evalu-
102 iert werden. Wir fordern, dass Verschmutzungen und Vandalismus rigoros bereinigt
103 werden. Außerdem sollen Beschädigungen repariert werden und die dafür Verant-
104 wortlichen stärker verfolgt und zur Kasse gebeten werden. Personen, die eine Sach-
105 beschädigung oder einen anderen Akt des Vandalismus melden, sollen in einer an-
106 gemessenen Weise entlohnt werden.

107
108 Vielen Fahrgästen ist der Umgang mit Notfallknopf an Bahnhöfen und dem Anzeigen
109 von Übergriffen in Bussen und Bahnen unbekannt. Wir fordern ein Aufklärungskon-
110 zept, mit dem über die Verwendung des Notfallknopfes am Bahnsteig und in der
111 Bahn aufgeklärt und der Ablauf nach dem Drücken geschildert wird. Darüber hinaus
112 fordern wir in Zusammenarbeit mit der Polizei Hamburg die Installation von QR-
113 Codes in allen Bussen und Bahnen, die zum Formular zur Anzeigeerstattung in der
114 Onlinewache der Polizei führen. So soll das Anzeigen von Übergriffen erleichtert wer-
115 den. Ebenfalls soll umfassend auf den Umgang mit der neuen App „SafeNow“ hingew-
116 wiesen werden.

117
118 Nicht zu unterschätzen für das individuelle Sicherheitsgefühl ist die regelmäßige Prä-
119 senz von Sicherheitspersonal. Wir begrüßen die Bestrebungen, den Hauptbahnhof
120 durch den Einsatz so genannter Quattro-Streifen sicherer zu machen. Darüber hin-
121 aus sollte es im gesamten hvv unternehmensübergreifend nachts von 22 bis 4 Uhr in
122 jeder Bahn in einem festgelegten Wagon Sicherheitspersonal geben, das im Notfall
123 oder bei Unwohlsein ansprechbar ist. Die gemeldeten Vorfälle müssen in die Evalua-
124 tion der entsprechend verantwortlichen Unternehmen einfließen.

125 **Zuverlässigkeit**

126
127 Zuverlässigkeit ist eines der größten Probleme des ÖPNV in Hamburg. Eine Ver-
128 spätung oder Ausfall im ersten Verkehrsmittel verzögert die gesamte Reise schnell
129 um 30 Minuten oder mehr. Dies muss Betrachtung in der Qualitätssicherungsverein-
130 barung des hvv mit den Partnerunternehmen finden. Eine fünfminütige Verspätung
131 mag im Fernverkehr hinnehmbar sein, im Nahverkehr darf diese nicht als pünktlich
132 gelten.

133
134 Eine häufige Verspätungsursache insbesondere bei S- und Regionalbahnen, die von
135 weiter außerhalb Hamburgs kommen, sind Personen, die die Fahrbahn betreten.
136 Gleichzeitig sind gerade diese Verbindungen häufig „Lebensadern“ der entsprechen-
137 den Gebiete, ohne die überhaupt kein öffentlicher Verkehr möglich ist. Wir setzen
138 uns deshalb für die sukzessive Einzäunung aller von dieser Problematik betroffener

139 Gleise ein. Zusätzlich setzen wir uns am Bahnsteiganfang und -ende für Barrieren
140 ein, die nur noch Bahnpersonal den Zugang zu den Gleisanlagen ermöglichen.

141
142 Langfristig streben wir die Transformation hin zu einem vollständig digitalen Fahrbe-
143 trieb an. Nach erfolgreicher Beendigung des momentanen Probebetriebs von ECTS
144 auf der Strecke der S21 soll dies flächendeckend eingeführt werden. Zudem fordern
145 wir, die Gleise vorerst nur in Tunneln auch an Bahnhaltstellen zu versperren und die
146 Fahrgäste punktuell durch automatisierte Türen in die Bahnen einsteigen zu lassen.
147 Dafür sollen schon bei jetzt anstehenden Stationssanierungen entsprechende Vor-
148 kehungen getroffen werden.

149
150 Die Qualität des Nahverkehrs, gerade in Bezug auf die Regionalbahnen, wird sich
151 langfristig nur verbessern, wenn die Infrastruktur ausgebaut wird. Dieser Ausbau
152 muss schnellstmöglich vorangetrieben werden.

153
154 Eine fundierte Entscheidungsfindung und eine kreative Problemlösung in dieser The-
155 matik erfordern eine verlässliche Datenbasis. Diese ist momentan nur unzureichend
156 gegeben. Deshalb fordern wir, dass alle am HVV beteiligten Verkehrsträger, Ver-
157 spätungen im Minutenbereich erfassen und die Ergebnisse transparent zugänglich
158 machen.

159 **Barrierefreiheit & Kundeninformation**

160
161 Bei jeglicher Fahrgastinformation muss das Zwei-Sinne-Prinzip Anwendung finden,
162 um Menschen mit sensorischen Einschränkungen eine sichere Nutzung aller Ver-
163 kehrsmittel und den Zugang zu wichtigen Informationen zu gewähren.

164
165 Auf Anzeigetafeln an Bahnstationen sollen jederzeit aktuelle Informationen Echtzeit-
166 daten über Auslastung, Überpünktlichkeit, nachfolgende Bahnen, Verspätung und
167 möglichen Ausfall übermittelt werden. Selbes soll auch in der HVV-App und über
168 eine API auf Kartensystemen wie Google Maps einsehbar sein.

169
170 In Bahnen und Bussen sollen über die Fahrgastinformation Informationen über aktu-
171 elle Verspätung und Anschlussbahnen und -Busse an der nächsten Haltestelle ange-
172 geben werden.

173

174

175 **Begründung:**

176

177 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/14

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Etablierung und Umsetzung inklusiver und integrativer Stadtplanung und -entwicklung in Hamburg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Unsere heutige Gesellschaft versteht sich als immer diverser. Die Rücksicht auf Minderheiten, die Gleichstellung, und die Förderung von Chancengleichheit bei unterschiedlichen Voraussetzungen sind für uns schon seit längerem zentrale und alltägliche Anliegen geworden. Eine Stadt wie Hamburg ist für ihre Bewohner als Lebensraum allgegenwärtiger Bestandteil des Alltags und nimmt dadurch unmittelbaren Einfluss auf die Lebensgestaltung, Lebensqualität und Handlungschancen jedes Einzelnen. Sie muss also der Inbegriff dessen sein, wie wir uns als Gesellschaft definieren, sich also unserem Verständnis von Identität anpassen und sie widerspiegeln.

Dem kommt die Stadt Hamburg jedoch mit seiner stark auf die männliche Bevölkerung ausgelegte Struktur des städtischen Raumes kaum nach, denn unser Stadtbild ist immer noch stark von der Prämisse des klassischen Arbeitnehmers mit 9 to 5 Job, dessen Alltag größtenteils daraus besteht, sich mit dem Auto von der Haustür zum Arbeitsplatz und zurück zu bewegen, geprägt.

Diese Schwerpunktsetzung entspricht aber nicht der Realität der Bürger Hamburg, denn sie beachtet kaum die Bedürfnisse aller anderen Gruppen, wie beispielsweise Menschen, die im Rahmen von Carework viele Wege zu Fuß bestreiten, oder jungen Studenten, die nicht zu typischen Stoßzeiten unterwegs sind und auf gute Rad- und ÖPNV-Anbindungen angewiesen sind. Aber auch Menschen, deren Fortbewegungsmöglichkeiten bei Nacht durch subjektive Angst faktisch eingeschränkt werden, und Senioren, die auf barrierefreie Wege angewiesen sind.

41 Diese fehlende Repräsentation in Hamburgs Strukturen schadet nicht nur dem Wohl-
42 befinden seiner Bürger, sondern auch der Attraktivität und damit der weiteren Ent-
43 wicklung der Stadt.

44
45 Daher fordern die Freien Demokraten Hamburg:

- 46 • Eine Etablierung der integrativen und inklusiven Stadtplanung nach dem Vor-
47 bild der Stadt Wien durch das systematische Erfragen und Berücksichtigen
48 von geschlechts-, alters- und gruppenspezifischen Interessen und Ansprüchen
49 in der & an die Stadt Hamburg durch die Schaffung von Qualitätskriterien in
50 der Planung.
- 51 • Die Einführung eines Urbanen Designhandbuches, wie es u.a. Amsterdam,
52 Oslo und Wien bereits gängige Praxis ist. Dies liefert den Rahmen und Infor-
53 mationen zu Best-Practice, für Layouting und auch Bürgerverfahren Auch er-
54 leichtert es den Ablauf der Planungsverfahren, da die Planer auf bisherige An-
55 sätze zurückgreifen können. In Zeiten von Fachkräftemangel ist dies Gold
56 wert!
- 57 • Die Sicherheit des Wohnumfeldes bei Tag und Nacht durch den Abbau von
58 sogenannten Angsträumen mittels neuer Beleuchtungskonzepte, der Vermeidung
59 uneinsehbarer Bereiche, durch Baumaßnahmen wie Beobachtungsspie-
60 gel und durch klare Wegführung zu stärken.
- 61 • Die Stärkung des Sicherheitsgefühls auf dem nächtlichen Heimweg durch das
62 Etablieren von jederzeit ansprechbarem Sicherheitspersonal in einem be-
63 stimmten Wagen jeder U-Bahn nach dem Vorbild der S-Bahn. Diese Maß-
64 nahme, sowie Konzepte wie Notfall- bzw. Heimwegtelefone und die SafeNow-
65 App, nach erfolgreich abgeschlossenem Pilotbetrieb, sollen entsprechend be-
66 worben und ihr Angebot ausgeweitet werden. Zudem fordern wir die Erweite-
67 rung von Mobilitätsangeboten des HVV-Switch - wie Moia - auf das gesamte
68 Hamburger Stadtgebiet in Kooperation mit den Unternehmen sowie die Siche-
69 rung der Funktionsfähigkeit der bestehenden Kameraanlagen an (Bus-)Bahn-
70 höfen.
- 71 • Mobilitätsalternativen durch den konzeptionellen Ausbau von Rad- und Fuß-
72 wegen diversifizierend auszubauen. Wir unterstützen die durch den Hambur-
73 ger Senat geplante Umsetzung des Hamburg-Taktes und fordern den dafür
74 notwendigen Ausbau der Infrastruktur, um die Attraktivität des ÖPNVs zu stei-
75 gern.
- 76 • Bei der Erschließung und Bebauung von öffentlichen Räumen, beispielsweise
77 bei entstehenden Grünflächen, wollen wir eine alle Bewohnergruppen gleich-
78 ermaßen ansprechende Verteilung von Ressourcen in der Planung fördern,
79 sodass eine Flexibilität und Breite von Angeboten entsteht. Am Beispiel eines
80 Parks wären dies also diversifizierte ansprechende Möglichkeiten zur Nutzung
81 der Parkanlagen für unter anderem alle Altersklassen, etwa Freizeit- und Be-
82 gegnungsorte für sowohl Kinder, als auch Jugendliche, Erwachsene und Seni-
83 oren.
- 84 • Die Barrierefreiheit im städtischen Bereich auszubauen, bei weiteren Planun-
85 gen zu berücksichtigen und auch bei temporären Baumaßnahmen langfristig
86 miteinzubeziehen. Um die Barrierefreiheit zu steigern setzen wir bei der Aus-
87 weitung des ÖPNV auf Schienensysteme, wie U-, S-Bahn und Light Rail als
88 Alternativen zu Bussen. Bei Einmündungen von Nebenstraßen in 30er Zonen

89 wollen wir in Zukunft kein Absenken des Gehweges, sondern eine Rampe, die
90 eine natürliche Verzögerung des Kraftverkehrs ermöglicht und den Personen
91 mit Mobilitätseinschränkungen das queren erleichtert.

- 92 • Beschilderung wieder sinnvoll zu machen. Als FDP Hamburg setzen wir uns
93 für eine moderne Beschilderung ein, sowohl online als auch offline. Für Ham-
94 burg fordern wir ein neues, modernes Beschilderungssystem nach dem Vor-
95 bild von Adelaide und London, das für Touristen und Einheimische gleicher-
96 maßen funktioniert. Dieses soll auch für den öffentlichen Nahverkehr in Ham-
97 burg einheitlich angewendet werden. Es soll kontrastreich, gut lesbar und farb-
98 lich ansprechend gestaltet werden. QR-Codes für touristische Zusatzinformati-
99 onen wie Links zu Fahrplänen, Apps etc. sollen integriert werden. Auch
100 Brailleschrift und Lautsprechersysteme sollen eingebunden werden können.
101 So wollen wir Hamburg online und offline besser erlebbar machen.

102

103

104 **Begründung:**

105

106 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Antragsteller:

Junge Liberale Hamburg

Drs.: A2302/15

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Stoppt das PFOF-Verbot

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Bedeutung der Beibehaltung von "Payment for Order Flow" (PFOF) in der Europäischen Union (EU) ist für die europäische Aktienkultur unerlässlich.

„PFOF“ ist ein Modell, bei dem Broker für die Weiterleitung von Kundenaufträgen an den Market Maker oder andere Handelsplattformen eine Rückvergütung erhalten. Dieses Modell hat in den letzten Jahren zu einer Verbesserung der Handelsbedingungen, durch einfachen Zugang sowie niedrigen Kosten, erheblich beigetragen. Dadurch beschäftigen sich immer mehr Menschen in Deutschland mit dem Kapitalmarkt, aber auch mit der eigenen finanziellen (Renten-)Situation, wodurch die persönliche Rentenlücke des Kleininvestors minimiert werden kann.

Der Beschluss der EU bezieht sich auf Bedenken bezüglich potenzieller Interessenskonflikte zwischen den Neobrokern und ihren Kunden. Damit wird sich auf scheinbaren Verbraucherschutz berufen: Die „Intransparenz“ der Neobroker, insbesondere da diese den Anlegern nur einen Handelsplatz anbieten würden und somit kein benutzerfreundliches Umfeld für Anleger schaffen würden, sei der EU ein Dorn im Auge. Dies halten wir nicht für eine überzeugende Argumentation.

Die Freien Demokraten Hamburg

- kritisieren das kommende Verbot des PFOF scharf und setzen uns dafür ein, dass PFOF auch über das Jahr 2026 hinaus erlaubt bleibt. Dieses gefährdet den unkomplizierten Handel mit Aktien, Anleihen, Fonds und weiteren Finanzprodukten, wie wir ihn heute kennen.

- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- setzen sich für möglichst wenig Hürden für kleine Investoren ein. Hierbei sollen sowohl unnötige Kosten vermieden werden als auch der Umgang mit Neobroker-Apps vereinfacht werden. Neobroker-Apps sollen unter klaren Regeln bezüglich allgemeiner Standards für Warnhinweise und Einstellungsoptionen für Investitionsobergrenzen pro Tag möglichst einfach zu bedienen sein. Für uns gilt es, dass möglichst eine breitere Bevölkerung an den Vorteilen der Kapitalmärkte beteiligt werden soll. Deswegen muss die Möglichkeit, mehr oder minder provisionsfrei in Aktien zu investieren, erhalten bleiben, um den Markt auch für Anfänger attraktiver gemacht werden soll.
- 49
- 50
- 51
- 52
- sehen die PFOF auch als wichtigen Teil der Erhaltung von Liquidität auf den Handelsplattformen. Durch die Bündelung und Weiterleitung der Aufträge von den Brokern an die Market Maker durch PFOF reduziert die Wahrscheinlichkeit von großen Kursausschlägen.
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- fordern einen pragmatischen Umgang bei den Richtlinien zur Arbeitsweise von Brokern. Maßnahmen, die den Markt intransparent machen, lehnen wir ab. Gleichzeitig dürfen durch Richtlinien auch keine Standortnachteile für Broker entstehen. Eine Abwanderung von Brokern in das außereuropäische Ausland schafft nicht nur genau diese Intransparenz, sondern schwächt auch den heimischen Kapitalmarkt. Auch dies ist ein Grund zur Ablehnung bezüglich der Abschaffung der PFOF.

60

61

62 **Begründung:**

63

64 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

Antragsteller:

Jan Biniossek

Drs.: A2302/16

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Bürgerrechte stärken – Zensur durch den Digital Services Act verhindern!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Hamburg wird sich auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Grundrechte aus Paragraf 11 Abs. 1 der europäischen Grundrechtscharta nicht durch den Digital Services Act (DSA) beschnitten werden.

Begründung:

Artikel 11 (1) der Grundrechtscharta der EU lautet: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.“

Der DSA wird aktuell vom EU-Kommissar Thierry Breton missbraucht, um unsere europäischen Grundrechte auszuhöhlen. Wir dürfen niemals zulassen, dass Bürokraten unsere Grundrechte einschränken können, indem Sie definieren dürfen, was angebliche Desinformation ist. Entsprechende Einschränkungen nennen sich Zensur und sind mit Artikel 11 Abs. 1 der Grundrechtscharta unvereinbar.

119. Landesparteitag, 26. November 2023

Antragsteller:

LFA 1 Hamburg
AG Sicherheitspolitik
Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Burkhardt Müller-Sönksen,
Nicky Merl, Karl Rüdiger Tillmann, Dirk Stegemeyer,
Eva Kuhlmann

Drs.: A2302/17

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Die Bundeswehr ist kein ziviler Arbeitgeber und muss anders behandelt werden!

Seit der Zeit von Ursula von der Leyen als Verteidigungsministerin in den Jahren 2013-2019 wurde im BMVg vieles dafür getan, um den Bewerbermangel aufzufangen und die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver für junge Menschen zu machen. Dabei wurde in den Werbekampagnen viel Wert daraufgelegt, den Soldatenberuf als Abenteuer darzustellen, der sportliche Betätigung in der Natur ermöglicht und eine internationale Komponente bietet. Zugleich wurde viel dafür getan, die Annehmlichkeiten des zivilen Lebens in die Kasernen zu bringen. Dazu zählen vor allem das Bemühen seitens der Bundeswehr für eine heimatnahe Verwendung des Soldaten, d.h. den Einsatz eines Soldaten auf einem Dienstposten nahe des Heimatortes, wie auch mehr Home-Office Arbeit sowie die Einführung der Arbeitszeitverordnung.

Auf Basis des Gesetzesentwurfs „Gesetz zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr“ trat am 1. Januar 2016 für die Bundeswehr die Verordnung über die Arbeitszeit von Soldaten in Kraft (SAZV, Soldatenarbeitszeitverordnung), die erstmals die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Soldaten regelt. Damit setzte der Gesetzgeber die Vorgaben der EU Arbeitszeitrichtlinie (EUAZR) um. Soldaten unterliegen seitdem einer Basisarbeitszeit von 41 Stunden pro Woche.

Die Arbeitszeitverordnung gilt in den Streitkräften nicht bei Einsätzen bzw. einsatzgleichen Verpflichtungen, bei Übungs- und Ausbildungsvorhaben sowie bei Amtshilfe in Folge von Naturkatastrophen.

So umfassend, wie diese EUAZR in der Bundeswehr eingeführt wurde, wurde sie in keiner anderen Armee in Europa eingeführt. Sie hat seit dem Inkrafttreten bei vielen Soldaten die Einstellung von dem ursprünglichen Fokus auf Einsatzbereitschaft hin zu mehr Eigeninteresse verlagert.

In Zeiten der aktuellen gestiegenen Bedrohungslage in Europa und der dringenden Notwendigkeit, mit der Bundeswehr nachhaltig zur Verteidigungsfähigkeit Europas beitragen zu können, steigt nicht nur die Verlagerung des Schwerpunktes von vorher IKM (internationales Krisenmanagement) auf Landes- und Bündnisverteidigung; auch ist das Ziel einsatzbereiter und kaltstartfähiger Verbände eine *conditio sine qua non*. Die Verbände müssen innerhalb von 36 Stunden einsatzbereit sein, wenn es die Bedrohungslage erfordert.

Die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte ist deutlich vor das Individualinteresse zu stellen!

Der LPT möge daher beschließen:

48 Wir Freie Demokraten fordern das BMVg bzw. die Regierung dazu auf:

- 49 • Eine Überprüfung der derzeit geltenden Anwendung des EUAZR in den Streitkräften im
50 Hinblick auf die Ziele der Einsatzbereitschaft und Kaltstartfähigkeit im Rahmen der LV/BV-
51 Anforderungen vorzunehmen.
- 52 • Die Anwendung der EUAZR weiter als bisher für die Streitkräfte einzuschränken und nur
53 bei reinen Verwaltungstätigkeiten wie zum Beispiel im BaPers, BAAInBw et al. anzuwen-
54 den – nicht jedoch in allen militärischen Bereichen wie Ausbildung, Übung, Grundbetrieb
55 und Einsatz.

56

57

58 **Begründung:**

59 Erfolgt mündlich.

119. FDP-Landesparteitag, 26. November 2023

Antragsteller:

LFA 1 Hamburg
AG Sicherheitspolitik
Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Eva Kuhlmann, Leif Schrader,
Burkhardt Müller-Sönksen, Rolf Reincke, Dirk Stegemeyer

Drs.: A2302/18

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Aufstellung eines Deutsch-Polnischen Bataillons als Auftakt zu einem engen territorialen Bündnis zwischen DEU und PLN

Eine europäische Armee ist in weiter Ferne. Sie wird nur dann umsetzbar sein, wenn es einen europäischen Bundesstaat geben sollte. Dieses Ziel steht aber den nationalen und souveränen Interessen einzelner europäischer Staaten entgegen, so dass mit keiner mittelfristigen Umsetzung zu rechnen ist.

Was angesichts einer angespannten Sicherheitslage in Europa und der dringenden Verteidigungsfähigkeit Europas aber zwingend geboten ist, ist eine „Armee der Europäer“ zu etablieren. Dazu gehören insbesondere gemeinsame Beschaffungs- und Rüstungsprojekte und eine größere Interoperabilität der verwendeten Waffensysteme zwischen den europäischen Streitkräften der NATO. Die Zielrichtung muss zudem lauten: Bi- und multilaterale Bündnisse zwischen den Armeen der europäischen NATO weiter auszubauen.

Die Bedrohung Europas durch Russland betrifft alle europäischen NATO-Partner, dennoch sind die Frontstaaten (Baltische Staaten, Polen, Rumänien) aufgrund ihrer geografischen Lage zuvorderst betroffen. Vor allem Polen würde im Fall der Fälle der Schauplatz möglicher Kampfhandlungen werden. Dort findet die Verteidigung Europas zuerst statt. Auch Deutschland als größte europäische Wirtschaftsnation in der NATO und geografisch angrenzend an Polen würde militärisch eine große Bedeutung bei der Abschreckung und Verteidigung übernehmen müssen, sei es als Host Nation Support (Transport und Stationierung von NATO Streitkräften) oder als Gebiet von realen Kampfhandlungen.

Insofern sind Deutschland und Polen wichtige militärische und territoriale Verbündete, die als Mitglieder NATO noch enger zusammenarbeiten müssen. Polen ist jetzt Frontstaat, etwas, das wir aus eigener langjähriger Geschichte sehr gut kennen; dazu rüstet Polen sich mit den Investitionen in seine Armee zu Europas stärkster Landmacht auf. Der Global Firepower Index zeigt Polen mittlerweile auf Platz 20, Deutschland kommt nur auf Platz 25.

Einer engen militärischen Zusammenarbeit steht zwar die rechtskonservative Regierung von Polens Ministerpräsident Morawiecki und der PiS Partei im Wege – diese ist alles andere als deutschfreundlich. Im Gegenteil sind immer wieder scharfe Angriffe gegen deutsche Politik, absurde Forderungen zu Reparationsforderungen aus dem 2. Weltkrieg und ähnliche Anwürfe an der Tagesordnung. Allein – die sicherheitspolitische Lage in Europas Osten erfordert einen engen Schulterschluss mit unserem Nachbarn Polen.

Es ist in Deutschlands sicherheitspolitischem Interesse, bei Ausbildung, Übung und Beschaffung eng mit Polen zu kooperieren. Denn zusammen sind wir jenseits der USA nicht nur zwei

51 bedeutende Länder in Zentraleuropa; die polnischen und deutschen Streitkräfte haben auch
52 verschiedene Schwerpunkt-Fähigkeiten, die sich in einer Kooperation komplementieren wür-
53 den.

54 Als erster Schritt zu einer stetig auszubauenden und weiter anwachsenden deutsch-polni-
55 schen Militärkooperation nach dem Vorbild des Deutsch-Niederländischen Korps fordern wir
56 beispielsweise die Aufstellung eines Deutsch-Polnischen Bataillons. Dies wäre ein starkes si-
57 cherheitspolitisches Signal in Richtung Osten und zudem ein historisches Signal der deutsch-
58 polnischen Freundschaft.

59 Dieses deutsch-polnische Bataillon soll eine gemeinsame Kommandostruktur erhalten und im
60 Rahmen des NATO Force Models als eine multinationale, Multi-domain Allied Reaction Force
61 (ARF) eingesetzt werden. Sie sollte auf polnischem Boden stationiert werden und ein Leucht-
62 turmprojekt für weitere zukünftige Kooperationen zwischen den europäischen Partnern der
63 NATO werden.

64

65 **Der LPT möge beschließen:**

66 Wir fordern das BMVg dazu auf:

67 Die Beziehungen zu den polnischen Streitkräften weiter zu forcieren und Verhandlungen für
68 ein bilaterales Abkommen für gemeinsame Übungen und Ausbildungslehrgänge zwischen
69 den deutschen und polnischen Streitkräften aufzunehmen. Auch fordern wir die Prüfung der
70 Umsetzbarkeit eines gemeinsamen Bataillons.

71

72

73 **Begründung:**

74 Erfolgt mündlich.

119. Landesparteitag, 26. November 2023

Antragsteller:

LFA 1 Hamburg
AG Sicherheitspolitik
Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Eva Kuhlmann, Leif Schrader,
Burkhardt Müller-Sönksen, Verner Mertins, Rolf Reincke,
Dirk Stegemeyer, Julius Timmermann, Eva Braje

Drs.: A2302/19

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Angleichung der Altersgrenze bei Bundeswehr und Reserve an den öffentlichen Dienst

Aufgrund einer sich derzeit massiv verschlechternden außen- und sicherheitspolitischen Lage in Europa – Krieg in der Ukraine, Terror der Hamas in Israel, erneute Spannungen auf dem Balkan – und hybrider und asymmetrischer Terrorismus- und Bedrohungsszenarien muss alles getan werden, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sicherzustellen. Das gilt umso mehr, als Russland über die Ukraine hinausgehende hegemoniale Ansprüche stellt, denen es entschieden entgegenzutreten gilt. Dazu muss auch Deutschland mit einer einsatzfähigen, kriegstauglichen Bundeswehr beitragen. Diese wiederum benötigt nicht nur Investitionen in die Vollausstattung mit Material und Ausrüstung, sondern auch einen erheblichen Personalaufwuchs bei den Soldaten wie auch der Reserve.

Gerade beim Personal klafft aber eine große Lücke. Derzeit hat die Bundeswehr 182.000 Soldaten, dabei sind rund 15-20% der Dienstposten nicht besetzt. Das Bundesamt für Personalwesen der Bundeswehr (BaPersBw) plant bis 2031 den Aufwuchs auf 202.000 Soldaten. Allerdings erfordert die Zusage von kampfbereiten Divisionen im Rahmen der Zielstruktur des NATO New Force Models de facto einen Aufwuchs auf 240-250.000 Soldaten bis 2032. Gemessen am heutigen Stand fehlen somit 60.000 Soldaten!

Vor diesem Hintergrund möge der LPT beschließen:

- Die Altersgrenze für Berufssoldaten wird – unter Wahrung des geltenden Bestandsschutzes und unter Berücksichtigung der jeweiligen Laufbahnen – spätestens ab Januar 2025 an die allgemeinen Ruhestandsregelungen des öffentlichen Dienstes angepasst. Dafür ist eine entsprechende Anpassung des §45 des Soldatengesetz (SG) vorzunehmen.
- Analog ist zudem auch das Höchstalter für Reservisten der Bundeswehr zu erhöhen. Dafür muss §4 des Reservistengesetzes (ResG) entsprechend angepasst werden.

Begründung:

In der Bundeswehr gilt bisher eine Altersgrenze, die je nach Dienstgrad variiert. In der Reserve gibt es die Höchstaltersgrenze von 65 Jahren.

49 Mit diesen Regelungen weichen Bundeswehr und Reserve von den Regelungen in der Bun-
50 despolizei ab, siehe §5 Bundespolizeibeamtengesetz (BpolBG). Vor dem Hintergrund der an-
51 gespannten sicherheitspolitischen Lage ist eine einheitliche Regelung bei Bundespolizei und
52 Bundeswehr angebracht, die jeweils für die innere und äußere Sicherheit Verantwortung tra-
53 gen und dafür personell genügend Ressourcen bereitstellen müssen.

54
55 Diese Angleichung der Altersgrenze trägt dazu bei, die o.g. personelle Lücke bei der Bundes-
56 wehr zu schließen und ist dringend notwendig, da das Schließen der Lücke rein aus den be-
57 reits in der Bundeswehr vorhandenen Personalressourcen nicht gelingen kann. Zwar ist die
58 Bundeswehr mit dem Personalmangel nicht allein: auch andere europäische Streitkräfte wie
59 auch die US Army suchen händeringend nach Nachwuchs. Der demografische Wandel und
60 eine globalisierte Welt mit viel Auswahl für den Nachwuchs erschwert die Talentgewinnung für
61 die Armeen. Angesichts der Personallücke bei Soldaten und Reservisten hat Frankreich im
62 Frühjahr 2023 nun eine erste Konsequenz gezogen und entschieden, die Altersgrenze bei
63 Reservisten von 65 auf 70 Jahre anzuheben.

64
65 Diesen Weg müssen wir in Deutschland auch gehen, zumal bei uns erschwerend hinzukommt,
66 dass es eine grundsätzlich geringere Bereitschaft der deutschen Gesellschaft für den Dienst
67 an der Waffe gibt. Da die Abmeldung der zugesagten Divisionen bei der NATO – das wäre die
68 Alternative, wenn nicht genügend Kräfte aufgestellt werden könnten – eine außenpolitische
69 und militärische Bankrotterklärung wäre und damit keine Alternative darstellt, müssen alle per-
70 sonalseitigen Instrumente betrachtet und umgesetzt werden, die einen Beitrag zum Schließen
71 der Lücke leisten können. Daher fordern wir die Anpassung der Altersgrenzen an die höheren
72 der Bundespolizei, die einen wirksamen, entlastenden Effekt haben wird.

119. Landesparteitag, 26. November 2023

Antragsteller:

LFA 1 Hamburg
AG Sicherheitspolitik
Wiebke Köhler, Claus Krumrei, Eva Kuhlmann, Leif Schrader,
Rolf Reincke, Verner Mertins, Eva Braje, Dirk Stegemeyer,
Julius Timmermann

Drs.: A2302/20

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Freistellung von Reservisten verpflichtend auch im Friedensfall

Die Reserve der Bundeswehr ist ein elementarer Teil der Bundeswehr, ohne den zahlreiche Aufgaben im Fähigkeiten-Spektrum der Streitkräfte nicht mehr abbildbar wären. Derzeit leisten 60.000 Reservisten ihren Beitrag auf beorderten Dienstposten. Wie sowohl der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Markus Laubenthal, wie auch der Präsident des VdRBw, Prof. Dr. Patrick Sensburg, immer wieder betonen: „Ohne Reserve geht es nicht!“

Damit Reservisten ihr wehrtechnisches Können aktuell halten, müssen sie ihre Fähigkeiten in regelmäßigen Übungen trainieren. Das bedeutet konkret das Eintauschen des bisherigen Arbeitsplatzes mit dem Dienstplatz bei der Bundeswehr – für einen vorher definierten Zeitraum zwischen einer Woche und mehreren Monaten. Dafür gab es bis zur Aussetzung der Wehrpflicht 2011 die Pflicht seitens der Arbeitgeber zur Freistellung von Reservisten für den Reservistendienst im Friedensfall (im Spannungsfall sowieso).

Im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht wurde die verpflichtende Einberufungsmöglichkeit von Reservisten im Rahmen des Wehrpflichtgesetzes auf die Ausrufung des Spannungs- und Verteidigungsfalles durch den Bundestag begrenzt; zwar ist es rechtlich auch im Friedensfall rein theoretisch möglich, Reservisten gegen den Willen des Arbeitgebers zur Übung heranzuziehen, siehe §59 Abs. 3 Ziff. 2 Soldatengesetz (SG); dies wird aber seit 2011 nicht mehr praktiziert. Hintergrund für diese politische Umsteuerung waren damals die Nachwehen der Friedensdividende und eine anhaltende „Friedenseuphorie“, in der man sich von Freunden umzingelt glaubte.

Der LPT möge beschließen:

Wir fordern angesichts einer angespannten Sicherheitslage in Europa und Deutschland, dass die Freistellung von Reservisten für Reserveübungen von zwei Wochen pro Jahr seitens des Arbeitgebers wieder politisch gelebte Praxis werden soll und damit der §59 Abs. 3 Ziff. 2 SG i.V. mit §61 SG im Friedensfall verpflichtende Anwendung finden soll. Dafür erwarten wir von der Bundesregierung, diese Forderung gegenüber der Öffentlichkeit auszusprechen und zu vertreten und die Bundeswehr entsprechend dazu aufzufordern, diese Forderung durchzusetzen.

Selbstverständlich ist der Arbeitgeber des betroffenen freiwillig Reservedienstleistenden über Übungstermine frühzeitig zu informieren und muss bei der Terminierung ein Mitspracherecht behalten. Aber die Freistellung für den Reservedienst an sich darf nicht verweigert werden – auch nicht im Friedensfall.

53 **Begründung:**

54

55 Aufgrund einer sich derzeit massiv verschlechternden außen- und sicherheitspolitischen Lage
56 in Europa – Krieg in der Ukraine, Terror der Hamas in Israel, erneute Spannungen auf dem
57 Balkan – und hybrider und asymmetrischer Terrorismus- und Bedrohungsszenarien muss al-
58 les getan werden, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands sicherzustellen. Das gilt umso
59 mehr, als Russland über die Ukraine hinausgehende hegemoniale Ansprüche stellt, denen es
60 entschieden entgegenzutreten gilt. Dazu muss auch Deutschland mit einer einsatzfähigen,
61 kriegstauglichen Bundeswehr beitragen. Diese wiederum benötigt nicht nur Investitionen in die
62 Vollausrüstung mit Material und Ausrüstung, sondern auch einen erheblichen Personalauf-
63 wuchs bei den Soldaten wie auch der Reserve.

64

65 Als ersten Schritt für eine solche personelle Aufstockung, die angesichts des demografischen
66 Wandels und einer geringeren Bereitschaft der deutschen Gesellschaft für den Dienst an der
67 Waffe bereits eine schwierige Aufgabe darstellt, muss die Reservedienstleistung gestärkt wer-
68 den und regelmäßig in Übung gehalten werden. Dies gelingt nur durch die Unterstützung sei-
69 tens der Arbeitgeber, die die freiwillig Reservedienstleistenden durch eine Freistellung für die
70 Zeit der Übung an die Bundeswehr abgeben.

71

72 Angesichts der großen Bedeutung der Reserve für Deutschlands Verteidigungsfähigkeit muss
73 das gesamtgesellschaftliche Interesse an Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit als besonders
74 hoch gewertet werden. Nach §3 des NATO-Vertrags muss Deutschland alles unternehmen,
75 um verteidigungsfähig zu sein. Und dazu muss wiederum jeder einzelne in Deutschland bei-
76 tragen, nicht nur die Bundeswehr. Das gilt auch für die Arbeitgeber. Insofern muss die Ver-
77 pflichtung zur Freistellung für Übungen im Reservedienst auch im Friedensfall wieder belebt
78 werden.

79

80 Dies gilt umso mehr, als in den letzten drei Jahren der Grundsatz der doppelten Freiwilligkeit
81 – einerseits der freiwillig Reservedienstleistenden und der freiwilligen Freistellung durch den
82 Arbeitgeber in Friedenszeiten - unter Druck geriet. Bei den Arbeitgebern ist zunehmend ein
83 Freistellungs-Verweigerungs-Trend zu beobachten ist: diese stellen ihre Mitarbeiter nicht für
84 die Reservedienstübung frei, weil sie fürchten, ihre Anerkennung der ESG-Konformität (ESG
85 Taxonomie; E=Environmental, S=Social; G=Governance) zu verlieren. Ein Engagement im
86 Rüstungs- und Verteidigungsbereich wird häufig pauschal als ethische und gesellschaftlich
87 kontroverse Handlung angesehen. Bei Unternehmen gibt es daher die Befürchtung, dass
88 durch eigene Aktivitäten, die in der Nähe des Militärischen angesiedelt sind, das eigene ESG-
89 Rating negativ beeinflusst werden könnte und dadurch verschiedene Nachteile bei (Re-)Fi-
90 nanzierungsoptionen eintreten könnten. Diese Befürchtungen führten in der Vergangenheit
91 häufiger zu einer Ablehnung der Freistellung für den Reservedienst durch die Arbeitgeber.

92

93 Da der Reservedienst aber ein Beitrag zum Gemeinwohl Deutschlands ist und zu mehr Frie-
94 den, Freiheit und Sicherheit beiträgt, sollte eine Unterstützung seitens der Unternehmer si-
95 chergestellt werden.

119. Landesparteitag, 26. November 2023

Antragsteller:

LFA 1 Hamburg
Claus Krumrei

Drs.: A2302/21

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

Leitlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

- I. Heute erleben wir nicht nur einen Krieg in Europa, sondern auch eine weltpolitische Zeitenwende. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie die neuen globalen Herausforderungen für die Sicherheit Deutschlands, Europas und der NATO zur politischen Priorität macht.
- II. Dazu kann die beschlossene substantielle Ertüchtigung der Bundeswehr und der Verteidigungsfähigkeiten der NATO in Europa nur der erste Schritt sein. Die Bundesregierung sollte ein Konzept dazu vorlegen, wie sie zur Sicherung der gemeinsamen westlichen Interessen in der Weltpolitik beitragen kann.
- III. Dies setzt voraus, dass die Bundesregierung auch ihre Bereitschaft zeigt, außerhalb Europas sicherheitspolitisch aktiv zu werden, gemeinsam mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern. Deutschland kann die Verteidigung seiner weitgespannten Ziele und Interessen nicht mehr allein anderen überlassen und muss Verantwortung für die weltpolitische Stabilität wahrnehmen und seinen Beitrag dazu leisten.

Begründung:

1. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss endlich von der Realität der Gegenwart ausgehen. Die Zeiten sind lange vorbei, in denen deutsche Außenpolitik hieß, die Folgen des 2. Weltkrieges zu bewältigen. Zahlreiche Konfliktherde und neue Aggressionen gefährden zunehmend die Voraussetzungen für die weltpolitische und damit auch die weltwirtschaftliche Stabilität und wirken unmittelbar auf Deutschland zurück.
2. Der bisherige Garant einer uns schützenden globalen Ordnung - die USA - sind heute mit aggressiven Rivalen (China und Russland) und einer Reihe ehrgeiziger regionaler

47 Mächte konfrontiert (Indien, Brasilien, Iran, Nordkorea, Pakistan). Dies hat zu einem Um-
48 denken in den USA geführt: Erstmals müssen sie ihre führende globale Großmachtstel-
49 lung verteidigen und setzen neue Prioritäten. Die USA sind in dieser neuen Welt allein zu
50 schwach, die globale Ordnung zu garantieren, selbst als größte Militärmacht der Welt.
51 Die unzureichende amerikanische Kraft ist in den 9/11-Kriegen (Irak und Afghanistan)
52 sichtbar geworden. Inneramerikanische Selbstzweifel haben eingesetzt (Trump). Die rus-
53 sische, chinesische, iranische und nordkoreanische Herausforderung der bisherigen
54 Weltordnung ist die Folge. Alte amerikanische Alliierte (Türkei, Saudi-Arabien, evtl. Is-
55 rael) machen sich zunehmend selbständig.

56

57 3. Das hat umwälzende Folgen für unsere strategisch-politische Lage und unser notwendi-
58 ges Verhalten in dieser Lage. Für uns reicht die Logik der NATO - der amerikanischen
59 Sicherheitsgarantie - nicht mehr aus. Das gilt für unsere unmittelbare militärische Vertei-
60 digung in Europa wie für unseren Einfluss auf die Stabilität anderer Regionen, die für un-
61 sere europäische Sicherheit wie für die Stabilität unserer weltweit verflochtenen Wirt-
62 schaft entscheidend sind. Dies betrifft außerhalb des NATO-Gebietes insbesondere un-
63 sere Nachbarschaft, namentlich a) Osteuropa (Ukraine), b) den Nahen Osten und c)
64 Nordafrika, allesamt Krisengebiete. Es betrifft aber auch den Fernen Osten (China, Ja-
65 pan und Südasiens als neues, drittes Zentrum der Weltwirtschaft aber mit virulenten, von
66 China ausgehenden internen Spannungen) - und schließlich die See- und Luftwege dort-
67 hin. In all diesen Gebieten sind die USA engagiert, aber als alleiniger Stabilitätsgarant
68 überfordert. Hinzukommt neuerdings Afrika südlich der Sahara, wichtiger Rohstoffliefe-
69 rant aber auch Ausgangspunkt massiver Migrationsströme mit erheblichen inneren, von
70 den antiwestlichen Kräften (Iran, Russland, China) ausgelösten Spannungen.

71

72 4. Die weltpolitische Lage zeigt also ein äußerst prekäres Bild. Der neben den geschwäch-
73 ten USA verbliebene Garant weltpolitischer Stabilität ist ausschließlich das gemeinsame
74 Interesse von USA, China und Europa an der Aufrechterhaltung einer funktionierenden
75 globalen Wirtschaft. China schafft sich jedoch zunehmend Alternativen zu diesem welt-
76 wirtschaftlichen Dreieck mit dem Westen. Indien, Brasilien, Russland, Südamerika, Zent-
77 ralasiens und die arabischen Länder wachsen zunehmend in eine stärkere wirtschaftliche
78 Rolle hinein, sie wenden sich einander zu und schwächen die Bindungen zum Westen
79 ab. Der Westen - USA/Kanada und Europa mit ihren Außenposten Japan/Singapur sowie
80 Australien/Neuseeland - droht, nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich den füh-
81 renden weltpolitischen Einfluss zu verlieren. Diese Entwicklung schwächt nicht nur in der
82 Perspektive unseren Wohlstand und unsere Sicherheit, es ermuntert auch einzelne ag-
83 gressive Mächte, westliche Interessen regional direkt anzugreifen wie inzwischen Russ-
84 land in der Ukraine.

85

86 5. Die Konsequenz ist unmittelbar deutlich: die USA brauchen Verstärkung und der Westen
87 insgesamt ein gemeinsames politisch-militärisch-wirtschaftliches Konzept zur Eindäm-
88 mung dieser weltpolitisch destabilisierenden Kräfte. Deutschland wie die europäischen
89 Partner müssen ihre militärischen Kräfte stärken und zusammenführen sowie ihre welt-
90 wirtschaftlichen Interessen zusammen mit den USA vertreten. Nötig ist ein weltweites po-
91 litisches Bündnis der Demokratien zur Verteidigung, zur Stärkung des Handels und der
92 Sicherung der Demokratie. Ziel ist nicht nur die Abschreckung von Aggression und De-
93 stabilisierung, sondern auch die Stärkung der Handlungsfähigkeit des Westens weltweit
94 und schließlich die Schaffung neuer Attraktivität des Westens für weltweite Partner.

95

- 96 6. Deutschland insbesondere als größte europäische Macht muss dafür seine bisherigen
97 politischen Sichtunterschiede zu seinen europäischen und amerikanischen Partnern auf-
98 geben zugunsten einer gemeinsamen politischen und Sicherheitsvision für die Rolle des
99 Westens in der Welt. Berlin muss bereit werden, politisch und militärisch nötigenfalls
100 auch allein voranzugehen in einer führenden Rolle zur Stabilisierung von Krisen und Ag-
101 gressionen in Europa und in unserer Nachbarschaft, bei der Unterstützung der USA in
102 der Sicherung der globalen See- und Luftwege und als Partner unserer überseeischen
103 Verbündeten. Deutschlands Rolle als Führungsmacht erfordert eine dem angemessene
104 militärische Kraft.
105
- 106 7. Die Welt, auf die sich die Gegenwart mit großen Schritten zubewegt, wird eine völlig an-
107 dere sein als die der vergangenen 80 Jahre in Europa. Es wird eine Welt der Großmacht-
108 politik sein. Wir müssen uns darauf einstellen, dass jetzt nur noch ein stabiles Gleichge-
109 wichtssystem unsere Existenz absichern kann. Gleichgewichtssysteme beruhen auf wirt-
110 schaftlich-militärischen Balancen und betreiben gegenseitigen Interessenausgleich. Es
111 muss uns Europäern klar sein, dass Russland, China und die USA dieses System bereits
112 heute als die internationale Realität sehen. Weitere mächtige Länder - Iran, die Türkei,
113 Syrien und Israel, Indien, Nord-Korea, Pakistan - sehen die Welt ebenso und suchen be-
114 reits, ihren Einfluss mit Machtmitteln zu verstärken. Die Welt der Großmächte steht also
115 auch vor unserer Tür, außerhalb der EU gibt es darüber längst keinen Zweifel mehr. Wir
116 Deutschen und Europäer haben keine Zeit zu verlieren und müssen uns dringend darauf
117 vorbereiten, in dieser Welt zu überleben.
118
- 119 8. Diesen grundlegenden Wandel können nur die politischen Kräfte und Parteien unserer
120 Demokratie herbeiführen - wer sonst? Hier zuerst muss das Umdenken, die Wiederher-
121 stellung geistiger Selbständigkeit und eigener außenpolitischer Verantwortung stattfin-
122 den. Es ist unsere Pflicht als FDP, dieser Wirklichkeit ins Auge zu sehen, die Aufgaben
123 der Gegenwart zu benennen - und sie in der Regierungsverantwortung auch anzu-
124 packen. Unsere Tradition als die Partei Walter Scheels und Hans-Dietrich Genscher, prä-
125 genden Figuren der deutschen Außenpolitik, verpflichtet uns, dies nicht anderen zu über-
126 lassen!